

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

187 · Mai 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	387
Essay	
JÖRG ROESLER »DDR« und DBR Sprachpolitik im Kalten Krieg	389
Zwischen allen Stühlen	
UWE SONNENBERG Lew Kopelew. West-östliche Spiegelungen	397
RICHARD HEIGL Wolfgang Abendroths Parteitheorie	408
Debatte Grundsicherung	
LUTZ BRANGSCH Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept	417
JUDITH DELLHEIM Zur Debatte um Grundsicherung oder Grundeinkommen	427
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
MORUS MARKARD Wer braucht Erziehung?	438
TORSTEN FELTES Nationale Bildungsstandards – ein neoliberales Projekt	449
HEIKO LANGNER Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus? Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS	454

Standorte

GESINE LÖTZSCH
Aschermittwoch 2006 460

VADIM BELOCERKOVSKIJ
Die bundesdeutsche Politik und Russland 465

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 470

Bücher & Zeitschriften

Manfred Behrend:
Eine Geschichte der PDS.
Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei
(WOLFRAM ADOLPHI) 472

Hans-Günter Funke:
Reise nach Utopia. Studien zur literarischen Utopie
vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert

Jörn Tietgen:
Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien
der Neuzeit. Analysen von Schrift und Film

Gruppe Gegenbilder (Hrsg.):
Autonomie und Kooperation:
Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen
(ANDREAS HEYER) 474

Stefan Meining:
Kommunistische Judenpolitik.
Die DDR, die Juden und Israel.
Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn
(PETER ULLRICH) 475

Jeffrey Sachs:
Das Ende der Armut.
Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt
(JÜRGEN MEIER) 476

Summaries 478

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 480

VorSatz

Da die vom Souverän bestellten Regierenden zwar von dessen Wohlwollen abhängen – ich für meinen Teil darf voller Erleichterung verkünden, mich zu dem leider geringeren Anteil des Souveräns zählen zu dürfen, der den Regierenden mit grundsätzlichem Misstrauen gegenübertritt –, ihn dann aber prompt nach dem Wegschenken der eigenen Stimme noch am Wahlabend beginnen zu entmündigen, soll hier keine neue, aber entschieden zu selten gestellte Frage aufgeworfen werden: nämlich die nach der Leistungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz parlamentarisch verfasster Demokratieentwürfe.

Der Leser ist intelligent genug, angesichts der schon fast vergessenen schwarz-gelben Koalition und ihrer Politik im Angesichte oben genannter Probleme, dem nahtlos die gleiche Politik verfolgenden rot-grünen Renegatenteam von der BILD-Zeitung Gnaden und – jetzt wird's bunt – dem schwarz-roten Heer unter Frau Bundeskanzlers Fahne, die Frage zu beantworten. Das Scheitern der letzten 15 Jahre ist ein eindrucksvoller Beweis der Anfang der 80er Jahre von amerikanischen Politologen formulierten Kartellparteienthese, deren Kernaussage darin besteht, dass die Parteien den Staatsapparat okkupieren, davon leben und, um davon leben zu können, ein politisches Kartell begründen. Die Inhalte gleichen sich an, es spielt im Endeffekt keine Rolle mehr, wer es sich auf der Regierungs- oder der Oppositionsbank bequem macht. In der Regel ändern sich nur die Namen.

Womit des deutschen Linken hassgeliebtes Kind in den Fokus der Gedanken gerät. Wie verhält sich die zur Linkspartei gewandelte PDS? Schließlich beteiligt man sich an zwei Landesregierungen und ist in den zurückliegenden Wahlkämpfen im Osten immer so selbstbewusst gewesen, mit eigenen Ministerpräsidentenkandidaten in die symbolischrhetorische Schlacht zu ziehen. Auch hier ist der Leser intelligent genug ...

Eine neue Frage – der Fragen kein Ende zu dieser Zeit – drängt sich auf. Will, soll, darf, muss, kann eine linke Partei Bestandteil des usurpatorischen Kartells sein? Dann fiele mir mein Atheismus vor die Füße und ich riefte Gott an, uns vor den Funktionären und Verwaltern der sozialistischen Idee zu bewahren. Oder will, soll, darf, muss und kann eine linke Partei wirkliche Oppositionspolitik gestalten? Dabei geht es nicht um Fundamentalopposition (die in Deutschland 2006 durchaus ihren Charme hätte), sondern um alternative Formen von Politik. Meinetwegen auch in Regierungsverant-

wortung, wenn es denn nicht anders geht. Alternative Konzepte und Wege, diese umzusetzen, müssen her! Mut zur Utopie!

Aber ach, das Ausgangsproblem bleibt bestehen: die Leistungsunfähigkeit und Problemlösungsinkompetenz der vom Souverän mit Wohlwollen bedachten Regierenden und Parlamentarier; das Kartell und der Platz an der aus Steuergeldern finanzierten Sonne. Ergo: Der Linken in der gesellschaftlichen Opposition bleibt nur die Suche nach alternativen Möglichkeiten der Politikgestaltung.

Eine Partei als Katalysator sozialen, mithin außerparlamentarischen Protests. Das Aufgreifen und Vertreten von gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialen Bewegungen im parlamentarischen Raum. Vox populi. Das Ringen um gesellschaftliche, nicht parlamentarische Hegemonie. Die Proteste gegen Hartz IV waren noch längst nicht alles. Die Proteste gegen Hartz IV waren erst der Anfang. So wünschte man sich eine linke Partei.

Und dass die Proteste gegen die Arbeitsmarktreform von Rot-Grün wirklich erst der Anfang gewesen sind, dafür sorgt das Kartell, indem es eine einschneidende Gesundheitsreform verschreibt. Indem es weitere Arbeitsmarktreformschritte zu Ungunsten der Betroffenen erarbeiten lässt. Indem es den Rentnern einen sinnerfüllten Lebensabend vor dem eigenen Fernsehgerät oder auf dem eigenen Balkon – soweit beides überhaupt vorhanden – ermöglicht. Indem das moderne Lumpenproletariat bald auch äußerlich als solches zu erkennen ist. Indem es zu einer Föderalismusreform – das wichtigste Reformprojekt der laufenden Legislaturperiode, die Neuordnung der Kompetenzen von Bund und Ländern. Man höre ... – kommen wird, die die ökonomische und soziale Abkoppelung des Ostens und die innerdeutsche Volkswanderung nicht ansatzweise aufzuheben weiß.

Es besteht akuter Handlungsbedarf auf Seiten der Linken. Man darf gespannt sein, ob sich deren Aktionsradius auf parlamentarische Sonntagsreden beschränken wird, oder sie zu einer Opposition gegen die die Gesellschaft zersetzenden Kräfte des neoliberalen Parteienkartells wird. Und somit dessen asoziale Politik auf Seiten derer bekämpft, die davon betroffen sind und sein werden.

MARTIN SCHIRDEWAN

JÖRG ROESLER

»DDR« und DBR

Sprachpolitik im Kalten Krieg

Während des Kalten Krieges waren beide deutschen Staaten bemüht, den jeweils anderen Staat nicht beim korrekten Namen zu nennen, sondern erfanden andere Bezeichnungen, auf deren Anwendung sie in der Regel bestanden. Das galt auch für beide Teile Berlins. Das Ziel war es, mit der Namensgebung die eigene Sicht auf den anderen Staat bzw. den anderen Teil der Stadt für die eigene Bevölkerung verbindlich zu machen bzw. die mit der Namensgebung vorgegebenen Charakteristika des anderen Gebietes durch ständige Wiederholung glaubhaft zu machen, sie in einen nicht mehr nachzufragenden Stereotyp zu verwandeln.

Im Folgenden wird auf diese staatlich verordneten und über die Medien verbreiteten deutsch-deutschen Namensgebungen einschließlich ihres Wandels eingegangen, wobei zwischen zwei Phasen – bis 1973, und 1974-1989 – unterschieden wird und die dahinter stehenden Manipulationsziele angesprochen werden.

Die Zeit der bewusst verfälschenden Namensgebungen im Kalten Krieg (1949-1961)

Für die bewusst unkorrekte Bezeichnung des jeweils anderen Teils von Deutschland bzw. Berlin bedurfte es zweier Voraussetzungen: erstens des Kalten Krieges, der ab Frühjahr/Sommer 1948 auch in »Potsdam-Deutschland« zur vollen Wirkung kam, und zweitens eigener Benennungen. Diese Voraussetzungen waren mit der Gründung beider deutscher Staaten und ihrer zunächst noch diffusen Ansprüche auf (Gesamt-) Berlin erfüllt.

Zunächst zu den Namensgebungen auf staatlicher Ebene.

Als die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, sprach der Parteivorstand der SED in einem Kommuniqué am 4. Oktober 1949 von einer »Bonner Separatregierung« bzw. vom »Bonner Separatstaat«.¹ Das Motiv, die neue Staatsgründung nicht beim Namen zu nennen, deckte »Neues Deutschland« am gleichen Tage auf: Es forderte »die Auflösung des von Deutschland losgerissenen Weststaates und seine Wiedereingliederung in Deutschland«.² Mit Deutschland war die – dann am 7. Oktober proklamierte – Deutsche Demokratische Republik gemeint.

Diese beim Namen zu nennen, weigerte man sich seinerseits in Bonn. Dort wurde, »in Übereinstimmung mit den Westmächten die Gründung der DDR von Anfang an als rechtswidriger Akt verstanden, als Etablierung eines Okkupationsregimes von Moskaus Gnaden, das nicht durch den freien, in Wahlen geäußerten Willen der Be-

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Relativlohn. Jürgen Kuczynskis Instrument zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen, Heft 172 (Februar 2005).

1 Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, erweiterte Neuauflage, Stuttgart 1996, S. 38.

2 Ebenda, S. 37.

3 Benz, Wolfgang: Stereotype des Ost-West-Gegensatzes, in: Vorurteile – Stereotype – Feindbilder (Informationen zur politischen Bildung 271), Bonn 2001, S. 51-52.

4 Friedemann Bedürftig: Lexikon Deutschland nach 1945, Hamburg 1996, S. 293 f.

5 SBZ von A-Z, Bonn 1960, S. 358.

6 Carola Stern: Doppel-leben. Eine Autobiographie, Köln 2001, S. 99.

7 Bernd Stöver: Konter-revolution versus Befreiung, in: Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 155.

völkerung der Sowjetzone legitimiert war.«³ Der wechselseitige Anspruch, für ganz Deutschland zu sprechen und durch die Eingliederung des anderen Teils sozusagen deutsche Normalität (wieder) herzustellen, verbot den Akteuren in Bonn und Ost-Berlin, den Namen des anderen deutschen Staates auch nur in den Mund zu nehmen.

In Bonn sprach man deswegen weiterhin von Sowjetzone bzw. Zone, in Ostberlin vom Bonner Separatstaat oder den Westzonen. In der Bundesrepublik wurde parallel zur »Zone« für die DDR auch der Name »Mitteldeutschland« verwendet. Damit sollte demonstriert werden, dass die Bundesrepublik die deutsch-polnische Ostgrenze an Oder und Neiße nicht anerkannte (im Unterschied zur DDR, die das 1950 getan hatte), und auf Ostdeutschland, d. h. die Ostgebiete des früheren Deutschen Reiches nicht zu verzichten bereit war.⁴ Zeitweise wurde dies sehr genau genommen. So wurde in dem Nachschlagewerk »SBZ von A-Z«, einem vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Handbuch, noch 1960 erklärt: »Die viel gebrauchte Bezeichnung ›Ostzone‹ für die SBZ ist irreführend. Die SBZ hat als ›Mittelzone‹ zu gelten, da sie mitten zwischen der Bundesrepublik und den ... deutschen Ostgebieten liegt.«⁵ Wer übrigens in »SBZ von A-Z« etwas über die DDR zu erfahren suchte, fahndete vergebens. Das Stichwort »Deutsche Demokratische Republik« existierte in dem über 500 Seiten starken Lexikon nicht.

Ob nun Sowjetzone oder Mitteldeutschland, ob Bonner Separatstaat oder Westzonen: Wer, in Ost oder West, den anderen Staat nicht beim vorgegebenen, sondern beim offiziellen Namen nannte, versündigte sich an der Einheit Deutschlands, die der jeweilige Teilstaat als der allein berechnete offiziell anstrebte, und galt als illoyal. Die Anfang der 50er Jahre an der Abteilung »Sowjetzone« des Instituts für Politische Wissenschaften der Freien Universität in Berlin-Dahlem arbeitende Journalistin und Schriftstellerin Carola Stern schreibt über diese Zeit in ihren Memoiren: »Von der DDR zu sprechen, war weithin verpönt; wer es dennoch tat, galt als Kommunist.«⁶ Wer in der DDR weiterhin das Wort »Zone« benutzte, galt zumindest als RIAS-Hörer, Anhänger jenes in Westberlin stationierten Rundfunks, der mit seiner Sendung »Aus der Zone, für die Zone« die DDR-Bevölkerung im Sinne von »Freiheit und Demokratie« zu beeinflussen versuchte. Der RIAS wandte sich im Sinne der Ende 1950 vom amerikanischen Hochkommissar für die Bundesrepublik empfohlenen Nutzung der Medien »to foster the seeds of destruction within the Soviet system« auch in »Sendungen für Mitteldeutschland« an die Bewohner der DDR.⁷

Die verordneten Namensgebungen in der Politik und den Medien durchzusetzen, erwies sich als nicht schwer, zumal auch handhabbare Bezeichnungen des anderen Staates wie »Ostdeutschland« bzw. »Westdeutschland« verwendbar blieben.

Die neuen Benennungen für den anderen »Nichtstaat« sollten nicht nur über die Hör- und Printmedien, sie mussten auch den Schülern vermittelt werden. Vor allem geschah dies durch Erdkundelehrbücher und Atlanten. Erdkunde wurde an DDR-Schulen erstmals in der fünften Klasse gegeben. Im entsprechenden Lehrbuch von 1950 wurde auf den Staat im Westen Deutschlands en passant

bei der Beschreibung einer Fahrt auf dem Rhein eingegangen. »Auf dem Petersberg bei Bonn haben die so genannten Hohen Kommissare der westlichen Besatzungsmächte ihren Sitz. Sie überwachen die Regierung des westdeutschen Separatstaates, der auf Befehl der Westmächte gegründet und von Deutschland losgerissen worden ist.«⁸ Im volkseigenen Verlag Volk und Wissen also war die offizielle Version der DDR-Politik zu 100 % durchgestellt. So einfach machte es sich der renommierte ostdeutsche Justus Perthes Verlag in Gotha, der 1952 die 16. durchgesehene Auflage seines »Taschenatlas von Deutschland« herausgab, nicht. Der Herausgeber bemühte sich, um die verordneten Benennungen herumzukommen, was ihm tatsächlich gelang. Wahrscheinlich im Hinblick auf westdeutsche Kunden zeigte der Taschenatlas als »politische Übersicht« weiterhin farblich voneinander unterschieden vier Besatzungszonen, verzichtete aber auf deren (nun schon zwei Jahre nicht mehr aktuelle) Benennung, verzichtete auch auf die Staatsbezeichnungen und beschränkte sich auf die Wiedergabe der Ländernamen (die es bis 1952 auch für die DDR gab).⁹

Natürlich wollten auch Westverlage die Bonner Sprachregelung zur DDR nicht unbedingt mitmachen. Schulbuchverlage hatten keine Chance auf Abweichungen, wollten sie von den Schulbehörden geordert werden. Das »praktische Nachschlagebuch für Jugendliche« allerdings, von der Bertelsmann-Lexikon-Redaktion unter dem viel versprechenden Titel »Ich sag Dir alles« herausgegeben, fand es in seiner 22. Auflage, die 1956 erschien, zwar unvermeidlich, den anderen Teil Deutschlands als »Sowjetzone« zu bezeichnen, setzte allerdings – in Klammern – die drei Buchstaben »DDR« dahinter.¹⁰

Größeres Kopfzerbrechen noch als zögernde Verlage machte den Wächtern über die Anwendung des verordneten Namens für das andere Deutschland die Ebene der ungeachtet fehlender staatlicher Beziehungen weiterhin existierenden nichtstaatlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands. Wer aus der Bevölkerung von Ost nach West reiste (und wieder zurückkam) bzw. wer privat über den anderen Staat redete, charakterisierte sein Reiseziel meist ganz einfach durch Bezug auf die Himmelsrichtungen – Ost- bzw. Westdeutschland oder fuhr »nach drüben« und kümmerte sich wenig um die offiziellen bzw. die vorgegebenen Benennungen für die beiden deutschen Staaten.

Zu einem Problem wurden die verordneten Namen erst, wenn es um nichtstaatliche Beziehungen wie die Handelsbeziehungen und die Sportbeziehungen zwischen dem Ost- und dem Westteil Deutschlands ging. Zwar war es der Bundesregierung durch einen Trick gelungen, nicht unmittelbar Handelsverträge mit der DDR abschließen zu müssen – die nichtstaatliche »Treuhandstelle für Interzonenverkehr« wurde zwischen das Bundesministerium für Wirtschaft und das Außenhandelsministerium der DDR geschaltet. Aber irgendwo im Vertrag mussten doch die beiden Staaten genannt werden, zwischen denen der Warenaustausch stattfinden sollte. Man einigte sich in Berlin im September 1951 auf ein »Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)«. ¹¹

8 Detlef Nakath: Deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, S. 64.

9 Justus Perthes: Taschenatlas von Deutschland, Gotha 1952, Karte 1.

10 Bertelsmann Lexikon Redaktion (Hrsg.): Ich sag Dir alles. Ein praktisches Nachschlagebuch, Gütersloh 1956, S. 192.

11 Detlef Nakath: Zur Geschichte der deutsch-deutschen Handelsbeziehungen. Die besondere Bedeutung der Krisenjahre 1960/61 für die Entwicklung des innerdeutschen Handels (hefte zur ddr-geschichte 4), Berlin 1993, S. 9-10.

Die Sportbeziehungen untereinander hätte man sicher in Abmachungen zwischen dem »Sportgebiet Ost« und dem »Sportgebiet West« geregelt, wenn da nicht die internationalen Sportbeziehungen gewesen wären, deren Höhepunkt alle vier Jahre die Olympiaden waren. Mit dem Olympischen Komitee, das wenig Bereitschaft zeigte, sich den Argumenten der einen oder anderen deutschen Seite zu beugen, einigte man sich für die Olympiade 1956 und folgende bis 1968 so: Beide deutschen Teams mussten jeweils mit Schwarz-Rot-Gold und den Olympischen Ringen statt ihrer Landesfahnen einmarschieren. Für ihre Sieger wurde der Schlusschor aus Beethovens Neunter Sinfonie anstelle der Nationalhymnen gespielt.¹²

12 Rupert Kaiser: Das große Rennen um Mannschaft, Fahne und Hymne, in: Neues Deutschland, 8./9. Oktober 2005.

Anders als das IOC machten jedoch die jeweiligen Verbündeten der beiden deutschen Staaten den »deutsch-deutschen Namenskampf« in vieler Hinsicht mit. Das betraf die Nichtanerkennung der DDR durch die Verbündeten der Bundesrepublik ebenso wie die Nichtanerkennung der Bundesrepublik durch die Staaten des Warschauer Paktes. Auch die Publizistik dieser Länder passte sich in gewissem Maße der Sprachregelung, wie sie durch die Bundesrepublik bzw. die DDR vorgegeben wurde, an. Das war für die betroffenen Verlage manchmal heikel. Im Jahre 1962 veröffentlichte Sandor Rado, ein bekannter Geograph, im Budapester Corvina-Verlag sein »Welthandbuch« auch in deutscher Sprache und sicherlich mit der Absicht, das sehr sorgfältig erarbeitete und im gewissen Maße einmalige Nachschlagewerk auch im deutschen Sprachraum zu vertreiben. Das geographische Lexikon enthielt das Länderstichwort »Deutschland« (zwischen Dänemark und Dominikanischer Republik). Unter diesem Stichwort waren DDR und BRD subsumiert. Doch auch dem Budapester Welthandbuch gelang es nicht ganz, dem deutsch-deutschen Namensstreit zu entkommen. Denn das Buch sprach nicht von der »Bundesrepublik Deutschland«, sondern von »Deutscher Bundesrepublik«.¹³

13 Sandor Rado: Welthandbuch. Internationaler politischer und wirtschaftlicher Almanach, Budapest 1960, S. 172-228.

Normalisierungsbemühungen in der Periode des nachlassenden Kalten Krieges (1962-1972)

Genauso wie die Westberliner SPD/CDU-Regierung die Bezeichnung »Sowjetsektor« Anfang der 60er Jahre nicht mehr länger für vertretbar hielt, glaubte die DDR-Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr länger, mit der Bezeichnung »Westzone« oder dem »Bonner Separatstaat« operieren zu können. Man strebte die Anerkennung des eigenen Staates an. Das erforderte auch, den anderen deutschen Staat als solchen zu bezeichnen. Allerdings fiel der SED der Abschied vom Alleinvertretungsanspruch schwer. »Bundesrepublik Deutschland«, die offizielle Eigenbezeichnung des westdeutschen Staates, ließ an sich schon wenig Raum für einen zweiten deutschen Staat. Die Abkürzung BRD klang schon viel weniger Besitz ergreifend, hatte allerdings den Nachteil, dass sie sich jederzeit in »Bundesrepublik Deutschland« auflösen ließ. Auf DDR-Seite wurde für das westliche Deutschland daher eine andere Abkürzung ins Spiel gebracht: DBR. DBR stand nun neben DDR. Wollte man die Abkürzungen auflösen, dann wurde die dieser Namensgebung zugrunde liegende Zweistaatentheorie der DDR erkennbar: »Deutsche Bundesrepublik (DBR)« stand neben »Deutsche Demokrati-

sche Republik (DDR)«. In diesem Sinne wurde das Begriffspaar erstmals im »Nationalen Dokument« des DDR-Staatsrats vom 17. Juni 1962¹⁴ gebraucht und stand in der Folgezeit in allen grundsätzlichen bzw. amtlichen Stellungnahmen, z. B. auch in der vom Ministerpräsidenten Stoph am 14. Juli 1967 abgegebenen Regierungserklärung.¹⁵

Im Westen galt in den 60er Jahren weiterhin die »Einstaatentheorie«, d. h. der Alleinvertretungsanspruch West. Davon herunterzukommen, erwies sich, wie überhaupt die Aufgabe des Kalten Krieges, in der Bundesrepublik besonders schwierig.¹⁶ Ernst Richert, der in den fünfziger und Anfang der 60er Jahre am Institut für Politische Wissenschaften der FU-Dahlem über die »SBZ« forschte, erhielt nach erheblichem Zögern für sein 1963 erschienenes Buch »Macht ohne Mandat« über die SED-Elite die Erlaubnis, wenigstens im Text von »DDR« zu schreiben.¹⁷ Peter Benders Buch »10 Gründe für die Anerkennung der DDR«, 1968 bei Fischer in Frankfurt/Main erschienen, wurde noch angefeindet und führte zu Gegendarstellungen.¹⁸ Ein Jahr später kam Hanns Werner Schwarzes Buch »Die DDR ist keine Zone mehr« heraus.¹⁹

Ludwig Erhard, ab 1963 Bundeskanzler, blieb, was die Nichtanerkennung der »Soffjetzone« betraf, in den Fußstapfen Adenauers. Dessen Nachfolger und Chef der ersten »Großen Koalition« der Bundesrepublik, Kurt Georg Kiesinger, war auch nicht bereit, das sich östlich der Bundesrepublik befindliche »Gebilde« bzw. »Phänomen« bei seinem wirklichen Namen zu nennen. Vielleicht unter dem Einfluss seines Außenministers Willy Brandt entschloss er sich schließlich zu einem Zwischenschritt: Der Bundeskanzler sprach in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des »Tages der Deutschen Einheit« am 17. Juni 1967 vom »anderen Teil Deutschlands«. ²⁰ Diese Bezeichnung wurde insofern offizielle Politik, als das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen auf die Verwendung des Begriffes »Zone« bzw. »SBZ« von nun an verzichtete. Aus der vom Ministerium herausgegebenen wissenschaftlichen Monatszeitschrift »SBZ-Archiv« wurde das »Deutschland Archiv« und aus dem vom gleichen Ministerium herausgegebenen Nachschlagewerk »SBZ von A bis Z« 1969 das »Lexikon A-Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch für den anderen Teil Deutschlands«. Erstmals fand sich in dieser Ausgabe das Stichwort »Deutsche Demokratische Republik«. ²¹ Mehr Abbau verordneter Bezeichnungen ließ das Kräfteverhältnis in der Großen Koalition offensichtlich noch nicht zu. Erst in seinen »20 Punkten über Grundsätze und Vertragselemente«, die Willy Brandt als Kanzler der sozialliberalen Koalition am 21. Mai 1970 dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph bei dessen Besuch in Kassel vorlegte, standen die offiziellen Bezeichnungen »Bundesrepublik Deutschland« und »Deutsche Demokratische Republik« nebeneinander. ²² Bei jenem Treffen wurde auch erstmals aus offiziellem Anlass in der Bundesrepublik die DDR-Fahne gehisst – nicht für lange. »Fanatisierte Jugendliche holten vor dem Hotel die DDR-Flagge herunter.« ²³

Es dauerte noch bis Anfang 1973, bevor sich beide deutschen Staaten völkerrechtlich als gleichberechtigte Partner anerkannten. Sie befanden sich damit im Nachtrab der internationalen Entwicklung. Im Bereich des olympischen Sportes wurden zur Olym-

14 Neues Deutschland, 18. Juni 1962.

15 Ebenda, 15. Juli 1967.

16 Peter Bender: Fall und Aufstieg. Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 37.

17 Ernst Richert: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1963.

18 Peter Bender: Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt am Main 1968, S. 5 f.

19 Carola Stern, a. a. O., S. 165.

20 Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe/Band 1, Frankfurt am Main 1984, S. 1323.

21 A-Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch für den anderen Teil Deutschlands, Bonn 1969, S. 147.

22 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Bericht und Dokumentation, Bonn 1980, S. 138.

23 Detlef Nakath 2002, a. a. O., S. 93.

piade 1968 erstmals zwei deutsche Mannschaften zugelassen. Doch auch bei Olympia dauerte es bis 1972, bevor die Sportler beider deutscher Staaten – ausgerechnet in München – mit eigener Fahne und Hymne geehrt werden durften.²⁴

24 Rupert Kaiser, a. a. O.

Wechselseitige Namensgebungen für beide Teile Berlins

Ebenso wie Deutschland in vier Zonen wurde Berlin 1945 in vier Sektoren geteilt, wobei sich die Differenzen zwischen den Sektoren der Westalliierten schneller verwischten als die Unterschiede zwischen den Westzonen und die Differenz zum sowjetischen Sektor umso deutlicher hervortrat. Anders als im Falle von Nachkriegsdeutschland hatte das Nachkriegsberlin zunächst über eine für das ganze Gebiet zuständige Regierung verfügt, den Magistrat von Groß-Berlin. Dementsprechend lautete die offizielle Bezeichnung »Französischer Sektor von Groß-Berlin« usw. Das Volk sprach bald von den Westsektoren und dem Ostsektor Berlins. Die Stadtbezeichnung sparte man auch rasch ein, da die Besatzungseinteilung für Deutschland unter »Zone« firmierte, mit Sektoren also nur Teile Berlins gemeint sein konnten. Die gemeinsame Berliner Regierung ging im Herbst 1948 in die Brüche. Die Zweiteilung der Stadt ging der Zweiteilung des Landes um ein Jahr voraus. Die Zuordnung der beiden Teile Berlins zu den beiden deutschen Staaten war nicht eindeutig und erst recht nicht international, d. h. durch die Alliierten anerkannt. Der Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter hatte sich vergeblich um die Eingliederung des westlichen Teiles der Stadt in die Bundesrepublik bemüht, als diese gegründet wurde. Berlin wurde mit der DDR-Verfassung von 1949 als »Hauptstadt der Republik« bezeichnet.²⁵ Den Anspruch leitete der damalige FDJ-Vorsitzende Erich Honecker auf der Tagung des Deutschen Volksrats am 3. Oktober 1949 allerdings noch aus einer zu bildenden »gesamtdeutschen Regierung« ab und bezeichnete Berlin als die Hauptstadt Deutschlands – für das die DDR ab 7. 10. 1949 zu stehen glaubte.²⁶

25 Jürgen Wetzel: Berlin, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 390.

26 Dietrich Staritz, a. a. O., S. 37.

Wie im Falle des Landes resultierte auch im Falle der Stadt aus den konkurrierenden Ansprüchen ein Bedarf an zu verordnenden Bezeichnungen. Auf DDR-Seite verzichtete man, da eine Vereinigung Deutschlands im Sinne der SED nicht zustande kam, zunächst auf den Hauptstadtbegriff und auch – wohl wegen der Alliierten – auf die Demonstration der DDR-Zugehörigkeit Ostberlins. »Berlin ist«, hieß es 1950 im Lehrbuch der Erdkunde Mitteleuropa für das fünfte Schuljahr »... die Hauptstadt Deutschlands und Sitz der zentralen Verwaltungsbehörden der Deutschen Demokratischen Republik«. ²⁷ Der Sowjetische Sektor hieß in den 50er Jahren »Demokratischer Sektor« (von Groß-Berlin), während westlicherseits weiterhin vom Sowjetsektor gesprochen wurde, obwohl die Sowjetische Kontrollkommission ihre Verwaltungs- und Hoheitsrechte bereits am 10. Oktober 1949 auf die drei Tage zuvor geschaffene (Provisorische) Regierung der DDR übertragen hatte.²⁸ Der Magistrat in Ostberlin war für die Westmedien Luft. Dessen Oberhaupt, Oberbürgermeister Friedrich Ebert, war noch 1953 ein namenloser »Vorsteher des Ostberliner Stadtsowjets«. ²⁹ In den Westmedien gebräuchlich war auch die gemäßigtere Bezeichnung »Ostsektor« und manchmal wurde auch von Ostberlin (ohne Bindestrich, ein Wort) gesprochen.

27 Lehrbuch der Erdkunde: Mitteleuropa, für das fünfte Schuljahr, Berlin/Leipzig 1950, S. 25.

28 Jürgen Wetzel, a. a. O., S. 390.

29 Brigitte Grunert: Der Bindestrich-Berliner, in: Der Tagesspiegel, 12. Juni 1993.

Auf den Stadtplänen, die in den 50er Jahren im Osten gedruckt wurden, stand Westberlin (ohne Bindestrich, ein Wort). Ende der 50er Jahre verschwand der »Demokratische Sektor« aus DDR-Verlautbarungen und Druckerzeugnissen. An seine Stelle setzte man im Osten die offizielle Bezeichnung »Berlin, Hauptstadt der DDR«³⁰, was den Westen allerdings nicht hinderte, weiterhin vom »Sowjetsektor« oder »Ostsektor« oder Ostberlin (ein Wort, ohne Bindestrich) zu sprechen. Vielleicht von dem Gedanken beseelt, Ordnung in die Bezeichnungen für beide Teile Berlins zu bringen, erfand der erste SPD/CDU-Senat unter Willy Brandt den Bindestrich-Berliner. Zur »Klarheit« empfahl eine Senatskommission 1960 die Schreibweise »West-Berlin« und »Ost-Berlin« (jeweils mit Bindestrich). Sie wurde in den Amtsstuben für nichtamtliche Bezeichnungen eingeführt. Der »West-Duden« zog nach.³¹ Der Osten verstand die Aktion nicht als Angebot zur Deeskalation des Namenskrieges. Er schrieb weiterhin von »Westberlin« (ohne Bindestrich), meist unter Hinzufügung des Zusatzes »selbständige politische Einheit«. DDR-Ministerpräsident Willi Stoph fühlte sich noch im März 1970 veranlasst, Willy Brandt auf dem ersten gemeinsamen Treffen in Erfurt mitzuteilen: »Westberlin hat niemals zur Bundesrepublik gehört und wird niemals zur Bundesrepublik gehören ... Wenn unser Zusammentreffen in der Hauptstadt der DDR, Berlin zustande gekommen wäre, ... dann wäre ich gern mit Ihnen auf den Fernsehturm gefahren. Dort hätten sie sich vom Restaurant aus in 200 Meter Höhe überzeugen können, dass Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt.«³²

30 Ebenda.

31 Ebenda.

32 Detlef Nakath 2002, a. a. O., S. 65.

Die Zeit der nicht ganz geglückten Normalisierung (1973-1989)

Im Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 standen die vollen Namen beider deutscher Staaten zu Beginn jedes einzelnen seiner Paragraphen.³³ Damit schien alles geregelt und keine Zweideutigkeiten bei der Benennung des anderen deutschen Staates mehr möglich. Oder doch? Auf der 9. Tagung des ZK der SED Ende Mai 1973 gab Erich Honecker, als er über den Grundlagenvertrag und den Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen sprach, die neue Sprachregelung vor, indem er nicht von »Bundesrepublik Deutschland«, sondern stets von BRD (und DDR) sprach.³⁴ Auch in der Bundesrepublik wurde die Sprachregelung des Grundlagenvertrages nicht hundertprozentig übernommen. Zwar machte der RIAS keine Sendungen »Aus der Zone, für die Zone« mehr, zwar fand der Leser in der 1985 erschienenen 3. überarbeiteten Auflage des vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen »DDR-Handbuches« unter dem Stichwort Mitteldeutschland den Hinweis, dass der Begriff »als politische Bezeichnung für den Staat DDR gegenwärtig amtlich nicht mehr benutzt wird«³⁵. Auch blieb im Nachschlagewerk der Begriff »Sowjetische Besatzungszone« auf das Gebiet der DDR in den Jahren 1945 bis 1949 beschränkt, doch behielten sich die Zeitungen des einflussreichsten Medienkonzerns der Bundesrepublik, Springer, vor, von so genannter DDR zu sprechen bzw. DDR stets nur in Anführungsstrichen zu schreiben. In konservativen Kreisen war es weiterhin üblich, von »Mitteldeutschland« zu reden, wenn es um die DDR ging – jedenfalls bis zur offiziellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundes-

33 Bundesgesetzblatt II 1972, S. 423.

34 Vgl. Werner Maibaum: Geschichte der Deutschlandpolitik (Deutsche Zeitbilder), Bonn 1998, S. 78.

35 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), DDR Handbuch, Köln 1985, S. 916.

36 Friedemann Bedürftig,
S. 293 f.

republik mit der Unterzeichnung des 2+4-Abschlussdokumentes im September 1990.³⁶

Die deutsch-deutschen Namensgebungen – abweichend von der offiziellen Bezeichnung und manchmal auch abweichend von der Realität – könnte man als Manöver der Diplomatie abtun, wenn sie auf den Bereich der staatlichen Beziehungen bzw. Nichtbeziehungen beschränkt geblieben wären. Der Nachdruck, mit der sich beide Seiten – bis zu einem gewissen Grade durchaus erfolgreich – bemühten, die manipulierten Namen auch in der Öffentlichkeit durchzusetzen, sie »unters Volk zu bringen«, signalisiert, dass es sich nicht nur um diplomatische Manöver, sondern um psychologische Beeinflussungsversuche handelte. Es ging den beiden deutschen Regierungen darum, für ihre Politik gegenüber dem anderen Deutschland die Zustimmung »der Massen« zu erhalten und sie zu veranlassen, den anderen deutschen Staat so zu sehen, wie die Regierungen ihn zu sehen wünschten, als fremd dominiert (sowjetisiert bzw. amerikaniert), nicht legitimiert, bestenfalls gleichfalls existierend neben dem »eigentlichen« deutschen Staat. Damit wurde die Namensmanipulation zum Bestandteil der Herrschaftsausübung. Es übersteigt die Möglichkeiten des Autors, exakt festzustellen, bis zu welchem Maße die Bevölkerung in der DDR und in der BRD der durch die Regierung und die Medien vorgegebenen Sprachregelung folgte.

Wenn auch angenommen werden kann, dass außerhalb der Eliten große Teile der Bevölkerung der Sprachregelung nicht folgten und schlicht von »Ost-« bzw. »Westdeutschland« sprachen, so prägten sich die manipulierten Begriffe durch ständigen Gebrauch durch die Behörden, im Schulunterricht und in den Medien bei einem Teil der Bevölkerung ein. Die Bezeichnung »Mitteldeutschland« für DDR, hieß es 1985 in einer Veröffentlichung des innerdeutschen Ministeriums, das seit mehr als einem Jahrzehnt auf »DDR« umgeschaltet hatte, »ist ... umgangssprachlich nach wie vor gelegentlich in Gebrauch«. Das galt sicher auch für den Begriff »Zone«, dessen letzter Ableger die nach der Wende auftauchende spöttische Bezeichnung »Zoni« für den Noch- bzw. Nicht-mehr-DDR-Bürger war. Und die Verwendung der Abkürzung BRD für »Bundesrepublik Deutschland« ist auch heute noch nirgends so häufig anzutreffen wie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, seine Verwendung macht im Westen den Ostdeutschen kenntlich.³⁷

37 Vgl u. a.: Der Tages-
spiegel, 8. November 2005.

Als fast selbstverständlich scheint im Rückblick, was doch – zumindest nach heute herrschender Auffassung – gar nicht selbstverständlich ist: Der westliche und der östliche deutsche Staat bedienten sich derselben Mittel und Methoden, um ihre Auffassung von dem anderen Staat gegenüber der eigenen Bevölkerung (und Drittländern) Ausdruck zu verleihen, ob sie nun als Demokratie oder Diktatur strukturiert, ob sie plan- oder marktwirtschaftlich organisiert waren. Ein Zufall ist das – bei näherer Betrachtung – eigentlich nicht. Denn auf beiden Seiten bestand der gleiche Herrschaftsanspruch und wurde mit gleicher Intensität Herrschaftssicherung betrieben – mit langfristig gesehen unterschiedlichem Ergebnis, wie man weiß.

UWE SONNENBERG

Lew Kopelew

West-östliche Spiegelungen

Am 18. Juni 1997 starb der Germanist und Autor Lew Kopelew in Köln. Die Zeitungen betraueren den Tod eines »großen Freundes der Deutschen« (*BILD*), eines »Humanisten und Versöhners« (*Thüringer Landeszeitung*), eines »Mittlers« (*Börsenblatt*), eines »Brückenbauers« (*Frankfurter Allgemeine* und *Neues Deutschland*), eines »Dissidenten wider Willen« (*Neue Zürcher Zeitung*), eines Mannes mit dem »Schlaf des Rotarmisten« (*Tageszeitung*). »Ehefrau Maria hielt seine Hand, als er starb« (*Kölner Express*) und »Ganz Deutschland kannte ihn« (*Berliner Zeitung*). Christa Wolf bekannte in ihrer Totenrede: »Jetzt [...] begreife ich, dass er selbst eine Art Wunder war.«¹ Niemals zuvor habe die deutsche Presse einem ausländischen Schriftsteller soviel Platz für feierliche Gefühlsregungen und Lobreden eingeräumt, bemerkte der 1974 nach Paris in die Emigration gezwungene russische Literaturwissenschaftler Efim Etkind später.² Drei Monate zuvor – anlässlich des 85. Geburtstages von Kopelew – hatte der Schriftsteller Daniel Granin festgestellt, dass »siebzehn Jahre Leben in Deutschland ihn irgendwie zum wichtigsten Russen in Deutschland gemacht haben«.³ 1985, bei einem für die Internationale der Intellektuellen sehr einschneidenden Ereignis, zeigt ihn ein mehrfach abgedrucktes Foto als den Träger des Sarges von Heinrich Böll: eine zentral im Vordergrund stehende Figur, Günter Grass und Günter Wallraff verdeckend. Schon vor seiner ersten Einreise in die BRD hatten sich Willy Brandt und Egon Bahr, die beiden Hauptakteure des »Wandels durch Annäherung«, der bundesdeutschen Ostpolitik in den siebziger Jahren, für ihn stark gemacht. Mit ihren geheim-diplomatischen Kanälen hatten sie bei den verantwortlichen sowjetischen Stellen die Erlaubnis eines einjährigen Forschungsaufenthaltes in Deutschland für Lew Kopelew und seine Frau Raissa Orlova durchgesetzt:⁴ eine Erlaubnis, die nach der postwendend von Leonid Breschnew persönlich erlassenen Ausbürgerung aus der Sowjetunion für beide im Januar 1981 der Beginn eines neuen, ihres letzten großen Lebensabschnittes – der nicht gewollten Emigration nach Deutschland – werden sollte.

Wer war dieser Mensch, dem schon zu Lebzeiten viele kaum durchdringbare Etiketten anhafteten, der noch zu Lebzeiten zu einer Ikone, einer Lichtgestalt stilisiert wurde? Anhand von Kopelews autobiographischen Arbeiten, Erinnerungen von Weggefährten und Zeitgenossen sowie ausgewählten Presseartikeln soll an dieser Stelle skizzenhaft eine Annäherung an das Leben dieses Mannes unternommen werden. Es ist ein politisches Porträt eines exemplarischen

Uwe Sonnenberg – Jg. 1976, studiert Politikwissenschaft und Geschichte und verfasst seine Abschlussarbeit zum öffentlichen Wirken von Lew Kopelew in der BRD. In seiner Freizeit beschäftigt er sich als Buchhändler in Potsdam.

1 Christa Wolf: Mit dem absoluten Sinn für Toleranz. Totenrede für Lew Kopelew, in: Dieselbe: Werke XII. Essays, Gespräche, Reden, Briefe 1987-1999, Luchterhand München 2001, S. 610.

2 Vgl. Efim Etkind: »Das Herz schlägt immer links«, in: Bernd Michael Maurer (Hrsg.): Einblicke – Lew Kopelew. Ein photographisches Porträt, Köln 2002, S. 43-45.

3 Daniel Granin: Der Kentaur. Für Lew Kopelew,

den russischen Menschenfreund, der heute in der deutschen Wahlheimat seinen 85. Geburtstag begeht, in: Berliner Zeitung, 9. April 1997, S. 34.

4 Vgl. Egon Bahr: Zu meiner Zeit, Karl Blessing Verlag München 1996, S. 455.

5 Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten, Steidl Göttingen 1996 (zuerst 1981), S. 137.

6 Zitiert nach: Oleg Gordiewsky, Christopher Andrew: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, Bertelsmann München 1990, S. 164.

7 Lew Kopelew: 1937, in: Derselbe: Und dennoch hoffen. Texte der deutschen Jahre, Hoffmann und Campe Hamburg 1991, S. 37.

8 Lew Kopelew: Und schuf mir einen Götzen, a. a. O., S. 255.

Lebenslaufes des 20. Jahrhunderts, in dem an einigen Andockpunkten, die für das Verstehen der Zeit wie der Person relevant sind, kurz Halt gemacht werden soll.

Das Aufwachsen ...

Geboren wurde Lew Sinowjewitsch Kopelew 1912 in eine ihren jüdischen Glauben nicht mehr streng praktizierende Familie im ukrainischen Dorfe Borodjanka. Der Vater arbeitete sein Leben lang als Agronom. Über die Tätigkeiten der Mutter, die vermutlich Hausfrau war, ist leider nicht viel in Erfahrung zu bringen. Seine Kindheit verbrachte er in Kiew. Dort erlebte er, behütet in der elterlichen Wohnung, mit der »Petljurabande«, den »Weißen« und den »Roten« auch die Wirren des Bürgerkrieges, die im Zuge der russischen Revolution und des Endes des Ersten Weltkrieges mehrfach die Stadt heimsuchten. Er wuchs mehrsprachig in einer multinationalen Umgebung auf, hatte deutsche Kindermädchen, spielte mit Polen, galt als Jude, schrieb seine ersten Gedichte noch auf ukrainisch und begann sich unter dem Einfluss der Jungkommunisten mehr und mehr russisch zu fühlen. Mitte der zwanziger Jahre zog die Familie nach Charkow. Der sechzehnjährige Kopelew arbeitete dort in der Lokomotiven-Fabrik als Metalldreher und führte das Leben eines »zur Literatur berufenen Stoßarbeiters«, ⁵ er wurde ein Arbeiter-Korrespondent. In Charkow schrieb er sich 1933 in der philosophischen Fakultät der Universität ein. 1935, nach Moskau umgezogen, nahm er das Studium der Germanistik auf, 1941 erfolgte die Promotion über Schillers Dramatik und die bürgerliche Revolution in Frankreich, und er wurde Dozent an der Moskauer Hochschule für Philosophie, Literatur und Geschichte. Bis dort hin ein für junge Intellektuelle ihrer Zeit typischer Lebenslauf in der Sowjetunion, zu dem auch gehörte, mit 18 Jahren zu heiraten und 1929, als Aufseher Inhaftierte noch mit »Genossen« anredeten, bei einer Änderung der Generallinie der Partei wegen eines kurzzeitigen Sympathisierens mit der »linken Opposition« für zwei Wochen eingesperrt zu werden. Nach dieser kurzen »trotskistischen« Phase beteiligte er sich Anfang der dreißiger Jahre als Mitglied der »Fünfundzwanzigtausender« in der Ukraine im Rahmen der Kollektivierung der Landwirtschaft an »Getreidebeschaffungsaktionen«: Er war überzeugt, getreu einer Parole Stalins Soldat an einer unsichtbaren Front zu sein, die »gegen kulakische Saboteure Krieg führte um des Brotes willen, das unser Land für den Fünf-Jahres-Plan brauchte.« ⁶ Während der »Großen Säuberungen« 1937/38 war er bereit, »sich der strengsten Disziplin zu unterwerfen, der schärfsten Zensur.« ⁷ Es gab auch bei ihm die »blinde Bereitschaft zu Selbstverleugnung, zum unbedingten Gehorsam.« ⁸ Dennoch hätte ihn – so schreibt er – auch damals schon der Widerspruch zwischen vermeintlich historisch Notwendigem und seinen moralischen Grundsätzen geplagt: Zwar glaubten weder Kopelew noch seine Freunde, dass Fritz Platten, ihr Dozent am Fremdspracheninstitut – ein Schweizer Sozialist, der mit Lenin im plombierten Zug gefahren war und ihm, indem er sich bei einem Attentatsversuch 1918 auf ihn warf, das Leben gerettet hatte –, ein »Volksfeind« und »Gestapo-Spitzel« sei, als er abgeholt wurde. Doch »irgendwas müsste doch dahinterstecken, irgendetwas müsste sie doch verdäch-

tig gemacht haben«,⁹ meinten sie. Außerdem sei es nicht »wider-natürlich« gewesen: »Gewöhnt, in historischen Vergleichen zu denken, erklärte ich es mir mit den inneren Gesetzmäßigkeiten jeder nach-revolutionären Entwicklung.«¹⁰ Aber Kandidat der Partei wurde er erst während des Zweiten Weltkrieges, aus »emotional-patriotischer Anwendung«, die alle Zweifel am Stalin-Hitler-Pakt, den damit verbundenen Auslieferungen deutscher Antifaschisten an die Gestapo und am Finnlandkrieg 1940 über Nacht für ihn anachronistisch werden ließ.

... im Krieg und Ostpreußen

So meldete sich Lew Kopelew auch sofort freiwillig als Soldat, als die deutschen Truppen am 22. Juni 1941 die sowjetische Grenze überschritten; anfangs noch voll Eifer und Hoffnung, da nun endlich die Weltrevolution ausbrechen, das deutsche Proletariat in Berlin, an Rhein und Ruhr sich diesen Überfall nicht gefallen lassen würde – eine idealistische Vorstellung vom »heiligen Krieg«, nach der man jetzt gemeinsam die Naziherrschaft abschütteln und Europa befreien würde. Umso bitterer dann seine Enttäuschung, als sich der Krieg hinzog und er erkennen musste, »dass gerade viele Arbeiter unter den Soldaten der Wehrmacht Nazis waren, richtige Nazis, richtig nazistisch, besonders die jungen Arbeiter. Und Anti-Nazis, Antifaschisten unter den ersten deutschen Kriegsgefangenen, das waren meistens Intellektuelle, die ersten, die ich kennengelernt habe.«¹¹ Aufgrund seiner vielfältigen Sprachkenntnisse, insbesondere des Deutschen, fand er schnell seinen Platz als Propagandaoffizier bei der Roten Armee. Der Historiker Jakow Drabkin, der mit ihm an der Belorussischen Front kämpfte, erinnert sich, dass die dort von Kopelew verfassten Flugblätter wohl zu den besten gehörten, die unter den deutschen Soldaten verteilt wurden.¹² Sein Spitzname bei den deutschen Kriegsgefangenen war aufgrund seines unverwechselbaren Äußeren »der Schwarze Major«. Sie wollte er »umerziehen«, als er ihr Lehrer in der Front-Antifa-Schule wurde. Von ihnen sollte er mehr über die politisch-moralische Konstitution der Wehrmacht erfahren, wenn er sie, als Überläufer oder frisch gefangen genommen, befragte, um zusammen mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland neue Propagandaaktionen vorzubereiten. Noch Jahrzehnte später erinnerten sich viele ehemalige Kriegsgefangene an die Begegnungen mit Lew Kopelew, der es offenbar wie kein anderer vermochte, Zugang zu ihnen zu gewinnen. Er erzählte ihnen von sowjetischer Literatur und sprach davon, dass die Hitlers kommen und gehen, Goethe und Schiller aber und mit ihnen die Größe der deutschen Kultur bleiben würde.¹³

Doch die entscheidende Wendemarke seiner Biographie sollte ihm noch bevorstehen. Nach dem Erwerb großer Verdienste bei der fast kampfflosen Übergabe der Festung Graudenz an die Rote Armee, die er mit aushandelte, sollte er den Tag des lange ersehnten Sieges, den 9. Mai 1945, nicht mehr in Freiheit erleben und mit seinen Kameraden gebührend feiern können. Denn mittlerweile musste Lew Kopelew, am 5. April 1945 in Ostpreußen verhaftet, seine Odyssee durch die Untersuchungsgefängnisse antreten, musste sich wegen »Propagierung des bürgerlichen Humanismus und Mitleids mit dem

9 Lew Kopelew: 1937, a. a. O.

10 Lew Kopelew: Tröste meine Trauer. Autobiographie 1947-1954, Steidl Göttingen 1996 (zuerst 1981), S. 306.

11 Heinrich Böll, Lew Kopelew: Warum haben wir aufeinander geschossen? Mit Beiträgen von Klaus Bednarz, Lamuv, Bornheim-Merten 1981, S. 21 f.

12 Vgl.: Jakow Drabkin: Im Glauben an eine bessere Zukunft, in: Bernd Michael Maurer (Hrsg.): Einblicke, a. a. O., S. 13-15.

13 Vgl. den Anhang in: Heinrich Böll, Lew Kopelew: Warum haben wir aufeinander geschossen, a. a. O.

14 Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945, Beck München 2005, S. 447.

15 Zitiert nach: Lew Kopelew: Aufbewahren für alle Zeit!, Steidl Göttingen 1996 (zuerst 1976), S. 659.

16 Ebenda., S. 129.

17 Seine Erfahrungen in Ostpreußen beschreibt Kopelew in einem Kapitel des zweiten Bandes »Aufbewahren für alle Zeit!« seiner Autobiographie. Dieses Kapitel wurde von der Wochenzeitung »Die Zeit« 1976 mit reißerischen Titeln als Vorabdruck des Buches veröffentlicht und in vielen Zuschriften hernach rezipiert (in Kopelews Worten) als Zeugnis der »Verteidigung in dem aussichtslosen Prozess um die Rehabilitierung des Nazi-Regimes und der Nazi-Wehrmacht«. In einem offenen Brief an die Zeitung (Was ich aus der Geschichte lernte, in: Lew Kopelew: Im Willen zur Wahrheit. Analysen und Einsprüche, Frankfurt a. M. 1984, S. 16-28.) sprach er sich ausdrücklich gegen diese Verfremdung seines Buches aus.

Feind« vor sowjetischen Tribunalen und Gerichten verantworten. Man dürfe das »einen historischen Augenblick von großer Aussagekraft nennen, als dem Germanisten Lew Kopelew die Achselstücke eines sowjetischen Majors wegen »Mitleids mit dem Feind« heruntergerissen wurden«,¹⁴ schreibt der Publizist und Historiker Gerd Koenen. Was war geschehen?

Noch galt für Kopelews Frontabschnitt nicht der Befehl Marschall Rokossowskis, wonach auf Plünderung, Vergewaltigung, Raub und Mord an Zivilpersonen Kriegsgericht, wenn »notwendig auf der Stelle Erschießen« stand.¹⁵ Noch wurde der Hass geschürt durch einen dem damals sehr einflussreichen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg zugeschriebenen Ausspruch, dass nur ein toter Deutscher ein guter Deutscher sei. Noch wusste Kopelew nicht, dass ein großer Teil seiner Familie beim Massaker in der Schlucht von Babi Jar 1941 erschossen worden war. Noch konnte sein unmittelbar militärischer Vorgesetzter ihm gegenüber ungehindert sinngemäß äußern: »Aber wenn Du schon davon anfängst: Lass die, die es in blinder, wilder Aufwallung tun, auch kleine Fritzen töten, bis es ihnen selbst über ist [...] Das ist Krieg, Bruder, keine Theorie und keine Literatur. In Büchern, natürlich, da muss es das alles geben: Moral, Humanität, Internationalismus. Das ist alles schön und gut und theoretisch richtig. Aber jetzt lassen wir erst mal Deutschland in Rauch und Flammen aufgehen, danach kann man wieder richtige und schöne Bücher schreiben über die Humanität und den Internationalismus. Jetzt kommt es darauf an, im Soldaten den Kampfwillen zu stärken. Das ist der Kern der Sache.«¹⁶ In diesem Klima erhielt Lew Kopelew den Marschbefehl, den unerwartet schnellen Vormarsch der Roten Armee 1945 in Ostpreußen zu begleiten und Erkundungen über den »politisch-moralischen Zustand der Feindbevölkerung sowie über die Tätigkeiten des faschistischen Untergrundes« einzuholen. Wie im Ostpreußenkapitel¹⁷ seiner Autobiographie beschrieben, beobachtete er auf seiner Fahrt aber vor allem, dass sich Einheiten der nachrückenden Truppen und seine Vorgesetzten rücksichtslos bereicherten. Aus Angst vor Denunziationen drehten diese Vorgesetzten nun dem verständnislosen Kopelew, der zornig wurde und protestierte, der nicht mehr verstand, welche Zwecke diese Mittel noch heiligen konnten, dem Kopelew, der sich um die Rote Armee, die doch eine sozialistische sein wollte, Sorgen machte, einen Strick. Sie schwärzten ihn, der überzeugt war, gegen die Nazis und nicht gegen die Deutschen zu kämpfen, ihn, für den kommunistische Ethik, sowjetischer Patriotismus und Internationalismus zusammengehörten, an nach Paragraph 58 wegen »antisowjetischer Propaganda«: einem Staatsverbrechen.

In Abwesenheit von einer Kommission des NKWD in ein Lager abgeschoben, 1946 von einem Tribunal des Moskauer Wehrkreises freigesprochen, wurde er kurze Zeit später von einem anderen Gericht zu drei Jahren Haft verurteilt und bekam dann aufgrund der automatischen Abläufe des stalinschen Strafapparates noch einmal 10 Jahre aufgebremmt, zuzüglich fünf Jahren Entzuges aller Bürgerrechte. Am Ende sind es für Kopelew neuneinhalb Jahre in Gefängnissen und Lagern des Gulag geworden. Viele seiner (öffentlich nicht weiter bekannt gewordenen) Freunde, die sich während der

Prozesse für ihn einsetzten, wurden repressiert, aus Armee und Beruf entlassen. In deren Schuld hat er sich später immer gefühlt. Die längste Zeit der Haft verbrachte er in einer so genannten *Scharaschka* in der Nähe Moskaus, einem Sonderlager, in dem Wissenschaftler unter vergleichsweise besseren Bedingungen ihre Fähigkeiten und ihre Intelligenz der neuen Front des Kalten Krieges zur Verfügung zu stellen hatten. Dort wurde er zum Spezialisten für Phonetik und entwickelte zusammen mit Mithäftlingen Dechiffriermaschinen für geheime Telefone. Wahrscheinlich überstand er – wie so viele – die ersten Jahre in den Lagern nur, weil er noch immer an den Kommunismus glaubte. Er begegnete vielen Schicksalen und bekam Einblicke in die verschiedenen Parallelwelten und Schattenmilieus innerhalb der Sowjetunion. Doch später interessierte man sich meist nur für die Verbindung, die er in diesen Jahren mit Alexander Solschenizyn geknüpft hatte: Lew Kopelew und er, die beiden zukünftig prominentesten Ausgebürgerten, trafen sich in der *Scharaschka* Marfino. Kopelew wurde das Vorbild für Rubin, einen der Protagonisten aus Solschenizyns Roman »Im ersten Kreis der Hölle«. Über die Jahre allerdings entfremdeten sich die »Knastbrüder« voneinander,¹⁸ und ein Zerwürfnis zwischen beiden wegen Solschenizyns ausgeprägtem großrussischem Chauvinismus und seinem immer unverhohlener vorgetragenen Antisemitismus wurde, wengleich schmerzhaft, unumgänglich.

Tauwetter und Neue Fröste

Am 7. Dezember 1954 kam Lew Kopelew frei. Obwohl er sich am 5. März 1953, dem Todestag Stalins, noch in eine stille Ecke des Lagers verziehen musste, um seine Tränen zu unterdrücken, hatte er sich nun innerlich vom Stalinismus gelöst. Er konnte nicht mehr in Kolonne gehen, stürzte sich aber umso enthusiastischer in die neuen gesellschaftlichen Möglichkeiten des Tauwetters in Moskau. Er wurde Mitglied des Schriftstellerverbandes und, nach den Erinnerungen seines Kollegen Wladimir Kornilow, federführend bei antistalinistischen Kampagnen.¹⁹ Im ganzen Lande bildeten sich öffentliche wie private Zirkel, in denen in neuen Formen und in einer neuen Offenheit miteinander diskutiert wurde. Es waren in erster Linie literarische Zirkel, in denen das Wort neu erfunden wurde und aus denen heraus der *Samisdat*²⁰ entstand. Vieles von dem, was ab Mitte der achtziger Jahre als »Perestroika«, »Glasnost« und »Neues Denken« in einem »Haus Europa« insbesondere in Westeuropa »Gorbi«-Rufe auslöste, wurde hier schon angedacht und ausgesprochen.²¹ Kopelew heiratete die Amerikanistin Raissa Orlowa. Ihre gemeinsame Wohnung wurde zu einem der Zentren des »freien Denkens« in Moskau, eine Anlaufstelle, ein Ort des Kontaktes und des Austausches für die Moskauer Intelligenz, ausländische Journalisten und einfache Leute, die aus den Lagern kamen und zunächst nicht wussten, wohin. Der damalige Geist der offenen Zirkel sollte sich in ihrer Dissidenten-Küche bis zu ihrer Ausreise bewahren.

Gleichzeitig – 1956 rehabilitiert und erneut in die Partei aufgenommen – konnte Lew Kopelew wieder gemäß seinem Interesse und seiner Profession arbeiten. Angestellt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte schrieb er Essays und Bücher

18 1962 noch erreichten Kopelew und seine Frau Raissa Orlowa mit ihrem Einsatz bei Alexander Twardowski, dem damaligen Herausgeber der Literaturzeitschrift *Nowyj mir*, die Veröffentlichung von »Ein Tag im Leben des Iwan Dennissowitsch«, mit dem der Ruhm von Solschenizyn begründet wurde, bevor sein im Westen erschiener Roman »Archipel Gulag« die Intellektuellen in den USA und Westeuropa erschütterte.

19 Vgl. Wladimir Kornilow: Ein stürmisches und paradoxes Leben, in: Bernd Michael Maurer (Hrsg.): Einblicke, a. a. O., S. 23-28.

20 Sammelbezeichnung im Russischen aus *sam* (selbst) und *isdatelstwo* (Verlag) für Untergrundliteratur in der Sowjetunion. Texte, die aus politischen Gründen nicht im Druck erscheinen konnten, wurden (meist maschinenschriftlich) illegal verbreitet, wobei sie immer neu vervielfältigt wurden. Dem *Samisdat* wird für oppositionelle und dissidentische Bewegungen in den jeweiligen Ländern des Ostblocks eine zentrale Rolle zugeschrieben.

21 Vgl. Masha Gessen: Auf den Erfolg unserer hoffnungslosen Mission. Die russische Intelligenzija, Kunstmann München 1998, hier v. a. S. 9-32.

u. a. über Bertolt Brecht, J. W. Goethe, Anna Seghers, Heinrich Heine, Thomas Mann, Erich Weinert, Erwin Strittmatter, Heinrich Böll. Er übersetzte ihre Werke und stellte so zeitgenössische Literatur aus beiden Teilen Deutschlands einem weiten russischen Leserkreis zur Verfügung. Aber Kopelew war nicht nur für das Tauwetter geboren, sondern erschrak auch gemeinsam mit Raissa Orlowa, wie sie ihr ganzes Leben lang *glauben* konnten und Irrtümern ihrer Zeit verhaftet blieben. Sie begannen sich neben ihren Aktivitäten und alltäglichen Sorgen über Monate minutiös zu erzählen, was sie in den Jahren erlebt hatten. Sie waren erstaunt darüber, wie wenig ihre Töchter (beide brachten sie je zwei in ihre Ehe mit ein) und deren Freunde über die Vergangenheit wussten. So beschlossen sie, für sie und für ihre Enkel, die Generation der Nachgeborenen, ihre Erinnerungen festzuhalten. Damit war ein offener Prozess begonnen, der ihr Leben lang nicht mehr aufhörte: Ein selbstkritisches Hinterfragen, Erkennen und Bekennen, ein offenherzig schonungsloses Berichten und Berichtigen.²²

22 Diesem Prozess entsprangen u. a. die autobiographischen Erinnerungsbände, die später unter dem Titel »Lehr- und Wanderjahre eines Kommunisten« veröffentlicht werden sollten. Auch ihr späteres Leben in Moskau und Köln hielten sie in Büchern fest, die aus einem ähnlichen Anspruch entstanden. Raissa Orlowa sollte in den achtziger Jahren mit »Die Türen öffnen sich langsam« und »Eine Vergangenheit, die nicht vergeht« zu einer »Bestsellerautorin« in der BRD werden.

23 Lew Kopelew: Tröste meine Trauer, a. a. O., S. 329 f.

24 Zitiert in: Marion Gräfin Dönhoff: Der höchste Grad der Freiheit. Lew Kopelew, in: Dieselbe: Gestalten unserer Zeit: politische Portraits, DVA Stuttgart 1990, S. 269.

Lew Kopelew glaubte einstmals: »Wenn ich je den Glauben an den Sozialismus verlöre, würde ich mich umbringen.« Nun aber schrieb er: »Und jetzt ›presse ich tropfenweise den Sklaven aus mir heraus« (Tschechow). Ich presse aus meinem Verstand, aus meiner Seele die sklavische Abhängigkeit sowohl von diesem verlorenen Glauben heraus als auch von allen Ideologien, an denen ich jemals gekrankt, und von allen ›WIR‹, mit denen ich mich auf immer verbunden weiß [...] Ich sage mich nicht los von der Zugehörigkeit zu allem und jedem dieser ›WIR‹, ich vergesse und bestreite keine der schon überlebten Bindungen, auch nicht schwer zu ertragende, die entweder aus tiefgehenden Wurzeln erwachsen oder vom zeitlichen Verhängnis, vom Schicksal oder von meiner früheren Wahl bestimmt worden waren. Doch ich will frei sein von jeder wie auch immer gearteten Abhängigkeit des Geistes. Nie wieder werde ich einem Götzen dienen, nie wieder höheren Mächten gehorchen, um derentwillen man die Wahrheit verbergen, andere und sich selbst betrügen, Andersdenkende verfluchen oder verfolgen muss.«²³ In einem Brief an Marion Gräfin Dönhoff berichtete er: »Ich lebe *in spite of*, das ist auch eine Art von Freiheit, denn sie gibt mir die Möglichkeit, nur das zu sagen und zu schreiben, was ich wirklich denke. Ich bin keiner Instanz verantwortlich, nur meinem eigenen Gewissen. Ich gehöre zu keiner Partei, auch nicht zu den Dissidenten. Ich glaube nicht mehr an ein allgemein verpflichtendes Programm und charismatische Verheißung. Mein Imperativ lautet, so zu leben und zu handeln, dass man sich nie mehr seiner Taten und Reden zu schämen braucht.«²⁴

Doch diese Haltung und Einsichten gewann Lew Kopelew für sich erst, als die »Neuen Fröste« schon eingesetzt hatten. Denn noch gab es für ihn im Rahmen des Gegebenen die Möglichkeit eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Aufgrund der Reden Chruschtschows auf dem XX. und XXII. Parteitag keimte der alte Glauben an den guten Willen der obersten Macht wieder auf. Da ließ er sich auch nicht von den Ereignissen der ungarischen und polnischen Aufstände 1956 beirren. Erst als die sowjetischen Panzer den Prager Frühling im August 1968 niederwalzten, begann bei Lew Kopelew, wie bei so vielen in dieser Zeit, ein erneutes Umdenken: Er wollte

sich, desillusioniert, von nun an prinzipiell von ideologisch motivierten Tabus abkehren, von der Bipolarität des Denkens lösen sowie sich von den »Scheuklappen der Parteilichkeit« befreien. So sollte er »das Misstrauen gegen Idealismus und Liberalismus« verlieren und gelangte – zu Tolstoj zurückgekehrt – »zu den Ideen der Freiheit der Persönlichkeit«.²⁵

Schon seit längerer Zeit war er bemüht, »die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie war, und nicht, wie sie laut Presse und sonstiger Propaganda sein sollte«.²⁶ Denn in Moskau selbst waren viele der *schestidesjatniki* (Sechziger)²⁷ schon vorher alarmiert und aufgefordert, sich einzumischen – auch Kopelew, da unterdessen wieder Literaten verfolgt wurden. Der Dichter Joseph Brodsky wurde wegen »Müßiggangs« für Jahre verbannt, die beiden Schriftsteller Juli Daniel und Andrej Sinjowski ereilte das gleiche Schicksal, weil sie ihre Werke im Westen veröffentlichten, Manuskripte von Solschenizyn wurden beschlagnahmt. Im Nachhinein betrachtet, entsteht an diesem Punkt eine neue Dissidentenbewegung, die im Rahmen des Möglichen nun gegen eine Restalinisierung, gegen Zensur und Menschenrechtsverletzungen kämpfte. Und Lew Kopelew, seit Mai 1968 aus der Partei ausgeschlossen, was für ihn einem faktischen Berufsverbot gleichkam, ist mittendrin. Es galt nun Öffentlichkeit zu schaffen, Petitionen zu verfassen, Unterstützung zu geben. Er gilt dabei als unversöhnlich und unerschrocken; kann es auch sein, denn in der Familie gibt es eine Arbeitsteilung: Raissa Orlowa beteiligt sich öffentlich bewusst nicht an Aktionen, gibt nicht ihre Unterschrift und kann dadurch den gemeinsamen Lebensunterhalt sichern. Doch die Luft wurde immer dünner und die Rufe von außen wurden immer lauter. Als Andrej Sacharow, mit dem sie enge Bande geknüpft hatten, Anfang 1980 nach Gorki verbannt und dort unter Hausarrest gestellt wurde, gaben die beiden den langjährigen Bemühungen ihrer Freunde Heinrich Böll und Marion Gräfin Dönhoff nach und stimmten ihrer Ausreise in die BRD zu. Sie verließen am 12. November 1980 damit eine Sowjetunion, die in ihren Augen nur noch ein »imperialer Ständestaat«,²⁸ ein »Erziehungslager für Antikommunisten«²⁹ war. Sie verließen das Russland ihrer Freunde, ihre Heimat, an der sie noch immer hingen; sie reisten aus, als – in ihren Worten – »Staatsfeinde wider Willen«.³⁰

Die deutschen Jahre

Am 22. Januar 1981 erreichte beide ein Schreiben der sowjetischen Botschaft, dass ihnen »wegen Handlungen, die den hohen Rang eines Bürgers der UdSSR schädigen [...], die Staatsbürgerschaft der UdSSR aberkannt wird«³¹ – wohl zufällig, aber symbolisch für sie genau am ersten Jahrestag der Verbannung von Andrej Sacharow. Ausgebürgert, »ist Lew, mit seinem Stock und seinem Patriarchenbart, ein neuer Ahasver, durch die Städte der westlichen Welt gewandert. Er wurde nicht müde, zu sehen, aufzunehmen, neuen Menschen zu begegnen, zu reden, zu diskutieren, zu erklären, um Verständnis zu werben. Seine wirksamste Botschaft war er selbst«, fasste Christa Wolf aus der Ferne die ersten Jahre der Emigration zusammen.³²

Raissa Orlowas und Lew Kopelews neue »Wahlheimat« wurde das Köln Heinrich Bölls, der sie freundschaftlich bei sich aufnahm

25 Lew Kopelew: Tröste meine Trauer, a. a. O., S. 329.

26 Lew Kopelew: Freiheitsideen in Rußland, in: Derselbe: Und dennoch hoffen, a. a. O., S. 77.

27 Eine gute Charakteristik und Einführung (im Vergleich zu den westlichen 68ern) liefert Boris Kagarliki: Schestidesjatniki und Neue Linke. Mythen der Sechziger und was daraus wurde, in: Pawel Choroschilow, Jürgen Hartgen u. a. (Hrsg.): Ausstellungskatalog Berlin-Moskwa, Moskau-Berlin 1950-2000, Bd. 1 Kunst Berlin 2003, S. 158-159.

28 Vgl. Lew Kopelew: Ein Imperium gründlich verkannt, in: Derselbe: Im Willen zur Wahrheit. Analysen und Einsprüche. Mit einem Vorwort von Gerd Ruge, Fischer Frankfurt a. M. 1984, S. 205-213.

29 Heinrich Böll: Antikommunismus in Ost und West: 2 Gespräche/Heinrich Böll; Lew Kopelew; Heinrich Vormweg, Bund Verlag Köln 1982, S. 22.

30 Vgl. Raissa Orlowa, Lew Kopelew: Wir lebten in Moskau, Knaus München und Hamburg 1987, S. 246-312.

31 Zitiert in: Raissa Orlowa, Lew Kopelew: Wir lebten in Köln. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Hoffmann und Campe Hamburg 1996, S. 46.

32 Christa Wolf: Mit dem absoluten Sinn für Toleranz, a. a. O., S. 609.

33 Zitiert in: Raissa Orlowa, Lew Kopelew: Wir lebten in Köln, a. a. O., S. 102.

34 Ebenda, S. 213.

35 In der Ehrenurkunde heißt es: »Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verleiht der Börsenverein im Jahre 1981 Lew Kopelew, dem in Kiew geborenen Germanisten, der wegen seiner humanen und moralischen Haltung einen Leidensweg durchschreiten musste, aber dennoch von der Erkenntnis beseelt blieb, dass vorbehaltlose Wahrheit, bereitwilligste Toleranz und Menschenliebe, die alle Arten von Hass und Feindseligkeit überwindet, unerlässlich sind, soll die Menschheit in Frieden und Freiheit am Leben bleiben.« In: Ebenda, S. 78.

36 Günter Gaus: Die Welt der Westdeutschen. Kritische Betrachtungen, Kiepenheuer & Witsch Köln 1986.

37 Gerd Ruge in: Lew Kopelew: Im Willen zur Wahrheit, a. a. O., S. 11.

38 Vgl. Anm. 17. Aber auch innerhalb der Menschenrechtsbewegung hofften z. B. so überspannt antikommunistisch-aufstachelnde Gruppen wie die IGFM-Deutsche Sektion darauf, mit Lew Kopelew einen prominenten Fürsprecher gewinnen zu können.

39 Günter Gaus: Die Welt der Westdeutschen, a. a. O.

und ihnen auch die wichtigsten Türen in die Welt der linksliberalen Intelligenz der Bundesrepublik öffnete. Dieses Netzwerk, das für die weltweite Verteidigung der Menschenrechte einstand und eine Basis für das vergleichsweise entspannungsfreudige Klima in der BRD der achtziger Jahre bildete, sah sie gerne in ihrer Mitte: »Ich sage Dir etwas, das so verrückt, wie banal ist: Deutschland braucht Dich (dass Rußland Dich braucht ist vorausgesetzt!) – und als Russe mit deutschem Pass, als Jude mit deutschem Pass (müssen wir uns über Pässe streiten? Ich glaube: nein) – als Sozialist (?) mit deutschem Pass, als Kosmopolit mit Wurzeln (!Ja!) – bist du eben unentbehrlich und unersetzlich – und gewiss ist es kein Zufall, dass Du jetzt da wohnst, wo wir, Annemarie und ich, in den Jahren 1943 und 1944 gezittert, Todesängste ausgestanden haben,« erklärt ihm Heinrich Böll zum 70. Geburtstag 1982.³³ Und in der Tat kam es Raissa Orlowa und Lew Kopelew so vor, »als hätte man auf uns gewartet; es ergaben sich sofort wichtige Aufgaben auf genau dem Gebiet, das wir beide zu Hause als unsere Berufung angesehen hatten: das Bauen von großen und kleinen Brücken zwischen verschiedenen Nationalkulturen und Völkern.«³⁴ Dementsprechend empfanden und bewegten sie sich nicht als Verbannte zwischen den Welten, sondern als Gesandte gleichzeitig in mehreren Welten.

Am 20. Oktober 1981 erhielt Lew Kopelew den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.³⁵ In schneller Folge erschienen nun seine Bücher auf dem Markt. Viele Texte hatte er seit Jahren im Gepäck und konnte sie jetzt veröffentlichen. Denn die Öffentlichkeit und das Interesse an dem hoch gewachsenen Mann mit dem langen »tolstoianischen« Bart und dem gesprochenen Deutsch aus einer anderen Zeit waren groß. Er war gefragt und man lud ihn ein, man wollte ihn hören und sehen: Als Redner auf (Fest-)Veranstaltungen, bei Podiumsdiskussionen, im Fernsehen oder Radio, auf der Frankfurter Buchmesse oder wenn er selbst auf Lesereise ging. Er wurde zum Lieblingsrussen und zum Experten und Übersetzer alles »Russischen«. Indem er der politisch korrekten, aber etwas abstrakten Vorstellung, dass die Russen auch gute Menschen seien, ein Gesicht und eine Stimme gab, korrigierte und bereicherte er in der »Welt der Westdeutschen«³⁶ ein verzerrtes Russlandbild, in dem die Folgen des Zweiten Weltkrieges und die Propaganda des Kalten Krieges noch vorherrschten. Er habe sogar »auf eine tiefere, auf große Dauer wirkende Weise das Gespräch zwischen Deutschen und Russen wieder hergestellt und von Vorurteilen und Denksperren befreit«, bemerkte der Journalist und ehemalige Moskaukorrespondent der ARD Gerd Ruge.³⁷ Auch betonte Kopelew entgegen den klassischen Definitionen von Totalitarismus, dass es in der Sowjetunion durchaus unabhängiges und selbstständiges Denken gab und gibt. Manche wollten ihn zum Kronzeugen für die »Verbrechen der Kommunisten« gewinnen – ihnen begegnete er mit dem gleichen Zorn und der gleichen Verständnislosigkeit wie damals seinen Vorgesetzten in Ostpreußen gegenüber.³⁸ Aber allgemein genoss er, aufgrund seiner Lebensgeschichte sowie seiner Bekenntnisse, hohe Anerkennung als authentischer Zeitzeuge. Sie machten ihn in der Gesellschaft zugleich zu einer moralischen Instanz. Er blieb in der Bundesrepublik »kein Fremder, weil auch hier sein Wille, einfache Wahrheiten direkt auszusprechen, ihm erstaunte Liebe und Zuneigung gewann.«³⁹

Wahrheit, Toleranz, Brüderlichkeit waren die Fixsterne seiner moralischen und politischen Grundhaltung; dass staatspolitische Traditionen und nationale Kulturen zwei völlig verschiedene Dinge seien, gehörte zu seiner Grundüberzeugung. Beide – Grundhaltung wie Grundüberzeugung – basierten auf einer ursprünglichen marxistischen Prägung, auf den vermittelten Werten klassischer russischer und deutscher Literatur, sowie mehr und mehr auch auf religiösen Offenbarungen der Bergpredigt oder des Lao Tse. Aber glauben konnte Lew Kopelew nicht mehr. Dafür war er um so emotionaler und unbestechlicher, wenn es darum ging, sich weiter einzumischen: um die Menschenrechtsbewegung und den Hungerstreik von Andrej Sacharow zu unterstützen (»die Verkörperung der größten Hoffnungen des heutigen Russlands«⁴⁰); um für die polnische Solidarność zu trommeln (»eine spontane proletarische und politische Freiheitsbewegung«, »die beste aller Revolutionen«⁴¹); um den Friedensbewegungen der achtziger Jahre zu sagen, dass Abrüstung in gleichem Maße blockübergreifend von allen Seiten gefordert werden müsste.⁴² Als im Sommer 1990 die »Hetzjagd« auf Christa Wolf begann, setzte er seine ganze Autorität ein und verteidigte sie und andere gegen die, »die alle Autoren der DDR, die nicht eingesperrt, nicht geflohen und nicht ausgebürgert waren, als privilegierte Stützen des Systems denunzieren«.⁴³ Sein Freund Wolf Biermann brach später öffentlich mit ihm – auch wegen dieser Frage.⁴⁴ Überhaupt war Lew Kopelew schon immer überzeugt gewesen, dass es auch während der Zeit der deutschen Teilung nur *eine* deutsche Literatur gegeben habe – mit (womit er die »Landserhefte im Westen« und »sozial-realistische Tiraden im Osten« meinte) zwei schlechten Lokal-Literaturen.⁴⁵

Sein für ihn wichtigstes Engagement wurde jedoch das »Wuppertaler Projekt«. 1981 war ihm an der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal eine Professur zur Erforschung der Geschichte deutsch-russischer Fremdenbilder übertragen worden. Zusammen mit den posthum veröffentlichten sind bis heute vierzehn Bände in der daraus hervorgegangenen Reihe »West-Östliche-Spiegelungen« entstanden. In ihnen erkannte er eine in der Geschichte über Jahrhunderte bestehende »deutsch-russische Wahlverwandtschaft«, auf deren positive Seiten man sich nun – hoffentlich einmal aus der Geschichte lernend – berufen müsse.⁴⁶

Die Einladungen Gorbatschows ab 1985 an die sowjetischen Intellektuellen, sein Programm zu unterstützen, galten noch nicht für die Emigranten und Ausgebürgerten. Doch auch bei den Kopelews in Köln wurde der neue Kurs in Moskau freudig gespannt mit Hoffnung und Skepsis verfolgt: Wer ist er? Meint er es ernst? Werden die anderen, ihre Pfründe und das alte System verteidigenden Kräfte sich am Ende durchsetzen? Gorbatschow würde auf harte Widerstände stoßen. Das sei klar, und unterstützt werden müsse sein Kurs, aber solange es »Gewissenshäftlinge« gibt, solange die Soldaten nicht aus Afghanistan abgezogen und solange bei der Aufarbeitung der Vergangenheit nicht auch die Verbrechen des Regimes an den eigenen Bürgern aufgeklärt werden, verdiene der neue Kurs der sowjetischen Führung wenig Vertrauen. Raissa Orlowa konnte noch vor ihrem Tod im Mai 1989 zweimal Moskau und ihre Freunde dort besuchen. Sie musste in den folgenden Jahren nicht mehr die Enttäu-

40 Raissa Orlowa, Lew Kopelew: Andrei Sacharows Sieg, in: Lew Kopelew: Im Willen zur Wahrheit, a. a. O., S. 233. Vgl. auch Lew Kopelew: Die Hoffnung heißt Andrei Sacharow, in: Derselbe: Worte werden Brücken. Aufsätze/Vorträge/Gespräche 1980-1985. Mit einem Beitrag von Marion Gräfin Dönhoff, Hoffmann und Campe Hamburg 1985, S. 122-128.

41 Vgl. insbesondere das zweite Gespräch im Band: Antikommunismus in Ost und West, a. a. O., S. 97-123. Wenn Lew Kopelew während seiner zahlreichen Auftritte nicht gerade einen Button von Amnesty International trug, so war es vornehmlich ein Abzeichen der polnischen Solidarność das gut sichtbar bis weit in die achtziger Jahre hinein an seinem Revers hing und regelmäßig eine größere Aufmerksamkeit bei Fotografen und Reportern erregte.

42 Vgl. u. a. Lew Kopelew: Frieden zwischen Ost und West, in: Heinrich Böll u. a. (Hrsg.): Friedenspolitik (Zeitdokumente 28, Dr. Karl-Renner-Institut), Verlag der SPÖ Wien 1982, S. 11-16.

43 Aus einem offenen Brief von Lew Kopelew an Die Zeit, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Die Welt »Für Christa Wolf«, 9. Juni 1990.

44 Vgl. Wolf Biermann: Ein öffentliches Geschwür. Wolf Biermann antwortet seinen Kritikern in einem offenen Brief an Lew Kopelew, in: Der Spiegel 3/1992, S. 158-167.

45 Zitiert in: Marion Gräfin Dönhoff: Der höchste Grad der Freiheit, a. a. O., S. 270.

46 Vgl. Lew Kopelew, Gerd Koenen: Verlorene Kriege, gewonnene Einsichten. Rückblick vom Ende eines Zeitalters. Ein Gespräch, in: Dieselben (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution 1917-1924 (West-Östliche-Spiegelungen, Reihe A Band 5), Wilhelm Fink München 1998, S. 15-46.

47 Eine achtköpfige Gruppe konservativer Kommunisten, die den Reformprozess in der Sowjetunion stoppen wollten, erklärte am 19. August 1991 den Notstand und Staatspräsident Gorbatschow für abgesetzt. Die Innenstadt Moskaus wurde mit Panzern von KGB-Truppen besetzt, von denen am 20. August einige versuchten, das Parlament zu stürmen. Zahlreiche Demonstranten, als »menschlicher Schild« auf Barrikaden rund um das Gebäude versammelt, und zum russischen Präsidenten Jelzin übergelaufene Panzerbesatzungen konnten dieses Vorhaben jedoch stoppen. Das »Notstandskomitee« floh am 21. August (und ward festgenommen), Gorbatschow traf am 22. wieder in Moskau ein. Im Ergebnis dieses Putschversuchs verschob sich die Machtbalance zwischen beiden zugunsten Jelzins, die KPdSU wurde aufgelöst.

sung erleben, die Lew Kopelew mit den Entwicklungen in Russland und den auseinanderdriftenden Ländern der Sowjetunion noch bevorstand. Durch einen Zufall in seiner Reiseplanung gelang es Kopelew 1991, in Moskau auf den Barrikaden zu stehen, um zu helfen, den Augustputsch mit abzuwehren.⁴⁷ Er hoffte, hier, im neu aufstehenden Russland, würde eine »neue russische Idee« – die Dreieinigkeit von Wissenschaft, Politik und Moral – endlich aufblühen. Doch soziale Not und Hunger prägten das Leben in den ersten Jahren; zudem führte das neue Regime um Boris Jelzin, der sich, Kopelew zufolge, nicht wesentlich von »sowjetischen Diktatoren« unterscheide, Krieg gegen Tschetschenien. Diesen Verlauf der Geschichte verfolgend und unablässig und empört neue Hilfsaktionen für die Menschen dort, für die Opfer in Ruanda oder in Bosnien organisierend, machte sich beim »unverbesserlichen Optimisten« Kopelew am Ende doch ein Maß an Resignation breit, welches er sich öffentlich jedoch nicht anmerken ließ. Er blieb er selbst; die Zeiten wandelten sich.

Nach der deutschen Einigung 1990 und auch nach dem Zerfall der Sowjetunion entschied er sich, in der BRD zu bleiben. Er behielt die deutsche und nahm die russische Staatsbürgerschaft wieder an. Lew Kopelew wollte, solange seine Kräfte reichten, noch so viel wie möglich von seiner Arbeit schaffen. Bis kurz vor seinem Tod blieb er, das Wuppertaler Projekt leitend, als Professor tätig. In seinen letzten Lebensjahren häuften sich die Preise, die er verliehen bekam, wobei er das Bundesverdienstkreuz immer ablehnte: Er nehme von Staaten prinzipiell keine Auszeichnungen mehr entgegen. Seine Lebenserfahrung zeige ihm, dass man nicht wisse, womit man dann in späteren Jahren in Verbindung gebracht werden könne. Es häuften sich aber auch seine Krankheiten, die ihm das Arbeiten immer schwerer machten. Trotzdem hielt er noch vom Krankenbett aus für diese oder jene Publikation seine getreuen Mitarbeiter und Freunde auf Trab.

Die Deutsche Presse Agentur vermeldete am 21. Juli 1997, dass seine Urne – seinem Wunsch gemäß – auf dem Gelände des Donskoi-Friedhofes in Moskau neben dem Grab von Raissa Orlowa beigesetzt wurde.

Nicht die letzten Worte

Wollte man ein Porträt von Lew Kopelew anhand der Titel einiger seiner Veröffentlichungen zeichnen, so würde vor unseren Augen ein Mann entstehen, der lange »Lehr- und Wanderjahre eines Kommunisten« hinter sich hat, dessen »Russland – eine schwierige Heimat« ist und dessen Credo »Und dennoch hoffen« lautet, weil er für sich die Überzeugung gewonnen hat: »Worte werden Brücken«. Als moralischer Autor und unabhängiger Geist mit Prinzipien machte sich dieser Mann Gedanken über »Antikommunismus in Ost und West« und fragte sich: »Warum haben wir aufeinander geschossen?« Dabei handelte er »Im Willen zur Wahrheit«; sein letztes selbst herausgegebenes Buch hieß in Böllscher Tradition »Einmischen erwünscht«, der letzte geschriebene Text konstatiert: »Fragen bleiben«.

Das Leben Lew Kopelews bietet für weitere Forschungen über den Stalinismus, über die kulturellen und gesellschaftlichen Verhält-

nisse in der Sowjetunion sowie über die deutsch-russisch-sowjetischen Beziehungen und nicht zuletzt über die Spannungen des Kalten Krieges wertvolle Anknüpfungspunkte. In Kopelews Arbeiten und Nachlässen gewinnt man einen tiefen Einblick in die russische und deutsche Geistesgeschichte. Würde man seine Wirkung auf das deutsche Publikum untersuchen, ließe sich einiges über die Selbstverständnisse und die politischen Kulturen der Deutschen in der Nachkriegszeit erfahren: An der Art und Weise, wie ihm in der Bundesrepublik begegnet wurde, offenbart sich nicht nur die Vielschichtigkeit Kopelews selbst, sondern hinter ihr verbirgt sich auch die Widersprüchlichkeit der westdeutschen Gesellschaft der achtziger Jahre. Hier sei einfach nur festgehalten: Es ist das Leben eines Soldaten, der in Kriegen zum Humanisten wird. Lew Kopelew – ein streitbarer öffentlicher Intellektueller mit politischer Leidenschaft – geriet als Grenzgänger in die Mahlsteine des »kurzen 20. Jahrhunderts«⁴⁸, das in besonderer Weise seine Spuren in ihm hinterlassen hat.

48 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, dtv München 1998.

RICHARD HEIGL

Wolfgang Abendroths Parteitheorie

Richard Heigl – Jg. 1971, Historiker und freiberuflicher IT-Trainer, Dissertation »Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken« an der Universität Augsburg, ehem. RLS-Stipendiat, Mitarbeiter der Zeitschrift *Das Argument* und Mitglied der Werkstatt des HKWM, Maintainer der Internetseite www.kritische-geschichte.de

1 Vgl. Michael Brie 2006: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus (=Materialien der Zukunftskommission), Internet: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/die_linke.pdf (Stand: 25. 3. 2006)

2 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: Ders.: *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, 2. Aufl., Neuwied/Berlin 1972, S. 67-81; ders.: *Ein-hundert Jahre Sozialdemokratie*, in: *Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Beiträge zu ihrer Theorie und Geschichte*, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt/Main 1985, S. 13-45.

»Die Linke befindet sich am Anfang einer Verständigung über die Haupttendenzen und -kräfte der gegenwärtigen Epoche und mögliche Alternativen«, so Michael Brie.¹ Für die Bestimmung der politischen Formen demokratischer Opposition behält die Analyse der eigenen Geschichte eine herausragende Bedeutung, und die Epochenwende von 1968 ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse: Bereits 1968 gab es ein gescheitertes Projekt einer linkssozialistischen Parteigründung; Neue Linke und außerparlamentarische Opposition diskutierten leidenschaftlich die Organisationsfrage und die Funktion des Parlamentarismus.

Der Jurist und Politologe Wolfgang Abendroth (1906-1985) gilt als der Gründervater der linkssozialistischen Neuen Linken und wurde in den 1950er und 1960er Jahren zu einer Leit- und Integrationsfigur der außerparlamentarischen Opposition. Als führender Repräsentant eines »radikaldemokratischen« Marxismus des Atomzeitalters, entwickelte er unter anderem in der Auseinandersetzung um das Godesberger Parteiprogramm der SPD und im Zuge der 1968er Revolte eine linkssozialistische Parteitheorie. Letztere verspricht für die gegenwärtigen Diskussionen zwischen WASG, Linkspartei.PDS und außerparlamentarischen Akteuren wertvolle Orientierungshilfen. Es bleibt zu erwähnen, dass Wolfgang Abendroth am 2. Mai 100 Jahre alt geworden wäre.

ALTERNATIVEN ZU GODESBERG

Abendroths Parteitheorie, die er in seinen Beiträgen zu den jeweiligen Bundestagswahlen und zur Programmdiskussion der SPD formulierte, lassen sich in vier Punkten zusammenfassen.²

Zielgruppe: Abhängig Beschäftigte, Arbeiter- und Mittelklassen

Grundsätzlich insistierte er gegenüber dem sozialpartnerschaftlichen Flügel der SPD darauf, dass die Sozialdemokratie nur die Partei der unterdrückten Klassen und vor allem der abhängig Beschäftigten sein kann. Dass Abendroth weiterhin ganz gegen die Selbstsicht des westdeutschen Wirtschaftswunderlands die Arbeiterbewegung als soziale Basis der SPD betrachtete, folgte dabei einer nüchternen Gesellschaftsanalyse. Abendroth konnte zeigen, dass der Modernisierungsschub der 1950er Jahre die antagonistische Klassenstruktur der westdeutschen Gesellschaft keineswegs beseitigt hatte. Die Angleichung von Konsumgewohnheiten und reale soziale Verbesserungen für einen Teil der westdeutschen Beschäftigten leugnete er nicht.

Aber objektive soziale Interessengegensätze waren für Abendroth keineswegs allein eine Frage des Konsumanteils, »sondern vor allem der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft.«³ Abendroth verwies darauf, dass im Jahr 1956 der Anteil der abhängig Beschäftigten auf 75,4 % gestiegen war.⁴ Zeitgenössische soziologische Studien, wie die Arbeit »The Power Elite« des Soziologen C. Wright Mills, wiesen zudem nach, dass auch die Zentralisierung der ökonomischen Verfügungsgewalt in den 1950er Jahren fortschritt.⁵ Damit hatte für Abendroth die in der SPD weit verbreitete Theorie Helmut Schelskys, die hoch-industrielle Massengesellschaft sei unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse dennoch eine »klassenlose Mittelstandsgesellschaft« geworden, keine Substanz; eine Klassengesellschaft konnte für den Marxisten Abendroth grundsätzlich nicht innerhalb einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung beseitigt werden.

Daraus zog er nun strategische Konsequenzen: Verzichtete die SPD auf die politische Mobilisierung der abhängig Beschäftigten, verlor sie »realsoziologisch« das größte Wählerpotenzial. Die Menschen waren in ihrer Gemeinsamkeit als abhängig Beschäftigte anzusprechen. Ausgehend von der Arbeiterbewegung waren für ihn die bündnisfähigen Mittelschichten – die von C. Wright Mills als »White Collar Workers« beschriebenen Angestelltenschichten und das Kleinbürgertum – auf Dauer nicht dadurch zu gewinnen, wenn sozialistische Grundsätze aufgegeben wurden: »Nur wenn sie (die Sozialdemokratie – R. H.) immer wieder durch ihr praktisches Handeln die Erfahrung neu entstehen lässt, dass die Gesamtinteressen der Sozialschicht der Arbeitnehmer mit den Interessen der Gesamtgesellschaft an ihrer friedlichen Fortentwicklung zusammenfallen, aber im Gegensatz zu den Sonderinteressen der gegenwärtigen Träger der ökonomischen Macht [...], kann sie auf die so genannten Mittelschichten erfolgreich wirken.«⁶

Abendroth versuchte die Sozialdemokratie davon zu überzeugen, dass die Bereitschaft der Mittelschichten, mit der Arbeiterbewegung ein gesellschaftliches Bündnis einzugehen, letztlich von ihrer Entscheidung, Stärke, Überzeugungskraft und Verlässlichkeit abhing.

Aufgabe: Demokratische Überwindung des Kapitalismus

Als Organ der Arbeiterbewegung konnte die Sozialdemokratie ihre spezifischen politischen und historischen Aufgaben nur erfüllen, wenn sie an einer sozialistischen Zielsetzung festhielt. Sozialismus ist für Abendroth nichts anderes als die allseitige Verwirklichung des Gedankens der Demokratie, indem dieser Gedanke aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft zur »sozialen Demokratie« erweitert wird.⁷ Den Begriff der sozialen Demokratie übernahm Abendroth ganz offensichtlich vom Austromarxismus. Hier bezeichnete Max Adler soziale Demokratie als eine, die erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sei, und die im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie durch ihre Klassenlosigkeit das Ziel der Demokratie verwirklichen könne.⁸ Ihr eigentlicher Sinn blieb für Max Adler die solidarische Vergesellschaftung.

Die Sozialdemokratie, so Abendroth 1956, sei ihrem Wesen und ihrer Tradition nach dazu berufen, die formale Demokratie in eine

3 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 71.

4 Ebenda, S. 69 f.

5 Vgl. Wolfgang Abendroth: Ist der Marxismus überholt?, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 347-363.

6 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

7 Wolfgang Abendroth: Demokratie als Institution und Aufgabe, in: Ders.: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt/Main 1975, S. 32.

8 Vgl. Max Adler: Politische oder soziale Demokratie?, in: Michael Franzke, Uwe Remppe (Hg.): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998, S. 49-64.

9 Wolfgang Abendroth: Warum Parteiprogramm?, in: Die Neue Gesellschaft, 4/1956, S. 287.

10 Ebenda, S. 283.

11 Vgl. ebenda, S. 283.

12 Vgl. ebenda, S. 283.

13 Vgl. Wolfgang Abendroth 1972b: Der ausgebliebene Sieg – Die Bundestagswahlen 1961. Analyse des sozialdemokratischen Wahlkampfes, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 82.

14 Wolfgang Abendroth 1956, S. 284.

15 Ebenda, S. 286.

16 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

17 Walter Schmidt: Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. Kritisches und Selbstkritisches zu seiner Interpretation, in: Carl Erich Vollgraf, Richard Sperl, Rolf Hecker (Hg.): Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis (=Beiträge zur Marx-Engels-Forschung: N. F. 1994), Hamburg 1994, S. 123.

soziale umzugestalten und den Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer spätkapitalistischen Phase zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen.⁹ Denn »[...] eine politische Partei, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung steht, die bestehende wirtschaftliche Machtverhältnisse grundsätzlich akzeptiert und die politische Ordnung, die sich in der Verfassung ihres Staates niedergeschlagen hat, in ihren Grundzügen anerkennt, bedarf keines Parteiprogramms«.¹⁰

In einem Diskussionsbeitrag in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift Die Neue Gesellschaft warnte daher Abendroth die SPD 1956 vor einer Entwicklung zu einer »Plattformpartei«, die das bestehende System nicht verändern möchte und sich nur darauf beschränkt, innerhalb dieses bestehenden Systems von Fall zu Fall Modifikationen durchzuführen, die ihr opportun erscheinen.¹¹ Sehr deutlich übte Abendroth dabei Kritik an Parteigegebenen, in denen ein »Konglomerat aus Berufspolitikern« und Parteibürokratie tonangebend ist und deren Wahlplattform in Wirklichkeit lediglich vom Willen zur Beteiligung an der politischen Macht zusammengehalten wird.¹² Im Jahr 1961 charakterisierte Abendroth diesen Prozess als Entwicklung von einer Oppositionspartei, die systemoppositionell ist, zur Konkurrenzpartei, in der nur Personen ausgetauscht würden.¹³ Eine sozialistische Partei müsse eine über die Tagesprobleme hinausweisende, erkennbare Alternative bieten, sonst stehe die demokratische Ordnung selbst auf dem Spiel: »Verhalten sich die großen politischen Parteien eines Landes längere Zeit hindurch in dieser Weise, so wird der demokratische Gehalt des politischen Systems seinem Zweck entfremdet, dem Volk wirkliche Teilhabe an der politischen Gestaltung des politischen Lebens zu gewährleisten. Unvermeidlich wird dann gleichzeitig das Volk der demokratischen Verfassung entfremdet und in der nächsten sozialen Krise das potentielle Opfer totalitärer Gruppen, die ihm glaubhaft machen können, dass die formale Demokratie es inhaltlich von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen hat.«¹⁴

Allerdings würden bürokratische und technokratische Tendenzen, die immer dazu neigen, »im Schein der äußeren Faktizität zu verbleiben, weil sie sich in diesen Fakten täglich zu bewegen haben«, immer wieder auftreten.¹⁵

Charakter: Lern- und Planungsorganisation

Ein zentraler Aspekt der Abendrothschen Auffassung von sozialistischen Parteien ist, dass er sie als langfristig operierende Lern- und Planungsorganisationen begreift. Die Arbeiterparteien müssten »Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital« sein.¹⁶ Diese Reihenfolge von Meinungsbildungszentrum und Führungsstab ist für Abendroth keineswegs beliebig. Walter Schmidt fasst den Grundgedanken, für den auch Abendroth steht, treffend zusammen: »Wenn Einfluß auf die sich entwickelnde Arbeiterbewegung genommen werden soll, dann war (im Verständnis von Marx und Engels – R. H.) [...] immer von den eigenen Lern- und Organisationsprozessen der Arbeiter auszugehen, waren diese zu fördern und voranzubringen, jeder Gängelung und Bevormundung aber entschlossen zu begegnen.«¹⁷

Abendroths radikal-demokratischer Bildungsansatz, der mit den Konzepten Paulo Freires, Antonio Gramscis und Rosa Luxemburgs verwandt ist, weiß, dass Aufklärung nicht von oben oder durch Agitation allein erfolgen kann, sondern immer nur durch eigene praktische Erfahrungen – durch Mobilisierung der Selbstentfaltungs- und Selbstbefreiungspotenziale der Akteure.¹⁸ Der selbstständige Kampf unterdrückter Klassen ist für Abendroth das wichtigste Mittel politischer Bildung.¹⁹ Eine sozialistische Partei dient in diesem Verständnis der allseitigen Demokratisierung der Gesellschaft und geht gleichzeitig aus diesen Bestrebungen hervor. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind immer auch kollektive Lernprozesse, durch die jene Fähigkeiten und Erfahrungen hervorgebracht werden können, die eine andere Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen. Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien sollten daher aus der Sicht Abendroths gemeinsame Diskussionsräume für sozialistische Politik schaffen, um Menschen immer wieder systematisch und selbstreflexiv in politische Prozesse demokratisch zu integrieren.

Das ist eine langfristige, historische Aufgabe: Parteien und Gewerkschaften werden so Teil einer historischen Emanzipations- und Aufklärungsbewegung, in der sich die unterdrückten Klassen die Welt aneignen und ihre politischen und sozialen Teilhaberechte einfordern. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sei daher die demokratische Mobilisierung der abhängigen Arbeiterschaft. Das Bewusstsein oppositioneller Unterklassen könne sich nur »durch die demokratische Erfahrung eigener Aktivität unten, gegen die ständige Überdachung der Gesellschaft im Ganzen, also das Bewusstsein der herrschenden Klassen, konstituieren.«²⁰

Mit dieser historischen Aufklärungsfunktion, sich selbst und anderen gegenüber, bleiben nun aber sozialistischen Parteien Formen der manipulativen Öffentlichkeitsarbeit verwehrt.²¹ In aller Schärfe kritisierte Abendroth die Wahlkampfstrategien der SPD, die sich den konservativen und liberalen Parteien anpassten, indem sie diese durch Marketing und Persönlichkeitswahlen zu übertreffen suchten. Die Bundestagswahlen würden zu »Personalplebisziten«, die Parteien zu »personal-plebiszitären Propaganda-Maschinen«.²² Zwar betonte Abendroth verschiedentlich die Bedeutung von »Volkstribunen« wie Ferdinand Lassalle, August Bebel oder Kurt Schumacher für die Vermittlung politischer Inhalte, entpolitisierte Personenwahlkämpfe, wie die des populären Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, von 1961 lehnte er hingegen ab. Die Wahl von Persönlichkeiten sei noch kein Programm. Scharf ging er 1967 mit der kritiklosen Übernahme der Methoden der Werbewirtschaft ins Gericht: »Die sozialdemokratischen Parteien sind zu Institutionen abgesunken, die ebenfalls manipulativ über die breiten Massen verfügen wollen und das Stimmenpotential der breiten Massen politisch verwalten. Auch sie versuchen, wie die Konsumgüterindustrie, an das möglichst niedrige geistige Niveau zu appellieren, es dadurch zu stabilisieren, im eigenen Manipulationsinteresse.«²³ Es ist typisch für Abendroth, dass er dazu immer die ideologiekritische Erklärung mitliefert. Die Ursache für diese Vorgehensweise sah Abendroth vor allem in der Durchsetzung der Konsumgesellschaft und ihrer Werbewirtschaft selbst.

18 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Rolle von Willi Bleicher in der Gewerkschaftsbewegung, in: Ders.: Die Aktualität der Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 139.

19 Wolfgang Abendroth: Der Entwurf eines Grundsatzzprogramms der SPD, in: Fritz Lamm: Sozialistische Linke nach dem Krieg. Auswahl aus der Zeitschrift »funken«, Offenbach 1978, S. 135.

20 Vgl. Wolfgang Abendroth 1969 in einer Vorlesung: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (=IISG), Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik, Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. Mai bis 20. Juni 1969).

21 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 71.

22 Wolfgang Abendroth: Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966, S. 99.

23 Theo Pinkus (Hg.): Gespräche mit Georg Lukács. Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, Hamburg 1967, S. 67.

24 Ebenda.

Diese Entwicklung sozialdemokratischer Parteien ergebe sich nicht aus einem »bewusstem und unmittelbarem Verrat der Führung«, sondern ganz einfach aus dieser Situation.²⁴

Selbstverständnis: Demokratische Massenintegrationspartei

Sozialistische Parteien sind für Abendroth Orte demokratischer Integration. Insofern vertrat er das Ziel einer Massenintegrationspartei. Für linke Sozialisten und »rechte« Kommunisten wie Abendroth blieb grundsätzlich die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung als Schutz gegen totalitäre Bewegungen ein zentrales politisches Ziel. Der Anti-Stalinist Abendroth hatte dabei alles andere als zentralistische Parteiformen vor Augen. Die Stärke einer Partei maß sich bei ihm an ihrem demokratischen Gehalt. Erst die freie Vereinigung und Kooperation war aus ihrer marxistischen Sicht als gesellschaftlicher Fortschritt zu bezeichnen.

Die Größe einer Partei blieb jedoch für Abendroth immer auch eine gesellschaftliche Machtfrage. Zwar veränderten schon kleine Organisationen die sozialen Verhältnisse, doch ihre historische Funktion können Parteien für Abendroth eigentlich erst als integrierende Massenparteien wahrnehmen.²⁵ Nur durch ihre Größe würden Parteien zu wirklichen Gegengewichten, die Zugeständnisse erzwingen konnten. Nun war es für Abendroth nicht auszuschließen, dass zwischenzeitlich die Notwendigkeit einer Konkurrenzpartei entstehen konnte, die Druck erzeugen musste, um die linken Flügel in den existierenden Massenparteien zu stärken, letztlich betrachtete er sie aber nur als Übergangsorganisationen. Denn schließlich sollten in den sozialistischen Parteien die vereinzelt Diskussionen zusammengeführt werden; auch damit Debatten nicht mehr ausgewichen wurde. Verstanden als Bewusstsein bildende Lernorte, in denen die Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen zur Grundlage politischen Handelns wird, ist daher innerparteiliche Demokratie in den sozialistischen Parteien kein Selbstzweck: »Nur durch ständige innere Parteidiskussion, die öffentlich geführt wird, kann sie den auf antidemokratischen Führerglauben fixierten deutschen Wählermassen das Beispiel lebendiger Demokratie und gesunden und kritischen Selbstbewusstseins bieten.«²⁶

Die heute so viel beschworene Geschlossenheit einer Partei war daher für Abendroth kein Zeichen von Stärke. Ganz im Gegenteil: In der ständigen Erhaltung freier demokratischer Auseinandersetzung sah er die Bedingung ihrer Funktionsfähigkeit.²⁷ Mit Verweis auf zeitgenössische und historische Beispiele wie die Situation der damaligen Labour Party konnte er auch belegen, dass innerparteiliche Demokratie die Schlagkraft einer Partei keineswegs lähmte.²⁸

Parteiinterne Demokratie hieß in den 1950er Jahren nicht zuletzt die Möglichkeit marxistischer Diskussion.²⁹ Der Verzicht auf die marxistische politisch-theoretische Durchdringung hieß für Abendroth, dass die sozialistische Bewegung ihre politische Theorie verlor und somit auf ein Objekt des geschichtlichen Prozesses reduziert wurde – der nur die »Anbetung der Fakten des jeweiligen Tages« bleibe.³⁰ Für Abendroth konnte es nicht um eine Wiedererweckung einer »marxistischen« Integrationsideologie gehen, vielmehr sah er die Notwendigkeit eines Neubeginns.³¹ Dieser Neubeginn der De-

25 Vgl. Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1965, S. 52 f.

26 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

27 Vgl. Wolfgang Abendroth: Warum Parteiprogramm?, a. a. O., S. 290.

28 Vgl. Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 163.

29 Vgl. Wolfgang Abendroth: Einhundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 30.

30 Vgl. Wolfgang Abendroth: Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 385.

31 Vgl. ebenda, S. 389.

batte wurde in den 1960er Jahren vor allem durch die Neue Linke vorangetrieben, die auf den Theorien der Linksozialisten der 1950er Jahre aufbauen konnte. Dabei mussten nach dem Ausschluss der Neuen Linken aus der SPD und dem Aufschwung der Ein-Punkt-Bewegungen Möglichkeiten und Perspektiven außerparlamentarischer Opposition neu bestimmt werden. Gefragt waren politische Ausdrucksformen für Konflikte, die nicht mehr entlang des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit verliefen. Und: Marxistisches Denken war von nun an nicht mehr auf eine Partei bezogen.

SOZIALISTISCHES ZENTRUM: EIN BRAIN TRUST?

Die historische Aufarbeitung der Epochenwende von 1968 weist Abendroth häufig als Parteimarxisten aus. Ein Bild, das zumindest undifferenziert ist, denn Abendroth fragte immer zuerst nach den konkreten Bedingungen sozialistischer Politik. Dabei konnten Parteien eine Rolle spielen. Als 1967/1968 – nach dem Zusammengehen der Großen Koalition Ende 1966 und dem Einzug der NPD in einzelne Landesparlamente – innerhalb der Neuen Linken die Gründung einer linksozialistischen Partei erwogen wurde, wirkte Abendroth sogar bremsend. Er sah zwar die Notwendigkeit eines lockeren Wahlbündnisses, aber keine soziale Basis für eine linksozialistische Partei. Und Abendroth antwortete auf eine Frage von Georg Lukács 1967, ob »organisiert« nicht unbedingt etwas Parteimäßiges sei: »Nicht unbedingt, wir haben die konkreten Formen bis jetzt zwar noch nicht gefunden, die konkreten Formen sind zunächst, wenn Sie so wollen, noch immer normale ideologische Formen der permanenten Diskussion.«³² Die spezifischen Formen ergäben sich dabei aus den nationalen Gegebenheiten.³³

Die linksozialistische Neue Linke diskutierte in diesen Jahren die Gründung eines Sozialistischen Zentrums, das keine Partei sein sollte, aber versuchte, die Voraussetzungen für eine solche zu schaffen.³⁴ In der Diskussion setzte er sich jedoch stark dafür ein, mit dem Sozialistischen Zentrum erst einmal einen sozialistischen Brain Trust in der Bundesrepublik zu entwickeln, der zugleich Koordinationsstelle für politische Aktionen sein sollte. Er forderte einen Ort, an dem die lokalen und überregionalen Diskussionen der sozialistischen Linken – in diesem Fall ohne die linksbürgerlichen – zusammengeführt werden. Mit Übertragung seiner Parteitheorie entwarf er nun das Konzept eines sozialistischen Brain Trusts; Überlegungen, in denen er auch auf die spontaneistischen Transformationsstrategien der antiautoritären Neuen Linken einging.³⁵

Der spontaneistischen Strategie der antiautoritären Revolte stand er auf Grund ihrer kurzfristigen Perspektive skeptisch gegenüber: »Dauerhaftes politisches Klassenbewußtsein von Unterklassen kann niemals lediglich spontan entstehen, und es ist niemals nur spontan entstanden. Proletarisches Klassenbewußtsein bedarf der Formulierung durch kritische intellektuelle Arbeit, der Organisierung durch ein ZENTRUM und der Vermittlung zu wachsenden Minoritäten der eigenen Klasse durch politische Aktionen, in denen diese Klasse lernt, aus den Erfahrungen eigener politischer und sozialer Kämpfe sich ihrer Interessen bewußt zu werden und ihre geistige Unterwerfung unter die Ideologie der herrschenden Klasse zu überwinden.«³⁶

32 Theo Pinkus (Hg.): Gespräche mit Georg Lukács, a. a. O., S. 76.

33 Vgl. ebenda, S. 77.

34 Vgl. Wolfram Burkhardt: Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972, Diplomarbeit, Marburg 1993, S. 124.

35 Vgl. Wolfgang Abendroth: Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik, in: Informationen der Sozialistischen Opposition, Extra 3/1967, S. 3-14.

36 Ebenda, S. 5.

Das hieß, Abendroth lehnte keineswegs Spontaneität als politisches Moment ab. Allerdings konnte die Studentenbewegung aus seiner Sicht ihre Ziele nur erreichen, wenn die Impulse der immer wieder auftretenden Protest-Bewegungen in systematisches, langfristiges Handeln umgewandelt würden.

So gesehen, sollte nun das Sozialistische Zentrum einerseits die vorhandenen Ein-Punkt-Bewegungen stärken und andererseits den gewerkschaftlichen Kampf um Verteidigung und Erweiterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen unterstützen, indem dort Strategien formuliert und Aktionen organisiert würden. Ohne die Hilfe eines solchen Zentrums konnte für Abendroth die Politik der Ein-Punkt-Bewegungen nur reaktiv bleiben. Auf sich gestellt, konnten die Ein-Punkt-Bewegungen die Verschleuderung des Sozialproduktes und den Prozess der Entdemokratisierung des politischen Herrschaftssystems nicht ernstlich behindern oder gar dauerhaft aufhalten.³⁷ Auch zu den Gewerkschaften und deren Institutionen sah er im Zentrum eine notwendige Ergänzung, da in der gegenwärtigen Periode auch die Führungen der Gewerkschaften auf die politische Hilfe eines solchen Zentrums stärker noch angewiesen seien als in der Zeit vor der Rezession. Mit Parallelen zur Hegemonietheorie Gramscis formulierte Abendroth 1967: »Der Kampf um Arbeitsbedingungen, Lebenshaltung und soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen wird in immer stärkerem Maße politisch geführt. Die unmittelbaren Tarifauseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern treten demgegenüber in ihrer Bedeutung zurück. Sie sind ferner zunehmendem Druck der Staatsmacht – z. B. durch die ›konzertierte Aktion‹ – und dem der manipulierten ›öffentlichen Meinung‹ ausgesetzt; auch die liberalen Zeitungen und Zeitschriften verstehen keinen Spaß, wenn es um die Geldbeutel ihrer Inserenten geht. Die Gewerkschaftsführungen sind einfach überfordert, wenn man von ihnen verlangt, allein aufgrund der Erfahrungen ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit ein alternatives Konzept zur Politik des Klassengegners zu entwickeln.«³⁸

37 Vgl. ebenda, S. 5.

38 Ebenda, S. 6.

Organisation und »Planung« betrachtete er als Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Initiative – Planen-Können verstand Abendroth als Bedingung menschlicher Freiheit.

Eine möglichst plurale Linke als Träger des Sozialistischen Zentrums war für Abendroth schon deshalb notwendig, da man auf Erfahrungen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem der Arbeitnehmer angewiesen sei. Es bedürfe auch der Vermittlung der neuen Erfahrungen der jungen Generation, besonders ihrer aktiven Teile in der Ostermarschbewegung, der Studenten und Schülerschaft mit den Erfahrungen aus früheren Perioden der Kämpfe der Arbeiterbewegung. Deshalb könne bei der Vorbereitung der Konstituierung eines wirksamen Sozialistischen Zentrums auf keine Gruppierung verzichtet werden, die bereit ist, seine Ziele anzuerkennen.

Das Ergebnis musste für Abendroth nicht zwingend in eine Konkurrenzpartei münden: Würde ein wirksames Sozialistisches Zentrum außerhalb der SPD alle Kräfte der sozialistischen Linken vereinen und sich öffentlich Gehör verschaffen, hielt es Abendroth für denkbar, die Politik der SPD – durch Bündnisse mit linken Gruppie-

»Die Politisierung der Arbeitermassen wurde dabei als Bildungsaufgabe verstanden; die Erweckung des Bildungswillens der Unter- klassen in einer Klassengesellschaft, die ihr Bildungsmöglichkeiten und zur Bildung erforderliche Freizeit vorenthielt, erschien geradezu als *conditio sine qua non* auch des politischen Kampfes um die Macht und der sozialen Emanzipation.«
Wolfgang Abendroth:
Einhundert Jahre Sozial-
demokratie, a. a. O., S. 23.

rungen in der SPD – in ähnlicher Weise zu verändern, wie sich in Frankreich die SFIO unter dem Druck der PSU und PCF in den letzten Jahren gewandelt habe.³⁹ Durch die kontinuierliche Anleitung zur Aktion und Diskussion würde das Sozialistische Zentrum, soweit es Erfolg hat und qualitativ und quantitativ wachsende Kader zusammenschließen kann, zur »Partei« werden: »Denn politische Partei im Sinne der sozialistischen Tradition ist nicht ein Wahlverein oder eine mehr oder weniger zufällige Wahlkombination, sondern eine Gruppierung, die politisches Selbstbewußtsein in den unterdrückten Klassen entwickeln, in Aktionen geltend machen und dadurch erweitern kann. Die Teilnahme an Wahlkämpfen und die Tätigkeit in Parlamenten (wie die Verteidigung der Rechte des Parlaments gegen die Exekutive) ist nur ein Mittel der Arbeit einer sozialistischen Partei, nicht aber ihre Hauptaufgabe.«⁴⁰

Ob ein Sozialistisches Zentrum Partei wird oder ist, das war für ihn ein Problem der Praxis, nicht des Namens und der abstrakten Debatte. Und so wird deutlich, dass Abendroth außerparlamentarische Bewegungen keineswegs auf Vorfeldorganisationen sozialistischer Parteien reduzierte. Er betrachtete die Aufklärungsbewegung als Ganzes. Parlamentarische Arbeit von Sozialisten konnte für ihn nur Ausdruck ihrer außerparlamentarischen Tätigkeit in Verbindung mit der Mobilisierung der Bevölkerung sein. »Die Aufgabe der parlamentarischen Beteiligung, des parlamentarischen Kampfes der Arbeiterbewegung kann nur dann sinnvoll gelöst werden, wenn immer die Tätigkeit in den Parlamenten ein Mittel zur Aktivierung der Tätigkeit außerhalb der Parlamente bleibt und mit dem außerparlamentarischen Kampf verbunden bleibt. Sozialistische Parlamentsfraktionen haben nicht soviel Machtanteil im Parlament, wie sie Mitglieder haben, sondern soviel, wie der Aktionswille und die Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse ihnen verleiht, deren Steigerung sie dienen.«⁴¹ Sozialistische Parteien verstand Abendroth als Repräsentanten der Unterklassen und soziale Bewegungen, die in die bürgerliche Institutionenwelt hineinragen.⁴²

Im Unterschied zur Transformationsstrategie der antiautoritären Linken, die zuerst die bestehende Gesellschaft auflösen wollte, sah er keine Alternative in der Integration der unterprivilegierten Klassen, die mit der Erkämpfung demokratischer und sozialer Teilhaberechte die Gesellschaft gleichzeitig umwandelt. Revolution und Reform stehen damit in einem dialektischen Verhältnis, wie auch parlamentarische und außerparlamentarische Akteure aufeinander verwiesen bleiben.

Die antiautoritäre Studentenbewegung, die durchaus begründbar ebenso dem bürgerlich-kapitalistischen Staat skeptisch gegenüberstand wie den Bürokratien der klassischen Arbeiterbewegung, warnte er jedoch davor, ihre ersten Erfolge zu überschätzen, denn damit hätten sie die Arbeiterschaft noch nicht mobilisieren können.⁴³ Dabei registrierte Abendroth durchaus die Wirksamkeit der direkten politischen Aktionsformen der Studentenbewegung. Ihre Aktionen sollten aber seiner Meinung nach immer wieder daraufhin geprüft werden, ob damit Bündnispartner und vor allem die Arbeiterbewegung abgeschreckt würden oder nicht.

Schließlich scheiterte das Sozialistische Zentrum an der historischen Schwelle von 1968. Auch weil die Eigendynamik der antiau-

39 Vgl. ebenda, S. 7.

40 Ebenda, S. 9.

41 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 61, Brief an R. Böhme vom 13. 10. 1959.

42 Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik. Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. Mai bis 20. Juni 1969).

43 Ebenda, S. 13.

»Das Denken von Karl Marx und Friedrich Engels – als geistige Einheit aus der Auflösung des Hegel'schen Systems entstanden – bietet als umfassende Theorie der Gesellschaft und der Geschichte gleichzeitig eine umfassende Theorie der Politik. Sie ist vor allem dadurch von den übrigen Systemen politischer Theorie unterschieden, daß sie die dialektische Einheit von Theorie und Praxis von vornherein herstellt.«

Wolfgang Abendroth:
Das Problem der Beziehungen, a. a. O., S. 364.

toritären Revolte die linkssozialistische Neue Linke völlig unvorbereitet traf. Auf die Fragen nach dem »Subjektiven Faktor« war man kaum vorbereitet; sehr unterschiedliche soziokulturelle Sozialisationen mit spezifischen Fragen und Bedürfnissen trafen aufeinander. Ebenso scheiterte das Zentrum an der Zustimmung der illegalen KPD zum Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten in die ČSSR 1968 und der Gründung der DKP, weil damit Kommunisten als Bündnispartner des Zentrums ausschieden; die verbliebenen undogmatischen Gruppen arbeiteten später im Sozialistischen Büro Offenbach zusammen.

Von hier aus werden Elemente sozialistischer Politik im 21. Jahrhundert ebenso erkennbar, wie auch die Rolle von Organisationen und Parteien. Der besondere Beitrag von Linkssozialisten wie Abendroth ist die ständige Verbindung von wissenschaftlicher Diskussion, langfristiger Perspektive und praktischer Politik. Dies wird mit einem allgemeinen Lernprozess verbunden, der den Akzent auf die Selbstbestimmung der Subjekte setzt. Dazu müssen für Abendroth immer wieder die Tendenzen zum bürokratischen Autoritarismus überwunden werden.

Die ebenso notwendige Dimension der Kultur und des subjektiven Faktors, die neben der antiautoritären Linken beispielsweise von Herbert Marcuse, Ernst Bloch oder Leo Kofler thematisiert wurden, blendete Abendroth nicht aus, aber sie waren nicht sein Thema. Das zeigt auch nur, dass jeder Neubeginn auch die historische Analyse der Geschichte der ganzen Linken mit ihren Stärken, Wechselwirkungen und Irrtümern notwendig macht.

Im Unterschied zur linkssozialistischen Strömung der 1950er und 1960er Jahre würde man heute eine sozialistische Partei natürlich weniger mit einer Arbeiterbewegung assoziieren, die überwiegend mit männlichen Industriearbeitern identifiziert wird. Auch Pluralität und Bündnischarakter der verschiedenen linken Strömungen erfährt heute eine stärkere Betonung. In Abendroths Überlegungen, der immer für einen polyzentrischen Marxismus eintrat, finden sich hierzu bereits Ansätze. Jede Aktualisierung muss allerdings auch die Zuspitzungen in Rechnung stellen, die verständlich werden, wenn man zum Beispiel berücksichtigt, worauf die Linkssozialisten in den 1950er und 1960er Jahren antworteten: auf die Ausblendung der faschistischen Vergangenheit, auf die Proklamation der Klassenlosigkeit und eines grundsätzlichen Wandels mit dem fordistisch-keynesianistischen Gesellschaftstypus, auf den atomaren Rüstungskapitalismus, den allgegenwärtige Positivismus, den Stalinismus und auf die antiautoritäre Bewegung. Im Zeitalter des globalen High-Tech-Kapitalismus, in dem auch die Klassenstrukturen der Gesellschaft wieder deutlicher werden, wird so auch das Erbe der undogmatischen sozialistischen Linken der 1950er Jahre wieder interessant, um aus der Zusammenschau der Geschichte der Linken neue Perspektiven zu gewinnen.

LUTZ BRANGSCH

Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept

In den letzten Monaten hat die Diskussion zur Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherung vor allem durch die Hartz-IV-Gesetze einen starken Aufschwung genommen. Die neue Bundesregierung setzt den Weg, der mit der Agenda 2010 markiert wurde, mit Konsequenz fort. Es geht um einen völligen Umbau der sozialen Beziehungen, um Veränderungen der politischen Kultur, der Modalitäten der Herstellung gesellschaftlicher Kompromisse und der Machtausübung – keinesfalls nur um eine Änderung von Modalitäten der Leistungsgewährung. Stellt man die Wirkungen der Privatisierungsprozesse der letzten Jahre in Rechnung, werden Tiefe und Breite des Umbruchs umso deutlicher.

Spätestens seit den achtziger Jahren spielen als Gegengewicht zu der seit Ende der siebziger Jahre einsetzenden Erosion des klassischen sozialstaatlichen Kompromisses Modelle eines Grundeinkommens, eines Existenzgeldes bzw. einer sozialen Grundsicherung eine große Rolle.

Vor allem seit Mitte der neunziger Jahre haben sich allerdings die Rahmenbedingungen dieser Debatten verändert. Auf der begrifflichen Ebene ist die Grundsicherung durch die entsprechenden Gesetze der Bundesregierung diskreditiert; mit den Konzepten eines Bürgergeldes oder der negativen Einkommensteuer existieren konkurrierende, neoliberal intendierte Modelle, die auf den ersten Blick den Forderungen nach Grundeinkommen oder Grundsicherung zu entsprechen scheinen. Vor diesem Hintergrund hängt die Entscheidung über eine Alternative zum neoliberal bestimmten Kurs im Bereich des Sozialen untrennbarer denn je mit grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Positionsbestimmungen zusammen.

Sozialpolitische Debatten sind immer ausgesprochen eng mit gesellschaftskonzeptionellen Debatten verzahnt. Sozialpolitik unterstellt immer ein bestimmtes Menschen- und Gesellschaftsbild. So müssen auch Gegenkonzepte zu den gegenwärtig bestimmenden Tendenzen im Umbau sozialer Sicherheit an Anforderungen und Kriterien gemessen werden, die ihre Wurzel in einem eigenen Gesellschaftsbild haben bzw. haben sollten.

Auf der einen Seite stehen Auffassungen, die einen armutsverhindernden Leistungsumfang und die Auflösung jeder Beziehung von Leistungsanspruch und Lohnarbeit in den Mittelpunkt stellen; auf der anderen Seite wird die Neujustierung des Verhältnisses von Arbeit, Lohnarbeit und sozialer Sicherung unter Einschluss eines armutsverhindernden Leistungssockels als Ausgangspunkt gewählt.

Lutz Brangsch – Jg. 1957, Dr. oec., Wirtschaftswissenschaftler, Leiter des Bereiches Politische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Autor zahlreicher Publikationen u. a. zum Thema Nachhaltigkeit, Demokratie und Haushaltspolitik.

Auf der einen Seite wird der repressive und zerstörerische Charakter von Lohnarbeit und Sozialsystemen hervorgehoben und jegliche emanzipatorische Wirkung eher verneint; auf der anderen Seite wird insbesondere die Einheit von Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen und in der Arbeitswelt als zentrale Frage betrachtet.

Dahinter stehen vor allem zwei unterschiedliche Sichtweisen hinsichtlich

1. Rolle und Bewertung der Lohnarbeit und
2. Charakter der bestehenden sozialen Sicherungssysteme.

Diese unterschiedlichen Blickwinkel haben weitgehende Folgen auf theoretischer wie auch praktisch-politischer Ebene, weshalb an dieser Stelle die Frage »Grundeinkommen vs. Grundsicherung« nicht ausgehend von den vertretenen Modellen, sondern ausgehend von der Funktion sozialer Sicherung in der Gesellschaft entwickelt werden soll.

Bei diesen Diskussionen werden oft drei Ebenen nicht deutlich voneinander abgegrenzt:

- die Denkmöglichkeit anderer Wege sozialer Sicherung;
- die materielle(wirtschaftliche) Möglichkeit anderer Wege sozialer Sicherung;
- die politische und kulturelle Möglichkeit der Durchsetzung und sowie Akzeptanz anderer Wege sozialer Sicherung.

Vernachlässigt man die in Diskussionen immer präsenste subjektive Seite (also die Beurteilung von Konzepten nicht nach Inhalt, sondern nach den sie vertretenden Personen), ist dabei die Unterschiedlichkeit in der Bewertung der Bedingungen, unter denen Veränderungen sozialer Sicherung ablaufen bzw. ablaufen könnten, oft eng mit der Vermischung dieser Ebenen verbunden. Die praktische Durchsetzbarkeit neuer Wege sozialer Sicherung hängt aber eben vom gemeinsamen zielgerichteten Handeln verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ab, die diese ihre Gemeinsamkeit auf allen drei genannten Ebenen ausmachen müssen. Daher soll an dieser Stelle die Frage nach den Bedingungen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Hier sollen nicht die Grundsicherungs- und -einkommenskonzepte in ihrer Breite zum Ausgangspunkt gewählt werden, sondern die Überlegungen, die Anfang der neunziger Jahre zur Entstehung des PDS-Grundsicherungskonzeptes geführt haben.

Zur Geschichte einer Fragestellung

Die Diskussion um die Zukunft sozialer Sicherung und um den politischen Stellenwert eines Grundsicherungskonzeptes stand am Anfang der sozialpolitischen Diskussionen in der PDS. Sie fand ihren konzentrierten Ausdruck in dem Antrag der Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag zu einer sozialen Grundsicherung im Jahr 1993.¹ Sie war das Ergebnis der Auseinandersetzungen um den Charakter der Deutschen Einheit, um die Frage der Bewahrung von Elementen des Sozialsystems der DDR und um deren Verbindung mit Forderungen der sozialen Bewegungen in der Alt-BRD. Insoweit unterschied sich der Ausgangspunkt der PDS-nahen Diskussion von der der alt-bundesdeutschen. Das PDS-Konzept verstand sich weitgehend gesellschaftskonzeptionell und war am Anfang der neunziger Jahre mit einer konsequenten Orientierung auf die Bewahrung und Weiterentwicklung einer ausgebauten sozialen Infrastruktur verbunden, inspi-

1 Vgl. Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste: Vorlage eines Gesetzes über eine soziale Grundsicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag Drucksache 12/5044 vom 27. 5. 1993, Bonn 1993.

riert auch durch die Sozialstaatscharta der Volkskammer vom März 1990. Das Konzept versuchte, das Prinzip des Rechts auf Arbeit mit dem Recht auf Muße und auf Selbstentfaltung zu verbinden, wobei diese Verbindung vor allem auf der Demokratisierung von Sozial-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik beruhen sollte. Die Bemühungen um eine weitgehend »ruhige« Bewältigung des Vereinigungsprozesses ließ einen breiten Sektor aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik entstehen, der durchaus Ansätze aktiver arbeitsplatzschaffender und wirtschaftsgestaltender Politik hätte bieten können. Die sozialen Sicherungssysteme standen zwar bereits unter Beschuss, schienen aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie sollten Ausgangspunkte für die Durchsetzung einer sozialen Grundsicherung wie auch ein Bezugspunkt für die Schaffung der dafür erforderlichen Bündnisse sein. Vor allem ging es darum, Ansatzpunkte für die Überwindung der Trennung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einzuschließen. Es wurde eine Balance zwischen den Erfordernissen der materiellen, geistigen und strukturellen Reproduktion der Gesellschaft und den individuellen Lebensansprüchen angestrebt. Eingeschlossen waren daher Forderungen nach einem Mindestlohn und nach Arbeitszeitverkürzung. Insofern trug es einen sehr weitgehenden strategischen Charakter und bot durch die Bezugnahme auf die Entwicklung von Elementen sozialer Grundsicherung in den bestehenden Sicherungssystemen Ansatzpunkte für die unmittelbare gesellschaftliche Aktion.

Dieses Konzept entstand in einer spezifischen politischen Situation des Umbruchs und der Neuorientierung der verschiedenen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, die durchaus angesichts der allseitigen Verunsicherung Optionen der Umsteuerung hätte bieten können.

Das wichtigste Merkmal des damaligen Antrages bestand in seiner Komplexität. Es ging nicht nur darum, einen Leistungskatalog notwendiger finanzieller Absicherungen aufzustellen. Es ging auch darum zu zeigen, wie durch Veränderungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik wesentliche Voraussetzungen für die Realisierung eines solchen Konzeptes geschaffen werden können. Gleichzeitig sollte gezeigt werden, dass eine neue Qualität sozialer Sicherung auf der Grundlage der vorhandenen sozialen Sicherungssysteme durch ihre Weiterentwicklung möglich sein könnte.

Im Kern ging es in dem erwähnten Konzept um folgende Punkte:

- die *Sockelung der existierenden sozialen Leistungen* auf einem Niveau, das Armut verhindert; dieses Element wäre einfach einzuführen und wäre im bestehenden System der Einstieg in Veränderungen; es wäre die Möglichkeit gegeben, die Sozialhilfe auf ihre ursprüngliche Funktion, zeitweilige extreme Notlagen zu lindern, zurückzuführen;
- die *Verallgemeinerung des Rechtsanspruches* auf soziale Leistungen;
- die Durchsetzung eines *Mindestlohns und von Arbeitszeitverkürzungen*;
- die Durchsetzung einer *aktiven Beschäftigungspolitik*, die ein allgemeines Recht auf Arbeitsförderung einschließt und Beschäftigungspolitik mit Struktur- und Wirtschaftspolitik verbindet und eine prinzipielle Reform der Bundesanstalt für Arbeit einschließt; ein Ausläufer dieser Diskussion ist das Konzept eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors;

- die gesellschaftliche Kontrolle der *Strukturpolitik* und ihre Orientierung an beschäftigungspolitischen Zielen; diese Sichtweise war vor allem auch durch die Erfahrungen mit den strukturpolitisch bedeutsamen Potenzialen von Beschäftigungsgesellschaften in den ostdeutschen Bundesländern und den wirtschaftsdemokratischen Debatten verknüpft;

- die durchgreifende *Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme* sowie aller Entscheidungsprozesse, die unmittelbare Wirkungen für die sozialen Sicherungssysteme haben – insoweit ergaben sich hier auch Ansätze zu Diskussionen zur betriebs- und unternehmensverfassungsrechtlichen Debatte. Entscheidende Argumente, mit denen die Demontage der bestehenden Sozialversicherungssysteme begründet wird, sind die Vorwürfe der Verbürokratisierung, Ineffizienz und mangelnder Qualität. Die Lösung wird in der Einführung »marktkonformer« Instrumente und Prinzipien gesehen – »Kundenorientierung«, Teilprivatisierung von Leistungen, kostenorientierte Maßstäbe in der Leistungsbewertung und Regionalisierung von Beiträgen und Leistungsprofilen. Die Probleme, die diesen Wertungen zugrunde liegen, sind real und offensichtlich – allerdings lassen sich die Ursachen nicht darauf reduzieren, dass es sich bei den Sozialversicherungen um selbstverwaltete Organisationen handelt. Im Gegenteil – die Stärkung des Charakters dieser Strukturen als selbstverwaltete sollte ein enormes inneres Veränderungspotenzial freisetzen können. Gleiches gilt auch für eine sinnvolle Gestaltung von Qualitätsstandards.

Die Hauptlinie in der Diskussion über Grundsicherungs- bzw. Grundeinkommensmodelle, die naturgemäß in einer westdeutschen Tradition stand und steht, speiste sich allerdings aus einer anderen Quelle. Hier stand sehr stark der Aspekt der Armutsverhinderung (so das Modell des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) bzw. die Lösung aus dem Zwang zur Lohnarbeit im Mittelpunkt. Die Überlegungen stützten sich auf die Erfahrungen der Wohlfahrtsverbände, dass Sozialhilfe eben nicht armutverhindernd wirkt, und in anderen Bereichen darüber hinaus auf die Vereins- und Selbsthilfe-Infrastruktur, die sich nicht nur oder nicht vordergründig in politischer, sondern auch oder vorrangig in kultureller Opposition zum herrschenden System befand. Die Gewerkschaften standen dem letztgenannten Spektrum neutral oder ablehnend gegenüber, da dort Forderungen nach aktiver Beschäftigungspolitik etc. auf wenig Gegenliebe stießen.

Während die vorrangig westdeutschen Traditionslinien sich erhalten und reproduziert haben, ist der eher synthetische Ansatz, den das PDS-Konzept von 1993 vertrat, weitgehend zurückgedrängt worden. Warum dies so gekommen ist, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden. Klar ist, dass dabei auf der einen Seite politische Gründe, auf der anderen Seite Wirkungen der unverarbeiteten kulturellen Brüche innerhalb der Linken (nicht zuletzt zwischen der west- und der ostdeutschen Linken) maßgeblich sein dürften.²

Einige Ausgangspunkte

Sozialstaat und das System sozialer Sicherung können nicht als Institutionen verstanden werden, die aus irgendwelchen Gründen ein bestimmtes Lebensniveau aufrecht erhalten wollen, sondern als die Fixierung eines bestimmten gesellschaftlichen Kompromisses, der eine

2 So findet das Konzept der PDS/Linke Liste von 1993 in einer später als Buch publizierte Studie von Richard Hauser für das Land Nordrhein-Westfalen »Ziele und Möglichkeiten einer Sozialen Grundsicherung« praktisch keine Erwähnung (vgl. Hauser, Richard: Ziele und Möglichkeiten einer Sozialen Grundsicherung, Baden-Baden 1996) Werner Rätz u. a. sparen in ihrem Plädoyer »Grundeinkommen: bedingungslos« eine Auseinandersetzung mit den in diesem Modell eingeschlossenen Argumentationen ebenfalls aus (Rätz, Werner u. a.: Grundeinkommen: bedingungslos, AttacBasisTexte 17, Hamburg 2005).

relative Stabilität gesellschaftlicher Beziehungen anstrebt und sich auf einen gewissen sozialen Ausgleich gründet.

Es geht also um Macht und um die Organisation von Machtausübung. Soziale Sicherheit und soziale Leistungen sollen befriedend wirken, aber auch repressiv gegenüber all denen, die nicht den Erfordernissen, wie sie durch die Arbeit in kapitalistischen Unternehmen gesetzt werden, entsprechen können oder wollen. Dieser Kompromiss umfasst wirtschaftliche, soziale und kulturell-ideologische Komponenten und schließt nicht nur einen bestimmten Typ der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen und in allen sozialen Schichten der Gesellschaft ein. *Die Verschiebung der damit verbundenen Relationen zwischen konsensualen und repressiven Momenten macht einen Gutteil der Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaates aus und charakterisiert vor allem die Hartz-Gesetze als Systembruch »von oben« (mehr noch als etwa das Aufbrechen der formalen Parität von Beschäftigten und Unternehmen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme).*

Zumindest für Deutschland ist dabei der Ausgangspunkt der Veränderungen des Bedingungsgefüges ein sehr stark mit der »deutschen Einheit« verbundener *ideologischer Umbruch*.

Eine Achse dieses Prozesses bildet die grundlegende Veränderung des herrschenden Menschenbildes und – hinter dieser Fassade – der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Erstmals für die Bundesrepublik (neu) wurde durch die Freistaatenkommission Bayern/Sachsen Mitte der neunziger Jahre mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik dieser Bruch umfassend skizziert und wird seitdem mit vielfältigen ideologischen und gesetzgeberischen Instrumenten vorangetrieben. Den Bürgern soll die Illusion vermittelt werden, aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang aussteigen und nur für sich selbst durch optimale Kombination aller Marktangebote das private Lebensglück schneiden zu können. Dabei soll alles erlaubt sein, was die gegebene Gesellschaft, d. h. das Primat der Kapitalverwertung (gekleidet in einen bestimmten Werthehaushalt), nicht in Frage stellt. Um einem solchen Gesellschaftsbild Durchschlagskraft zu verschaffen, soll der Status des Lohnabhängigen verunsichert werden, er soll aus den solidarischen Bindungen endgültig gelöst werden, die der Ware Arbeitskraft historisch das Gewicht verliehen haben, das sie in der Bundesrepublik (alt) hatte. Diese Verunsicherung diskreditiert natürlich gleichzeitig die öffentlichen Sozialversicherungssysteme (die übrigens entgegen der vorherrschenden Propaganda keine staatlichen sind), und das ist wohl auch gewollt oder wird mindestens billigend in Kauf genommen. *Der damit verbundene Verlust der einzigen Ressource, die den Lohnabhängigen bedingungslos zur Verfügung steht, ihrer Solidarität, ist es, worum es geht.* In einer Gesellschaft privat ausgehandelter Versicherungen und deregulierter Tarifsysteme ist diese Ressource nur schwer zu rekonstruieren. Der Unternehmer scheint immer das Marktargument für sich zu haben, der Anbieter von Arbeitskraft wird kaum in der Lage sein, seine ökonomische Potenz als Besitzer einer Versicherungspolice, eines Bausparvertrages oder etwas ähnlichem in den Verhandlungen um einen Arbeitsplatz eindrucksvoll zur Geltung zu bringen. Diese Verschiebung eines die Gesellschaft prägenden Kräfteverhältnisses wird durch die Privatisierung weiterer Elemente öffent-

licher Daseinvorsorge noch verstärkt. *Die Einschränkung öffentlicher, d. h. für alle Menschen gleichermaßen zugänglicher Räume (materieller wie geistiger), entfremdet von der Gesellschaft, entzieht der Solidarität die Grundlage des gemeinsamen Erlebens sozialer Unterschiede, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und verschiebt damit zwangsläufig das Verhältnis zur Ausgestaltung sozialer Sicherung.*

Erst diese primär ideologisch und kulturell vermittelte Verunsicherung und Angst der *Beschäftigten* und die damit verbundene organisatorische Schwächung der Gewerkschaften macht den umfassenden Angriff auf die Arbeitslosen, wie er sich in den Hartz-Gesetzen (nicht nur in Hartz IV) manifestiert, möglich. Andererseits ist die nachhaltige Verunsicherung der *Beschäftigten* das letztendliche Ziel der Vorstöße.

Verunsicherung, Angst und fortschreitende Privatisierung öffentlicher Daseinvorsorge haben ihre Grundlagen in entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Prozessen, in veränderten politischen Strukturen und Verhältnissen in den Unternehmen sowie in Wechselwirkungen zwischen technologischen und arbeitsteiligen Beziehungen in nationalem und globalem Maßstab.

Die angesichts des gesellschaftlichen Reichtums durchaus gegebene Denkmöglichkeit grundsätzlicher Brüche in der Qualität sozialer Sicherung steht vor diesem Hintergrund in deutlichem Gegensatz zur Akzeptanz eines solchen Bruches im praktischen Verhalten (auch im Wählerverhalten). Letzteres mag im Widerspruch zu der verbreiteten Einsicht, grundsätzliche Alternativen seien nötig, stehen, ist aber eine entscheidende Bedingung, wenn es um die Durchsetzung von Alternativvorstellungen geht. Die erwähnte Diskreditierung und Degradierung bestehender sozialer Sicherungssysteme lässt entscheidende Vermittlungsglieder zwischen der konkreten, handgreiflichen, gesellschaftlichen Organisation sozialer Sicherung und dem individuellen Erleben sozialen Ausgleichs verschwinden. Auf die Frage, ob bzw. wie die Rekonstruktion einer derartigen Vermittlung möglich, wünschenswert, nötig ist, werden mit den verschiedenen Modellen sozialer Grundsicherung bzw. eines Grundeinkommens unterschiedliche Antworten gegeben. Dahinter steht wiederum die Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaftlichkeit und Individualität bzw. individuellem Anspruch auf Existenzsicherung.

Vom Problem her Modelle entwickeln

Soziale Sicherungssysteme konstituieren sich also nicht aus einem individuell entwickelten Anspruch heraus, sondern im Kontext eines gesellschaftlichen Ganzen und eines Menschenbildes. In diesem Sinne sind sie nicht pure Ableitung aus der Ökonomie, sie existieren aber auch nicht losgelöst von ihr. Soziale Sicherungssysteme setzen Notwendigkeiten von wirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Entwicklung um. Sie sind »Mittel« – sie reproduzieren einen bestimmten Typ von Persönlichkeit und ein bestimmtes Kräfteverhältnis in der Gesellschaft, »Ziel« – sie geben den Persönlichkeiten die Möglichkeit, sich zu verändern. Sie schaffen Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten gegenüber Ansprüchen der jeweils anderen gesellschaftlichen Interessengruppen (repräsentieren insoweit durchaus das »Reich der Freiheit«), bringen aber auch Notwendigkeiten und Forderungen der Gesellschaft gegenüber den Leistungsberechtigten zur Geltung – und

dies sowohl in Umfang wie auch Organisationsform der Sicherung. Damit verwandelt sich jede als bedingungslos deklarierte Leistung, wie eben das bedingungslose Grundeinkommen, unter der Hand notwendig in eine bedingte – die bewusste Thematisierung und Diskussion der Bedingtheiten gehört also immer mit in einen sozialpolitischen Ansatz.

Unter diesem Gesichtspunkt liegt eines der Kernprobleme der Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen darin, dass versucht wird, einen archimedischen Punkt zu finden, von dem aus das System aus den Angeln zu heben wäre. Die einseitige Fixierung auf die individuelle Leistung zieht das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aus dem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, der erst wieder über die These, diese Form der Absicherung würde dann zu einer spontanen Erweiterung von solidarischer Selbstorganisation führen, hergestellt werden muss. Die Forderung bleibt so, trotz der nun hergestellten Verbindung von Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung, eine Ein-Punkt-Forderung, die zwar weitere Konsequenzen für die soziale Sicherung und die Politik überhaupt hat, diese aber nicht explizit zum Gegenstand der Diskussion macht. Damit lässt das Konzept zu viel Raum für zu viele gegensätzliche Interpretationen und Wege – genannt seien negative Einkommensteuer oder Bürgergeld. Die Breite der Ausdeutung einer Forderung, die vorteilhaft sein kann, erweist sich hier als ungünstig, weil die konzeptionelle Entkopplung von sozialer Sicherung und Arbeit (nicht nur Lohnarbeit!) sofort in eine Trennung, wenn nicht gar Entgegensetzung von Lohnarbeitenden und Nicht-Lohnarbeitenden umschlägt. Die sich im zunehmenden Druck auf die Lohnarbeitenden und in der Hypertrophierung der Finanzmarkt-Einkommen (auch durch Privatisierung von sozialer Sicherung, vor allem der Altersvorsorge!) manifestierende Diskreditierung der gesellschaftlich organisierten Arbeit wird so, sei es gewollt oder nicht, fortgeführt. Die inzwischen allseits präsente Philosophie, »Wer arbeitet, ist zu blöd, sein Geld ordentlich anzulegen«, ist so nicht positiv zu brechen.

Vor diesem Hintergrund scheint mir der entscheidende Mangel der Grundeinkommenskonzeption darin zu bestehen, dass sie keinen Raum für die zentrale Frage der Demokratisierung (verstanden als solidarische Gestaltung) sozialer Sicherung lässt.

Dies hängt mit einer Reihe von Faktoren zusammen, die z. T. aus Entwicklungen der jüngeren Zeit, z. T. aus gesellschaftskonzeptionellen Grundpositionen resultieren.

Erstens wäre anzumerken, dass das Konzepte des bedingungslosen Grundeinkommens ausgehend von der konkreten Interessenlage einer prekarierten gesellschaftlichen Schicht entstanden ist. So wie dies auch z. B. gewerkschaftliche Konzepte tun, reflektiert es wirkliche Lebensbedingungen und Lebensperspektiven, Erfahrungen mit den bisherigen Systemen sozialer Sicherung und den Möglichkeiten, gesellschaftliche Bündnisse gegen deren repressive Tendenzen zu schaffen oder eben nicht schaffen zu können. Es versucht, eine Norm zu formulieren, die zum Kriterium für »gut« oder »schlecht« anderer Interessenlagen und Konzepte erklärt wird, kurz gesagt, das eigene Interesse als allgemeines Interesse zu setzen. Wie gewerkschaftliche Konzepte etwa das kollektive Subjekt setzen, in diesem Sinne kollek-

tive und solidarische Formen sozialer Sicherung großen Stils als normal betrachten können, müssen die Grundeinkommenskonzepte das Individuum, den individuellen Rechtsanspruch, dessen Befestigung und Verteidigung zum Bezugspunkt nehmen. Tatsächlich liegt hier ein Berührungspunkt zu Konzepten, wie etwa dem Bürgergeld oder der negativen Einkommensteuer. Konsequenz spricht die KAB bei »ihrem« Grundeinkommensmodell entsprechend von einem Instrument zur Schaffung einer »solidarischen Marktwirtschaft«.³ Dies scheint eine durchaus realistische Charakteristik der Reichweite von Grundeinkommenskonzepten zu sein, sofern Marktwirtschaften solidarisch sein können.

Das zweite Problem ist eng damit verbunden. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird konzeptionell an (individuelles) Einkommen gebunden. Bei Werner Rätz u. a. heißt es im ersten Abschnitt zur Definition des Grundeinkommens: »Menschen brauchen ein Einkommen, damit sie ihre Bedürfnisse erfüllen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.«⁴ Dieser Satz scheint richtig, ist aber in der Tat falsch. Menschen brauchen in dieser Gesellschaft auch ein Einkommen, um Bedürfnisse erfüllen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können – sie brauchen aber in dieser Gesellschaft schon auf sozialem Gebiet noch viel mehr.⁵ Die Autoren greifen diesen Gesichtspunkt an anderer Stelle auf, finden aber keine Vermittlung zwischen der konstatierten Wertschätzung solidarischer Absicherung, den Konzepten einer sozialen Infrastruktur und dem eigenen Grundeinkommenskonzept.⁶ Diese Vermittlung könne die Diskussion um das Grundeinkommen selbst sein⁷ – wobei dann allerdings die (zutreffenden) Fragen grundsätzlicher Umverteilung und repressionsfreier sozialer Sicherung angesprochen werden. Nicht einsichtig bleibt, warum dazu das Grundeinkommen zwingend nötig ist. Es ließe sich mit gleichem Anspruch der Umbau der bestehenden Sicherungssysteme als Aufgabe formulieren.

Das dritte und letztlich entscheidende Problem liegt in der Bewertung von Arbeit und Lohnarbeit, in der Beurteilung ihrer Rolle für die Herstellung von Gesellschaftlichkeit. In diesem Kontext wird bedingungsloses Grundeinkommen als Reflex eines realen Verlustes der Sozialisierungskraft der Arbeit bzw. der Lohnarbeit betrachtet, wobei nicht immer scharf zwischen beiden unterschieden wird. Gesellschaftlichkeit wurde und wird nie nur über Lohnarbeit hergestellt. Gesellschaftlichkeit wird auch über Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit, Nachbarschaftshilfe, freiberufliche Arbeit und in unendlich vielen anderen Formen hergestellt. Allerdings werden diese Formen, und insoweit ist der Ansatz nicht falsch, von Lohnarbeitsverhältnissen geprägt. Langzeit-Massenarbeitslosigkeit auf der einen, die Auflösung der klassischen Lohnarbeitsmilieus, die Ausweitung von Schein- und prekären Selbstständigkeitsformen und die sinkende Bedeutung gewerkschaftlicher Organisationsformen auf der anderen Seite deuten darauf hin, dass die Sozialisierungskraft des Lohnarbeitsverhältnisses sinken könnte. Wir sehen hier davon ab, dass die beschriebenen Entwicklungen für weite Teile der Welt (noch?) nicht relevant sind, diese Tendenzen somit möglicherweise auch durch eine ungerechte internationale Arbeitsteilung induziert sein können. Betrachtet man die Wirklichkeit, zeigt sich jedoch, wie sehr Arbeit,

3 Vgl. Welter, Ralf (Hrsg.): *Solidarische Marktwirtschaft durch Grundeinkommen. Konzeption für eine nachhaltige Sozialpolitik*, Aachen 2003.

4 Rätz, Werner u. a.: *Grundeinkommen: bedingungslos. AttacBasisTexte 17*, Hamburg 2005, S. 8.

5 Es sei nur angemerkt, dass individuelle Einkommen auch Grundlage für Vereinzelung und Konkurrenz sind, ein Sachverhalt, der in der konzeptionellen Grundlegung völlig unberücksichtigt bleibt.

6 Vgl. Rätz u. a., a. a. O., S. 71 ff.

7 Vgl. ebenda, S. 76.

auch Lohnarbeit, Gesellschaftlichkeit vermittelt – und sei es auch nur von ihren Resultaten her.

Die Lohnarbeit war bisher die dominierende Form, in der sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit unter kapitalistischen Verhältnissen manifestierte. Arbeit ist mehr denn je vergesellschaftete Arbeit – ihre Wirkungen hängen in nie gekanntem Maße von Kooperationsfähigkeit, Bildung und Verantwortungsfähigkeit ab. Damit erweitert sich der Kreis der notwendigen Arbeiten, gerade auch im sozialen Bereich, in der Kultur, in der Bildung. Es stellen sich neue Fragen nach Arbeitsbedingungen (vor allem nach Arbeitsintensität) oder nach der Verantwortung für die Resultate der Arbeit (z. B. die Problemfelder Atom- und Gentechnologie, Energietechnologien). Die Frage ist nun tatsächlich, ob angesichts der bekannten Probleme die Form der Lohnarbeit die ist, die diesem Grad von Vergesellschaftung entsprechen kann, oder ob andere Formen gesellschaftlicher Arbeit nötig sind. So oder so bedeutet die Dominanz bei der Gestaltung der Vergesellschaftung, das Kommando über vergesellschaftete Arbeit Macht über die Gesellschaft – unabhängig von der Zahl der tatsächlichen LohnarbeiterInnen.

Die Alternative zur Realität der Lohnarbeit kann nicht der Ausstieg aus der »Arbeit« sein, wie auch nicht der Rückzug in subsistenzorientierte Eigenarbeit. Modelle alternativen Wirtschaftens werden gesellschaftliche Arbeit, d. h. in diesem Zusammenhang kooperative Arbeit leisten müssen, wenn die Gesellschaft schon von ihren materiellen Grundlagen her nicht auseinanderfallen soll. Insoweit wird das entsprechende System sozialer Sicherung die Fähigkeit zur Kooperation und zu vergesellschafteter Arbeit stützen und insoweit also auch arbeitsorientiert sein müssen. Insofern wird das System auch Grenzen der Freiheit fixieren müssen – auf absehbare Zeit in allen denkbaren politischen Konstellationen, auch in einer egalitären Gesellschaft. Dies bedeutet natürlich einen impliziten Widerspruch Freiheit und Notwendigkeit – aber dieser Widerspruch wird letztlich die Gesellschaft immer voranbringen; er ist nicht wegzudefinieren, man muss einen Weg finden, auf dem die beiden Seiten – die wachsenden Ansprüche und die mit ihrer Befriedigung einhergehenden Notwendigkeiten – immer wieder in ein harmonisches Verhältnis gebracht werden können.

Wenn vor allem von gewerkschaftlicher Seite Grundeinkommenskonzepte kritisiert werden, so entspringt das oft dem Empfinden, dass die Vertreter von Grundeinkommenskonzepten diesem Widerspruch, wie er sich denen, die noch in relativ festen Lohnarbeitsverhältnissen stehen, tagtäglich zeigt, ausweichen. Bei allen katastrophalen Unzulänglichkeiten erschienen die bisherigen sozialen Sicherungssysteme immer noch als Ansatzpunkt, um die Vermittlung des genannten Widerspruchs wenigstens ansatzweise in Gang setzen zu können. Zutreffend stellen Rätz u. a. fest: »Wenn eine Gesellschaft weiter kommen will, wenn Menschen ihre Verhältnisse ändern wollen, dann müssen sie sich vielmehr in diese Veränderungsprozesse selbst hineinbegeben und kämpfen...Erst der Kampf um Veränderungen verändert die Kämpfenden selbst...Wer eine Gesellschaft aus freier Übereinkunft will, wird darum kämpfen müssen.«⁸ Warum, so könnte man jetzt aber polemisch fragen, sind dann die Orte, an denen

8 Rätz u. a., a. a. O., S. 78 f.

9 vgl. PRESSE-MITTEILUNG »ERFURTER WEG« Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS am vergangenen Wochenende in Erfurt. Die neu-gewählten SprecherInnen der BAG, Ann-Christin Schomburg und Stefan Wolf, erklären...

»freie Übereinkunft« möglich wird, nicht Gegenstand des Konzepts? Wo ist der Ort der »freien Übereinkunft«, wenn in der Erklärung zur Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS (BAG) die Rede davon ist, dass die bestehenden Sozialversicherungssysteme schrittweise ersetzt werden sollen?»

Stellt man all dies in Rechnung, besteht ein Widerspruch zwischen dem Radikalitätsanspruch und der tatsächlichen Radikalität. Nüchtern betrachtet hat das Konzept so viele Schwächen und Lücken, wie die meisten anderen sozialpolitischen Konzepte auch. Nötig ist nicht gegenseitiges Missionieren, sondern ein ergebnisoffener Diskurs, der eine ehrliche Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen alternativer Sozialpolitik einschließt.

Schlussbemerkung

Wie man sicher bemerkt hat, steht der Autor den Existenzgeld- und Grundeinkommensmodellen aus verschiedenen Gründen skeptisch gegenüber. Dabei geht es nicht um eine durch andere Autoren vermutete Nichtfinanzierbarkeit, auch nicht vorrangig um die von weiteren vermutete Gefahr, dass bei Einführung dieser Sicherung niemand mehr arbeiten würde. Das Grundproblem besteht meines Erachtens, wie weiter oben bereits ausgeführt, darin, dass die Forderung nach einem Grundeinkommen zu eng ist. Als Ein-Punkt-Forderung mit Konzentration auf die Geldleistung als solche verdrängt sie andere entscheidende Probleme der sozialen Sicherung aus der Auseinandersetzung. Vor allem die Demokratisierung sozialer Sicherung, der Kampf um die Art und Weise, wie über Leistungen und Strukturen sozialer Sicherung insgesamt entschieden wird, erscheint mir als der viel wichtigere Zugang zu einer repressionsfreien Sozialpolitik. Erst ein solches Herangehen erlaubt es, Übergänge vom jetzigen Zustand zu einer neuen Qualität der Sozialpolitik zu sichern, die für breite Teile der Bevölkerung nachvollziehbar ist und eine nachhaltige Verschiebung der Machtverhältnisse in Bezug auf das Soziale absichert. Die eine Gleichgewichtigkeit von Veränderungen im Wirtschaftlichen und Sozialen konzeptionell einbindet und schließlich Antwort auf die mit einem derartigen Systemwechsel unvermeidlich verbundenen rechtlichen Fragen, insbesondere die Überleitung von mit Anwartschaften verbundenen Leistungsansprüchen, geben kann. Die Betonung des Ansatzpunktes Demokratisierung bedeutet aus meiner Sicht auch, den emanzipatorischen Anspruch ernst zu nehmen: Ein Systemwechsel in der sozialen Sicherung wird nur dann langfristig emanzipativ wirken, wenn der Wandel von denen, die von ihm betroffen sind, selbst eingeleitet und vollzogen wird und so in diesem Handeln neue Sichtweisen und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Insoweit bekennt sich der Autor als Konservativer und betrachtet die Philosophie des PDS-Antrages von 1993 immer noch als den am meisten tragfähigen Ansatz, der in seinen Konsequenzen und hinsichtlich der durch ihn intendierten Entwicklungspfade über die derzeit auch in der Linkspartei.PDS vertretenen Grundsicherungsmodelle hinausgeht.

JUDITH DELLHEIM

Zur Debatte um Grundsicherung oder Grundeinkommen

Die Debatte zum Grundeinkommen erinnert in mehrfacher Hinsicht an Darlegungen und Polemiken der »Klassiker« Marx, Engels und Lenin, weshalb darauf näher eingegangen wird. Damit wird zugleich die Frage nach dem Umgang mit theoretischem Erbe aufgeworfen. Es geht keineswegs um eine Argumentation nach dem Motto »schon Marx hat dort und dort gesagt und das gilt immer noch«, sondern um ein besseres Verständnis für die Funktionsweise gesellschaftlicher Reproduktion, für gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse und Bedingungen ihrer Veränderung.

Es sind insbesondere zwei Problemkreise, die jene grübeln, schmunzeln oder auch zweifeln lassen, die sich sowohl mit »unseren Klassikern« – wie zumindest eine Gruppe der Streitenden (selbstironisch) zu sagen pflegt – als auch mit Beiträgen von BGE-AnhängerInnen (BGE = bedingungsloses Grundeinkommen) und GRUSI-BefürworterInnen auseinandersetzen (GRUSI = bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, ebenfalls als individuelles Recht und daher ohne entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung): *Das besondere Kettenglied* und *die gesellschaftliche Arbeitsteilung*.

Die Beschäftigung mit beiden Themen kann helfen, Fragen so zu stellen und zu diskutieren, dass Einstiegsprojekte in eine solidarisch-emanzipative gesellschaftspolitische Transformation entstehen. Damit sind gemeinsame organisierende Bezugspunkte eines neuen Blocks sozialer und politischer Kräfte gemeint, der die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse so verändert, dass immer mehr Menschen zunehmend selbstbestimmt in Würde leben können. Konkreter bedeutet das: Gegen die Dominanz des globalen Finanzkapitals vorgehen, schrittweise die Abhängigkeit der Befriedigung elementarer Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von kapitaldominierten Märkten aufheben und dabei u. a. Formen bedarfsorientierter Grundstandards einführen, eine partizipative soziale Demokratie aufbauen, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gegenüber den Interessen der unteren und mittleren sozialen Gruppen und der folgenden Generationen durchsetzen und die Mitbestimmung der Betroffenen erwirken, die militärische Imperialmacht der USA zurückdrängen und zugleich fortschreitend entmilitarisieren.¹

1. *Das besondere Kettenglied*

Seit den »Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« suchte Lenin in den konkreten jeweils veränderten historischen Situationen nach jenem »besonderen Kettenglied (...) daß mit aller Kraft angepackt werden

Judith Dellheim – Jg. 1954, Dr. oec., Politökonomin, Mitglied der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine der Sprecher/innen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS

Der Beitrag knüpft an den Artikel von Lutz Brangsch an. Das Thema Grundeinkommen bzw. bedarfsorientierte soziale Grundsicherung soll hier stärker im Kontext einer Grundsatz- und Strategiedebatte diskutiert werden. Dabei wird bedarfsorientierte soziale Grundsicherung bei den bisherigen solidarisch zu reformierenden sozialen Sicherungssystemen ange- setzt, mit dem Recht auf existenzsichernde sinnvolle Arbeit und dem Recht auf existenzsichernde Einkommen verbunden, bedin-

gungsloses Grundeinkommen mit dem Recht auf existenzsichernde Einkommen, losgelöst von den bestehenden Sicherungssystemen. Der Dissens liegt in der Frage, wie die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse eingeschätzt und verändert werden können, welche Rolle dabei die politischen Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Arbeit, die materielle Produktion und gesellschaftliche Reproduktion spielen. Trotz dieses gravierenden Unterschiedes wird davon ausgegangen, dass sowohl Grundeinkommen- als auch Grundsicherung-BefürworterInnen in der Linken hier und heute gemeinsam Politik gegen Armut, soziale Ausgrenzung, Neoliberalismus und Krieg, für eine soziale, demokratische, gerechte, zivile und ökologische Gesellschaft betreiben wollen. Es wird vorausgesetzt, dass beide Gruppen daran interessiert sind, gemeinsam zukunftsfähige Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln.

1 Michael Brie: Der Kampf für ein soziales und demokratisches Europa – Hegemonie und Einstiegsprojekte, in: Thesen zur Diskussion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

2 Wladimir Iljitsch Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: W. I. Lenin: Werke, Band 27, S. 265.

3...Wladimir Iljitsch Lenin: Über die Bedeutung des Goldes, in: W. I. Lenin: Werke, Band 33, S. 94.

4 Ebenda, S. 95.

5 Katja Kipping: Plädoyer für eine alternative Trias, in:

muß, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten ...«². »Besonderes Kettenglied« wäre also vergleichbar mit *einem* zentralen Einstiegsprojekt.

Im April 1918 erklärte er das Demokratisch-verwalten-lernen der Bevölkerung in den und durch die Sowjets zum »besonderen Kettenglied«. Nach Bürger- und Interventionskriegen machte er im hungernenden Russland des Jahres 1921 den »inneren Handel bei richtiger Regelung (Lenkung) durch den Staat«³ als entscheidendes Kettenglied aus. Darin sah er die »einzig mögliche ökonomische Verbindung zwischen den vielen Millionen kleiner Landwirte und der Großindustrie«⁴ die politisch so kontrolliert und gestaltet werden müsse, dass der Aufbau der neuen Gesellschaft überhaupt eine Chance behielte. Ohne Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kein Sieg über Hunger und Entkräftung, kein Fortschritt der Industrie, notwendig zur Verteidigung des Landes und zur Überwindung ökonomischer und sozialer Isolation gesellschaftlicher Gruppen, zur Schaffung der materiellen Basis für eine Entwicklung, die soziale Gegensätze und Unterschiede schrittweise beseitigen würde. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion war ohne die materielle Interessiertheit der kleinen privaten Bauernwirtschaften nicht möglich.

Trotz Lenins vereinfachender und vereinfachter und trotz unserer heutigen ausdifferenzierten komplizierten Betrachtung von Gesellschaft machen seine Darlegungen relevante Zusammenhänge deutlich: Sollen gesellschaftliche Strukturen verändert werden, gilt es, gesellschaftliche Arbeitsteilung umzugestalten. Das hat mit Kampf gegen widerstreitende gesellschaftspolitische Interessen, mit ökonomischer und gesellschaftspolitischer Macht zu tun. Soll der Kampf zu nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen führen, muss konkreten sozialen Gruppen die ökonomische Grundlage kontrolliert eingeschränkt bzw. entzogen werden. Soll dies im Interesse der sozial Schwachen und der Bevölkerungsmehrheit geschehen, sind demokratische Kontrolle und Demokratisierung der Wirtschaft eine Grundbedingung.

Es ist keinesfalls eine Huldigung Lenins, werden hier exemplarisch einige Textpassagen aufgegriffen, die direkt oder indirekt ausgesprochen das bedingungslose Grundeinkommen zum »besonderen Kettenglied« machen.

»Erst das bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht die Befragung der Sinnhaftigkeit, der Notwendigkeit sowie Verträglichkeit bestimmter Erwerbsarbeit.«⁵ Engels hatte die Utopisten Fourier und Owen dafür gewürdigt, dass sie »bereits vollständig im reinen (waren) über die Wirkungen der Teilung der Arbeit, über die Verkümmern einerseits des Arbeiters, andererseits der Arbeitstätigkeit selbst, die auf lebenslängliche, einförmige, mechanische Wiederholung eines und desselben Aktes beschränkt wird«⁶. Allerdings konnte sich Engels nicht vorstellen, dass z. B. hochqualifizierte Menschen in Mittel- und Osteuropa genötigt sein würden, hochflexibel in kurzer Zeit eine Vielzahl schnell wechselnder unsinniger und/oder unter ihrem erprobten Bildungsniveau liegender Arbeitsprozesse zu verrichten.

Kipping hat recht, wenn sie meint, dass heute der Bezug eines bedingungslosen Grundeinkommens für Lohnabhängige die Möglichkeit herbeiführen könnte, tatsächlich darüber zu entscheiden, ob sie eine konkrete Erwerbsarbeit ausführen oder nicht.

Stellen wir uns allerdings einmal exemplarisch vor: Eine erwerbslos gewordene KITA-Erzieherin sagt sich völlig begründet und dank BGE gestärkt: »Den angebotenen Arbeitsplatz zur stupiden Ausräumerei und Präsentation von Weihnachtsbaumschmuck nehme ich nicht an. Ich will mit Kindern arbeiten«. Dann hätte sie in unserer Gesellschaft die Chance, als Kinderbetreuerin in einen privaten Haushalt zu gehen. Sie könnte ggf. auch, konkrete Wohn- oder andere Raumbedingungen vorausgesetzt, mehrere Kinder aus unterschiedlichen Familien betreuen. Das wäre gut für die Eltern: Ihre Kinder könnten unentgeltlich qualifiziert versorgt werden. Es wäre gut für viele Kinder: Sie würden pädagogisch fachgerecht betreut. Auch die Ex-KITA-Erzieherin dürfte teilweise erfreut sein: Sie könnte mit Kindern arbeiten, wäre materiell gesichert, brauchte nicht z. B. Weihnachtsbaumkugeln in Kaufhaus-Regale zu befördern.

Aber: Die Ex-KITA-Erzieherin hätte keine Kolleginnen (und Kollegen), könnte wohl kaum Einfluss auf Inhalte gesellschaftlicher Kindererziehung nehmen und das BGE wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit niedriger als ihr Gehalt. Sollte sie ggf. zusätzlich ein Entgelt für ihre Leistungen fordern, in Konkurrenz zu anderen (Ex-)KITA-ErzieherInnen treten, nur in Haushalten mit höheren Einkommen arbeiten?

So würden die »besten« Voraussetzungen dafür geschaffen, dass KITAs völlig kommerzialisiert und weitgehend verschwinden würden. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit der KITA-ErzieherInnen würde immer weniger gesellschaftlich organisiert und anerkannt. Den Kindern würden Voraussetzungen sozialen Lernens, der Ausprägung sozialen Verhaltens genommen bzw. vorenthalten.

Die gesellschaftlichen Wirkungen wären verheerend, aber von manchen Neoliberalen begrüßt. Mehr noch, diese Vereinzelung von Menschen mit ihren Entscheidungen sowie fortschreitende Privatisierungsprozesse würden mit öffentlichen, für das BGE eingesetzten Mitteln bezahlt. Keineswegs würden Voraussetzungen dafür gesichert, dass die Höhe des BGE (auch) auf lange Sicht ein Leben in Würde ermöglichte.

Es bedarf sicher keiner besonderen ökonomischen Ausbildung, um zu sehen, dass ein solcher Weg ferner mit wachsenden Umverteilungsprozessen einhergehen würde. Nicht dass die Konzerne zu bedauern wären oder auch die Reichen und die SpitzenverdienerInnen, die natürlich Steuern entrichten müssten. Sondern: Wie soll bei fortschreitender Privatisierung, sinkenden Lohnfonds, wachsendem Aufkommen für das BGE eine gesellschaftliche Reproduktion möglich werden, die zunehmend mehr Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglicht?

Leider bleibt diese Fragestellung in der »Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens« von Ulrich Busch⁷ am Rande.

Wäre das Problem durch Arbeitszeitverkürzung zu verhindern oder zu durchbrechen? »... ich (vertrete) die Auffassung, dass *nur* (Hervorhebung – J. D.) die Verbindung von Mindestlohn mit einem bedingungslosen Grundeinkommen und der radikalen Umverteilung von Erwerbsarbeit eine emanzipatorische Antwort auf die neoliberale Politik darstellen kann«.⁸

Unterstützung verlangt die Orientierung auf Arbeitszeitverkürzung und einen Mindestlohn sowie auf die Verbindung zwischen einem ga-

Neues Deutschland,
4. 11. 2005.

6 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW, Band 20, S. 272.

7 Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005).

8 Katja Kipping, a. a. O.

rantierten Mindesteinkommen bzw. einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung für Studierende bzw. sich Qualifizierende, in der Familie zeitweise Pflegende und Betreuende, für »Prekäre« und Arbeitslose, darunter für jene, die eine ihnen angebotene entwürdigende Arbeit nicht aufnehmen wollen, und einem Mindestlohn. Selbstverständlich wird hier davon ausgegangen, dass die Betroffenen in die Lage versetzt werden sollen, am gesellschaftlichen Leben weitgehend teilzuhaben.

Allerdings zeigen einige Beispiele, dass »die alternative Trias Grundeinkommen – Mindestlohn – Arbeitszeitverkürzung« nicht per se emanzipatorisch sein muss: Die oben strapazierte Ex-KITA-Erzieherin hat ja unmittelbare Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit und deren Gestaltungsmöglichkeiten verloren.

Und Arbeitszeitverkürzung in der Rüstungsproduktion machte zum einen die Arbeit in der Rüstungsproduktion nicht besser, zum anderen könnte ja der Zeitgewinn etwa genutzt werden, um Freizeitflugsport zu betreiben und noch mehr CO₂-Emissionen zu erzeugen.

Wo geringfügige Beschäftigung bereits als normal gilt, z. B. im Einzelhandel, nutzt Arbeitszeitverkürzung den Betroffenen relativ wenig. Erhielten die VerkäuferInnen – falls ihnen die Arbeit nicht zu stupide ist und sie den Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, mit Kundinnen und Kunden nicht als unerträglich und beleidigend empfinden – wenigstens ein Grundeinkommen, befreite sie das vielleicht von manchem Druck, aber nicht von den Sorgen um die Bildungsbedingungen ihrer Kinder. Selten würden sie eine attraktive Alternative darin sehen, etwa als HandelsvertreterInnen zusätzlich zum Grundeinkommen für einen Konzern Verkaufpersonal einzusparen oder ganz zu Hause zu bleiben.

Derartige Überlegungen interessieren die Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« offenbar nicht. Dabei ist ihr sehr wohl bewusst, wer die Akteure des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses sind, deren ökonomische Macht wesentlich für die Festlegung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre. Die Initiative schlägt vor: »Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger ... stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen. Sie können auf leistungsbereite Mitarbeiter setzen, denn Erwerbsarbeit wird freiwillig geleistet.

... stärkt die Volkswirtschaft. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht mehr subventioniert werden.«⁹ Ergo: Schluss mit den Subventionen z. B. für die Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien.

Während die Initiative deutlich »das besondere Kettenglied« mit der Interessenrealisierung von Akteuren der Globalisierung verbindet, erklärt Katja Kipping: »Die Kombination von einem bedingungslosen Grundeinkommen mit Instrumenten der kollektiven Arbeitszeitverkürzung und mit einem gesetzlichen Mindestlohn orientiert sich an den grundlegenden Interessen *aller* (Hervorhebung J. D.) Menschen.«¹⁰

Dass dies so einfach nicht sein kann, wurde bereits illustriert. Und: warum gibt es nicht die große gesellschaftliche Bewegung für »die alternative Trias«, wenn sie im Interesse *aller* Menschen ist?

9 Freiheit statt Vollbeschäftigung, auf <http://freiheitstattvollbeschäftigung.de/Startseite.htm>.

10 Katja Kipping, a. a. O.

Etwas widersprüchlich zu sich selber schreibt dann Katja Kipping gemeinsam mit Ronald Blaschke: »Das Grundeinkommen greift ganz real eine entscheidende Voraussetzung der kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen an – namentlich die Abhängigkeit derjenigen, die nicht über Produktionsmittel verfügen und nur ihre Ware Arbeitskraft anzubieten haben.«¹¹

Anne Alex sieht das ähnlich, wird aber konkreter: »Die Forderung nach einem Recht auf ein garantiertes, ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen für alle setzt ... in doppeltem Sinn einen Kontrapunkt: Sie erteilt der ›Standort-Deutschland-Politik‹ eine Absage, weil diese soziale Absicherung schrittweise zerstört und führt zu der Frage, wie lange wir uns diese kapitalorientierte Politik der Verarmung und der Privatisierung öffentlicher Aufgaben noch leisten wollen. Außerdem markiert sie eine Perspektive für ein besseres Leben ohne Zwangsverhältnisse der Erwerbsarbeit.«¹²

Anne Alex, Katja Kipping und Ronald Blaschke haben selbstverständlich eine besondere Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens im Blick. Das setzt gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse voraus, die erst erkämpft werden müssen. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass der Neoliberalismus sich bei steigender bzw. anhaltender Arbeitslosigkeit und fortschreitender sozialer Ausgrenzung zu festigen vermochte. Die Beispiele der KITA-Erzieherin und der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« illustrieren, dass ein BGE auch in neoliberalen Interesse sein kann.

Die Europäische Kommission und der Europäische Rat von Nizza haben die Diskussion zum Mindesteinkommen bzw. eines BGE auf die Agenda gesetzt. Das schreckt den Neoliberalismus offenbar keinesfalls, braucht es auch nicht.

»Die Nettopreise sinken, da die Löhne und Gehälter teilweise durch das Grundeinkommen ersetzt werden. ... Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens muss ... eine radikale Steuerreform einhergehen. Deutschland braucht als Exportweltmeister und als postagrarische wie postindustrielle Gesellschaft in einer zunehmend grenzenlosen Weltwirtschaft eine Umstrukturierung des Steuersystems von der Ertragsbesteuerung auf eine den Verbrauch im Inland treffende Besteuerung des Realeinkommens – d. h. nicht die erbrachte Leistung soll versteuert werden, sondern der Konsum.«¹³

Dass das bedingungslose Grundeinkommen also durchaus auch gebraucht werden könnte, um Lohnkosten zu drücken und – anders als z. B. Anne Alex will – Standortvorteile und Gewinne im globalen Konkurrenzkampf zu erzielen, scheint Hardy Krampertz zu übersehen. Er formuliert ein globalisierungskritisches »besonderes Kettenglied«: »Der internationale Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist ... viel mehr als eine Forderung nach sozialen Standards, die ein Leben in Würde ermöglichen, sondern ein Kampf für eine menschenwürdige Globalisierung, eine Arbeitsverfasstheit, die den Menschen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Arbeit stellt und die Möglichkeiten von gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie eindeutig zu den 80 Prozent der Bevölkerung verschiebt.«¹⁴

Schwer verständlich ist, warum der Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen mehr sein soll als der Kampf um Bedingungen, die jeder und jedem ein Leben in Würde ermöglichen. Das sind vor allem:

11 Ronald Blaschke, Katja Kipping: Angriff von Innen, in: Jungle World, 20. 7. 2005.

12 Anne Alex: Grundeinkommen statt gruseliger Grundsicherung, auf: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/alllex.html>.

13 Götz W. Werner: Radikalreform statt Banalreform, in: a tempo, 11/2005.

14 Hardy Krampertz: Diskurs der Fülle gegen Ideologie des Mangels, in: Sand im Getriebe, Nr. 43.

Frieden, soziale Sicherheit, sinnvolle Arbeit, intakte natürliche Umwelt, Solidarität, Demokratie und Partizipation, Bildung und Kultur.

Ebenfalls schwer verständlich ist, warum Angela Klein als Kritikerin der Konzepte vom bedingungslosen Grundeinkommen die Problematik eines Lebens in Würde auf Arbeit und Einkommen reduziert, diese zum »besonderen Kettenglied« erhebt: »Das Menschenrecht auf ›ein Leben und Arbeiten in Würde‹ umfasst nicht nur die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes, sondern auch die Arbeitsbedingungen und das Einkommen.«¹⁵

15 Angela Klein: Das Leben in Würde und der Kapitalismus, in: Sand im Getriebe, Nr. 43.

Unter den gegebenen gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen mutet es unwahrscheinlich an, mittels BGE die Abhängigkeit der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger von den kapitaldominierten Märkten zu reduzieren, denn: Dafür erforderliche leistungsfähige öffentliche Bereiche im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportwesen, in der Energiewirtschaft, Information usw. und die Stärkung der individuellen und kollektiven politischen, sozialen und kulturellen Rechte sind nicht realisierbar, wenn gesellschaftliche Vereinzelung befördert und die Demontage der bestehenden sozialen Sicherungssysteme weiter vorangetrieben werden.

Es zeigt sich ironischerweise eine verfluchte Analogie zu Lenins »besonderem Kettenglied« Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

2. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung

Arbeit ist zielgerichtete Verausgabung von Hirn, Muskeln und Nerven in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und mit den Bedürfnissen anderer Menschen. Sie ist gesellschaftliche Arbeit, verbleibt sie nicht in der Familie oder im Haushalt des- bzw. derjenigen, der/die seine/ihre Arbeitskraft verbraucht, sondern der Bedürfnisbefriedigung anderer Gesellschaftsmitglieder dient.

»Die Grundform aller bisherigen Produktion ist die Teilung der Arbeit, einerseits innerhalb der Gesellschaft, andererseits innerhalb jeder einzelnen Produktionsanstalt.«¹⁶ »Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt.«¹⁷ Innerhalb eines modernen kapitalistischen Unternehmens kann verkümmerte Arbeitsteilung weitgehend aufgehoben werden, aber in der Gesellschaft bleibt die Arbeitsteilung zwischen jenen, die geistige und körperliche Arbeit verrichten, zwischen mehr und weniger Qualifizierten, zwischen Verwaltenden und Verwalteten, zwischen Herrschenden und Beherrschten, Frauen und Männern, Menschen mit und ohne genehmen Pass ... Die globale Arbeitsteilung ist mit tiefgehenden sozialen Spaltungen verbunden. Sie würden wachsen, würde unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen das BGE eingeführt.

»Die Gesellschaft kann sich selbstredend nicht befreien, ohne daß jeder einzelne befreit wird. Die alte Produktionsweise muß also von Grund aus umgewälzt werden, und namentlich muß die alte Teilung der Arbeit verschwinden. An ihre Stelle muß eine Organisation der Produktion treten, in der ... die produktive Arbeit, statt Mittel der Knechtung, Mittel der Befreiung der Menschen wird, indem sie jedem einzelnen die Gelegenheit bietet, seine sämtlichen Fähigkeiten, körperliche wie geistige, nach allen Richtungen hin auszubilden und zu betätigen, und in der sie so aus einer Last eine Lust wird.«¹⁸ Rudolf

16 Friedrich Engels, a. a. O., S. 270.

17 Ebenda, S. 272.

18 Ebenda, S. 273 f.

Bahro und Robert Havemann kritisierten die DDR wegen ihrer inkonsequenten und selektiven Umgestaltung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die alte soziale Ausgrenzung überwand und zugleich neue Ausgrenzung setzte. Es ging nicht um selbstbestimmtes Leben für jeden und jede.

Zum selbstbestimmten Leben in Würde gehört, dass jede und jeder, die an existenzsichernder und sinnvoller gesellschaftlicher Arbeit teilhaben wollen, es auch können. »Sinnvoll« meint gesellschaftlich nützlich, also sozial, ökologisch und global verantwortbar, persönlichkeitsstiftend und demokratisch gestaltbar.

Dieses politische Ziel kann »Vollbeschäftigung neuer Art« genannt werden.

Wird davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Veränderungen nur wahr werden, wenn immer mehr Betroffene solidarisch miteinander ihre Angelegenheiten in die Hände nehmen, dann ist der Ausgangspunkt für die Erlangung dieses Ziels der Kampf um Teilhabe an existenzsichernder gesellschaftlicher Arbeit und ihre soziale und ökologische Gestaltung.

»... Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Bürger ... dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind. Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein.

... Das Festhalten am Ziel Vollbeschäftigung zieht eine Verschwendung von Lebenszeit der Bürger nach sich, weil sie an geisttötende unwürdige Arbeiten gebunden werden. Die Zeit wird sinnlos »abgesessen« und kann nicht für sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden; die Würde des Menschen wird mißachtet.«¹⁹

Wann geht Vollbeschäftigung mit Arbeitszwang einher? Wenn die in der Gesellschaft Herrschenden die Freiheit des Individuums negieren oder gering schätzen, wenn sie über Arbeit die Gesellschaft disziplinieren wollen.

Wieso soll grundsätzlich maximal automatisierte Arbeit angestrebt werden? – Es gibt vielfach automatisierte Arbeit, nicht zuletzt in der Rüstungsproduktion, die menschliche Gesundheit und Natur zerstörende Güter produziert. Automatisierung ist häufig mit einer Produktionskonzentration und -zentralisierung verbunden, die Entgrenzung und wachsende Transportwege sowie Zerstörung regionaler Ressourcenkreisläufe und natürlicher Lebensgrundlagen bedeuten.

Was nutzt den Hungernden in Afrika Automatisierung? – Höchstens zur Produktion von Gaben aus dem Norden. Automatisierung wird ihnen (auf lange Sicht) kaum helfen, die Grundlagen nachhaltiger Entwicklung und gesunder Bevölkerungsreproduktion zu schaffen.

Wann sind Vollbeschäftigung/Arbeit Verschwendung von Lebenszeit, geisttötend und unwürdig? Wenn sie erzwungen sind, mit Knechtung verbunden, nicht von zukunftsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnissen, individuellen Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgehen, wenn Menschen durch Arbeitsteilung verkümmert werden, wenn Gesellschaft nicht grundlegend humanisiert, also umgestaltet wird.

Nicht nur die Katholische Arbeitnehmerbewegung plädiert für eine Grundsicherungsdiskussion im »Zusammenhang mit einer erweiterten Definition von Arbeit und dem Übergang von der Erwerbsarbeits- zur

19 Freiheit statt Vollbeschäftigung, a. a. O.

20 Katholische Arbeitnehmerbewegung, Arbeitsausschuss Soziale Sicherung: Thesenpapier Garantiertes Grundeinkommen, 2003.

Tätigkeitsgesellschaft.«²⁰ Die Begründung ist einfach und plausibel: Arbeiten zur gesellschaftlichen Reproduktion werden nicht als gesellschaftlich notwendig anerkannt und vergütet und/oder angemessen in der sozialen Sicherung berücksichtigt. Das ist aber mehr eine Frage der gesellschaftlichen Bewertung als der Definition von Arbeit.

Würde der Begriff »Tätigkeit« für nützliche Arbeit eingeführt, die nicht in den gesellschaftlichen Austausch eingeht, so drohen die demokratische Umgestaltung des Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die politischen Kämpfe zur gesellschaftlichen Um- und Neubewertung von Arbeit aus dem Zentrum theoretischer und politischer Auseinandersetzung zu geraten. Es ginge dann dabei nicht darum, aus der Erwerbsarbeitsgesellschaft eine Gesellschaft zu machen, die das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde anstrebend, den Inhalt, die Bewertung und Organisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit demokratisch neu bestimmt und regelt.

Diese Problemstellung lehnt Lord Ralf Dahrendorf ab: »Ich bin ein Anhänger des Prinzips des garantierten Grundeinkommens. Was darüber hinausgeht – nein. Wenn ich ›Recht auf Arbeit‹ oder ›Recht auf Sozialstaat‹ höre, dann bin ich nicht mehr mit von der Partie.«²¹ Obgleich das Opielka nicht annähernd so drastisch ausspricht, folgt er Dahrendorf tendenziell.²²

Das hindert Werner Rätz nicht daran, fünf Gründe für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu nennen: »1. Wir können es: Der gesellschaftliche Reichtum ist vorhanden«.²³ – Selbstverständlich ist für Deutschland der gesellschaftliche Reichtum vorhanden, allerdings nicht die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse für ein BGE von jener Höhe, die für ein Leben in Würde notwendig ist. »2. Wir können es (die Einführung des BGE – J. D.) dauerhaft: Die Reproduktion des Reichtums ist mit wenig Arbeit möglich.«²⁴ – Wollen »wir« wirklich *diesen* Reichtum gebrauchswert- und wertmäßig reproduzieren? Dieser Reichtum ist sozial, ökologisch und global zerstörerisch! »3. Wir können es bezahlen: Ein Grundeinkommen ist finanzierbar.«²⁵

– Das stimmt sicher für den Einstieg. Aber warum sollen »wir« dafür bezahlen, dass Menschen von gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitswelt ausgegrenzt bleiben bzw. werden?

»4. Wir müssen es: Die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder.«²⁶ – »Wir« wollen weder die vorgebliche Vollbeschäftigung des (idealen) Keynesianismus noch die des Staatssozialismus. Aber »wir« wollen, dass jede und jeder, die an existenzsichernder, sinnvoller Arbeit teilhaben und diese mitgestalten wollen, dies auch können.

»5. Wir müssen es wollen: Der alte Sozialstaat war ohnehin keine emanzipatorische Einrichtung.«²⁷ – Den alten entmündigenden Sozialstaat wollen »wir« ja auch nicht wiederhaben, doch nicht »wir« haben ihn demontiert, sondern die Neoliberalen, und sie haben für mehr Deregulierung, soziale Ungleichheit und Spaltungen, für weitere soziale Ausgrenzung und fortschreitende Naturzerstörung gesorgt. Es scheint »uns« daher angemessener, Reformwürdiges zu verteidigen, weil nur Vorhandenes reformiert werden kann. Schließlich ist es nicht so, dass die emanzipatorischen Kräfte bisher Gerechtes und Solidarisches an die Stelle dessen setzen konnten, was der Neoliberalismus zerstörte.

21 Ralf Dahrendorf: Deutsche Illusionen, Interview von Gunter Hofman und Jan Ross mit Lord Dahrendorf, in: Die Zeit 05/2005.

22 Siehe Michael Opielka: Grundeinkommen statt Hartz IV, in: Nachrichten und Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Nr. 9/2004.

23 Werner Rätz: Fünf Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, in: Sand im Getriebe, Nr. 43, S. 18.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

»Ich gehe ... davon aus, dass ein Grundeinkommen dazu führt, dass sich die Bürger keinen Einkommensplatz mehr suchen müssen, bei dem sie Aufgaben bewältigen, die ihren tatsächlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten gar nicht entsprechen, sondern dass sie einen Arbeitsplatz suchen können, bei dem sie die Möglichkeit finden, ihre tatsächlichen persönlichen Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Das hätte zur Konsequenz, daß zunehmend nur noch Arbeitsplätze gesucht würden, die man als sinnvoll akzeptiert, weil sie erstens der eigenen Intention entsprechen und weil diese Arbeitsplätze zweitens den allgemeinen moralischen Anforderungen an einen Arbeitsplatz entsprächen.

Es würde aber auch ein enormes Potenzial entstehen für dann bezahlbare Arbeit am und für die Menschen, ob es sich dabei um Pflegedienste für Ältere und Kranke, um Bildungsaufgaben oder um Aufgaben im Kulturleben handelt.

Und nicht zuletzt erwarte ich als Unternehmer eine deutliche Stimulierung von Selbstorganisation und Selbstverantwortung. ... Ich meine, dass ... unsere deutsche Volkswirtschaft mit ihren modernen Produktionsmethoden in der Lage ist, ausreichende Einkommen für alle Bürger zu erwirtschaften, und alle Menschen in Deutschland behaglich und sicher leben können. – Und dies, ohne die fragwürdige Pflicht zur Arbeit und ohne die vermeintliche Schande, arbeitslos zu sein.«²⁸

Götz W. Werner thematisiert nicht das Problem sozialer Ungleichheit, schon gar nicht globaler Spaltung.

Was geschieht, wenn die Nachfrage nach sinnvollen Arbeitsplätzen das Angebot übersteigt? Es geht offensichtlich nicht darum, dass alle einen sinnvollen Arbeitsplatz erhalten können.

Wodurch wird gesichert, dass die tatsächlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen nicht vom privaten Geldbeutel abhängen?

Wodurch wird garantiert, dass das Grundeinkommen sich nicht auf einem Niveau einpegelt, das der Kapitalseite genehm ist, also wiederum zu entwürdigender Arbeit nötigt oder ausschließt, dass zur gesunden individuellen Reproduktion notwendige Leistungen in Anspruch genommen werden können?

Wieso sollen Pflegedienste, Bildungs- und Kulturaufgaben zur Angelegenheit von einzelnen Menschen, darunter von gerade aus dem öffentlichen Bereich »Weggesparten«, werden bzw. Privatsache bleiben? Warum sollen diese Dienste und Aufgaben durch Verbilligung und damit Abwertung von Arbeit/Arbeitskraft »bezahlbar« werden? Warum sollen die Gesellschaftsmitglieder nicht über die Qualität und Organisation von gesellschaftlich notwendigen Aufgaben und Diensten demokratisch bestimmen können?

Wie wird erreicht, dass »als sinnvoll akzeptierte Arbeit« sowohl für den einzelnen Menschen fördernd als auch für die gesellschaftliche Reproduktion nützlich ist?

Wieso wird unter den Bedingungen globalisierter Wirtschaft nur an Deutschland gedacht?

Götz W. Werner offenbart, dass sein Modell vom BGE durchaus mit dem Leitbild einer Gesellschaft konform geht, in der die Menschen Unternehmer/innen ihrer Arbeitskraft und sozialen Sicherung sind und zunehmend selber für die Entwicklung und Zukunft ihrer Kinder aufkommen.

28 Götz W. Werner: »Wir können den Menschen von der Arbeit befreien«, in: Frankfurter Rundschau, 23. 9. 2005.

29 Ebenda.

30 Ebenda.

Wie bereits erwähnt, schreibt er, dass das Grundeinkommen über eine Konsumsteuer finanziert werden soll. »Durch eine Konsumsteuer ... brauchen *wir* überhaupt keine anderen Steuern mehr. Das wäre dann tatsächlich die Einfachsteuer.«²⁹ Der staatliche Verwaltungsapparat würde schrumpfen, der Wertschöpfungsprozess von Steuern befreit. Und: »Unsere Exporte würden sich erheblich verbilligen.«³⁰

Während also der globale Konkurrenzkampf weiter angepeitscht wird und damit globale Probleme forciert wachsen, würden die öffentlichen Ausgaben weiter zurückgehen und damit auch die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Entwicklung zu kontrollieren und Einfluss auf sie zu nehmen. Und daß von Konsumsteuern immer jene am meisten betroffen sind, die nur über niedrige Einkommen verfügen, ist seit langem bewiesen.

31 Friedrich Engels,
a. a. O., S. 290.

Mit dem Blick auf die von ihm erstrebte Zukunft hat Friedrich Engels die Akkumulation als »die wichtigste progressive Funktion der Gesellschaft«³¹ bezeichnet. Dahinter stand die Überlegung, dass das Arbeitsmittel über den Vergesellschaftungsgrad der Arbeit und ihre Produktivität entscheidet und diese wiederum bewirken, dass gesellschaftliche Isolation und soziale Ungleichheit überwunden werden. So sollte eine Arbeitsteilung zustande kommen, in der die und der Einzelne zunehmend Arbeiten sehr unterschiedlicher Kompliziertheit verrichten, so dass alle an der Organisation und Kontrolle der Produktion teilhaben, ihre Talente entfalten und ihren Neigungen entsprechen können. Also sollen alle den Betrieb reinigen, damit nicht eine Gruppe nur Betriebe reinigt. Alle sollen über die Produktion entscheiden, damit nicht ständig nur eine kleine Gruppe entscheidet und managt.

Zugleich sollte die zur Reproduktion der Gesellschaft notwendige Arbeit gerecht so auf die Gesellschaftsmitglieder verteilt werden, daß für alle zunehmend frei verfügbare Zeit zur individuellen Muße verbleibt.

32 Ronald Blaschke,
Katja Kipping, a. a. O.

Aus einem anderen als von Engels gedachten Verlauf der Geschichte die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es visionär »nur noch« um die Möglichkeit gehen soll, »dass jede und jeder die gesellschaftliche Entwicklung ... in der Arbeit *oder* (Hervorhebung J. D.) Arbeitswelt mitgestalten kann«³², überzeugt genau so wenig wie die Idee, mittels BGE Einfluss auf die Akkumulation der mächtigsten Kapitale zu nehmen. Diese Idee lässt zumindest außer Acht, dass solche Vertreter des Kapitals wie Götz W. Werner am längeren Hebel sitzen und mit einem BGE sowohl ökonomisch als auch machtpolitisch weiter gewinnen würden.

Kapitaleigner können nicht daran interessiert sein, dass die Position der Anbieter/innen auf dem Arbeitsmarkt gestärkt wird, was Lohnkosten erhöht. Auch Unternehmen wollen keine Kosten steigernden und Disziplin senkenden Wirkungen. Sie aber haben ein entscheidendes Wort mitzureden, wenn es um die Höhe des BGE geht.

Die Crux des BGE-Modells der Linken ist seine Abstraktion von den gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen, seine Abkoppelung von den gegenwärtigen sozialen Sicherungssystemen, die wiederum an Erwerbsarbeit geknüpft sind. Dass diese Sicherungssysteme der solidarischen Erneuerung, Ergänzung und Erweiterung bedürfen, liegt angesichts der sozialen Probleme und der Prekarisierung von Arbeit auf der Hand. Genau hier setzt das originäre PDS-Konzept der be-

darfsorientierten sozialen Grundsicherung an, die keine Abkoppelung vom heutigen System gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist, zur sozialen Sicherung und Mehrung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit beitragen soll, zu breiterer Teilhabe bei besseren Bedingungen dafür, das System gesellschaftlicher Arbeitsteilung umzugestalten.³³ Deshalb ist das Eintreten für eine derartige bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Lohnersatzleistung mit Schritten zu einer Vollbeschäftigung neuer Art verbunden, mit dem Übergang zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung, wozu globale Solidarität gehört.

Es wäre im gemeinsamen Interesse der BGE-BefürworterInnen und GRUSI-AnhängerInnen, die Frage zu stellen, warum der Neoliberalismus im Sinne der mächtigen Kapitale so erfolgreich war und was deshalb im Zentrum des Kampfes um die gesellschaftlich-kulturelle Hegemonie stehen muss. Es geht darum, ein emanzipatorisches gesellschaftliches Leitbild mit einem sozialen Bündnis gegen das gesellschaftliche »Oben« und den Kampf um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse gedanklich zusammen und politisch zur Wirkung zu bringen.³⁴

Bei der Formulierung der eingangs genannten Einstiegsprojekte wurde diese Frage gestellt. Dabei wurden »Formen bedarfsorientierter Grundstandards« genannt. Dies zumindest aus zwei Gründen: Das Projekt greift durch seine Verbindung mit dem Kampf um das Recht auf existenzsichernde sinnvolle Arbeit, um die Grundrechte und um leistungsfähige öffentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in die herrschende Logik gesellschaftlicher Entwicklung ein. Es geht daher mit den anderen Einstiegsprojekten und so mit einer transformatorischen Politik zusammen, die die Kapitaldominanz überwindet.

Diese Politik folgt den Leitbildern vom selbstbestimmt und solidarisch handelnden Menschen, von einer Gesellschaft, in der jede und jeder selbstbestimmt in Würde leben können. Die individuelle Freiheit in der sozialen Gleichheit gilt als höchster Wert, der Solidarität voraussetzt und heute vorrangig Solidarität mit den Schwächsten und Schwachen erfordert.

33 Vgl. Lutz Brangsch: Grundsicherung und Grundeinkommen.

34 Vgl. Michael Brie, a. a. O.

MORUS MARKARD

Wer braucht Erziehung?¹

Erziehung ist wieder in aller Munde, Gegenstand vielfältiger Erörterungen. Die massenmediale Präsenz des Themas – die RTL-Serie »Super-Nanny«, ein »Zeit-Dossier«², ein Ende 2004 erschienenes Sonderheft von »Psychologie heute«³ – zeugt davon ebenso wie die systematisch betriebene Verbreitung von Erziehungstechniken wie »STEP« (Training for effective Parenting) oder »Triple P« (Positive Parenting Program). Wie das Engagement für »anti-autoritäre Erziehung« (Ende der sechziger Jahre) und die Gegenbewegung »Mut zur Erziehung« in den 80er Jahren⁴ verweist auch die gegenwärtige – das Erziehungsproblem fokussierende – Debatte auf eine gesellschaftliche Problemlage. Sie scheint mir darin zu bestehen, dass die propagierten »Chancen« der so genannten Individualisierung ein angesichts der »Risiken«, die die neoliberale Entfesselung des »Marktes« mit sich bringen, *grosso modo* leeres Versprechen sind, dass die (mehr oder weniger) freie Entwicklung einiger mit der strukturellen Behinderung vieler einhergeht, dass traditionelle Wertvorstellungen wie etwa die, dass Fleiß sich lohne, materiell nicht unterfüttert sind, dass aber trotzdem Kinder zu nützlichen Gesellschaftsmitgliedern gemacht werden sollen, dass sie trotzdem nicht resignieren, fleißig sein, nicht gewalttätig werden, nicht aus dem Ruder laufen sollen – also in einer Gesellschaft, deren Krise jedem und jeder ins Gesicht schlägt, eine *Orientierung* kriegen sollen, die den gewünschten Verhaltensweisen förderlich ist.

Der in dieser gesellschaftlichen Situation präventive und reglementierende, die neue Debatte bestimmende pädagogische Grundbegriff entspricht einer staatlichen Maßnahme der DDR von 1961: »*Grenzen setzen*«. Die – sagen wir – nicht-metaphorische, staatlich-architektonische Operationalisierung dieses Konzepts hat sich (mit hohen politischen und menschlichen »Kosten«) nur transitorisch bewährt und musste 1989 aufgegeben werden, und seine systemübergreifende pädagogische Variante kann nur in Ausnahmefällen architektonisch funktionieren (geschlossene Heime etc.). Für alltägliches pädagogisches Denken und Handeln, sei es professionell oder im weiteren Sinne »familiär«, ist »*Grenzen setzen*« natürlich nur eine »*Metapher*«, die weniger auf die strukturelle Vergeblichkeit des materialen Grenzen Setzens verweist als auf eine strukturelle Unendlichkeit.

Warum? Weil Erziehung dazu tendiert, *gesellschaftliche* Strukturprobleme *pädagogisch*, wenn nicht zu lösen, so doch in den Griff kriegen zu wollen, so letzten Endes die gesellschaftliche Ebene aus-

Morus Markard – Jg. 1948, Dr. phil. habil, Dipl.-Psych., apl. Professor für Psychologie an der FU Berlin. Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mitglied der Redaktionen des »historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« und des »Forum Kritische Psychologie«. Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, Heft 171 (Januar 2005).

1 Eine Auseinandersetzung mit Armin Bernhard: Antonio Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung, UTOPIE kreativ, Heft 183 (Januar 2006), S. 10-22.

2 Erziehen üben!, in: Die Zeit, Hamburg, 21. 10. 2004.

zublenzen bzw. in der Erzieher-Zögling-Interaktion zu personalisieren. Wenn die anfänglich skizzierte gesellschaftliche Problemlage historisch-konkreter Ausdruck eines Grundproblems der bürgerlichen Gesellschaft ist, das Versprechen der Chancengleichheit nicht einlösen zu können (und wenn heute Chancengleichheit nicht einmal mehr die Verbesserung gesellschaftlicher Bedingungen meint, sondern in die für viele ruinöse individuelle Wettbewerbsfähigkeit umgedeutet wird), wenn die Schule die Gleichzeitigkeit von Emanzipation *und* Selektion repräsentiert, dann bedeutet »Grenzen setzen« (auch) den – unter emanzipatorischen Gesichtspunkten (hoffentlich) eben strukturell vergeblichen – Versuch einer Durchsetzung der Akzeptanz eben dieser Verhältnisse durch die »Subjekte«, die als Erziehungsobjekte fungieren – sich dagegen aber erfahrungsgemäß immer wieder wehren.

Wessen (Erziehungs-) Ziel Anpassung und Unterwerfung sind, wird auf die bekannten Mittel von Zwang und Bestechung setzen. Doch was ist denen an die Hand gegeben, die den Verhältnissen, *in* denen sie erziehen, fundamental kritisch gegenüber stehen? Das ist die Frage, die den hier zur Debatte stehenden Aufsatz Armin Bernhards durchzieht. Diese Frage ergibt sich aus der Einsicht in den Umstand, dass die individuelle und die gesellschaftliche Reproduktion miteinander vermittelt sind, und dass Pädagogik als mit individueller Vergesellschaftung befasst dem in Theorie und Praxis Rechnung zu tragen hat. Grundlegend dafür ist die Art und Weise, die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von individuellem Lebensprozess und gesellschaftlicher Struktur gefasst wird – und welche Rolle der »menschlichen Natur« im Prozess individueller Vergesellschaftung beigemessen wird.

Subjekte als Objekte erzieherischen Handelns?

Um in meiner Analyse von Erziehung(sproblemen) weiter zu kommen, will ich deswegen mit Holzkamp das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum als »Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung des historischen Prozesses« charakterisieren, wobei der Marxismus in der Analyse und Veränderung gesellschaftlicher Prozesse als »historische Subjektwissenschaft par excellence« gefasst wird, während eine marxistische bzw. die »Kritische Psychologie« als »besondere Subjektwissenschaft« auf die »Entwicklung der subjekthaft-aktiven Komponente, also der Selbstbestimmung, in der individuellen Lebenstätigkeit« ziele.⁵ Diese Sicht schließt die Vorstellung einer milieu-deterministischen Formierung von Subjekten ebenso aus wie die Vorstellung ihres Lebens in frei flottierenden Sinnstiftungen bezüglich einer bloß Interpretationen anheim gegebenen Welt. Die gesellschaftstheoretische Bezugsebene, mit der Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft auf den Begriff gebracht werden, erzwingt es vielmehr, psychologisch zu berücksichtigen, dass Handlungsmöglichkeiten dem Individuum nie ungebrochen, sondern immer in einem je zu klärenden Verhältnis zu gesellschaftlichen Handlungsbehinderungen gegeben sind. Dabei steht das Individuum vor der Alternative, sich mit bloß *zugestanden*en Möglichkeiten zu arrangieren oder diese Möglichkeiten selber – gegebenenfalls im Zusammenschluss mit anderen – zu er-

3 Abenteuer Erziehung, in: Psychologie heute kompakt, Nr. 11«, Berlin o.J. (2004).

4 Vgl.: Die Wertfrage in der Erziehung, in: Das Argument, Sonderband 58, Hamburg 1981.

5 Klaus Holzkamp: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?, in: Karl-Heinz Braun, Holzkamp, Klaus (Hg.): Kritische Psychologie. Bericht über den 1. Internationalen Kongress Kritische Psychologie, Bd. 1, Köln 1977, S. 64.

weitem. Birgt die zweite Möglichkeit das Risiko zu scheitern und sich weitere, vielleicht größere Probleme einzuhandeln, ist die erste mit den psychischen Kosten verpasster Möglichkeiten verbunden. Wie die Einzelnen mit diesem (Dauer-) Konflikt umgehen, wie ihnen gesellschaftliche Bedingungen als subjektive Prämissen bedeutsam werden, ist psychologisch auf die darin enthaltene subjektive Funktionalität hin zu analysieren.⁶

Vor diesem Hintergrund kommt »Erziehung« als gesellschaftlicher (in verschiedenen Kontexten wie Schule und Familie wirksamer) Instanz eine spezifische Vermittlung im Verhältnis zwischen »objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung« zu, deren Qualität davon abhängt, ob bzw. wie sie die Besonderheit dieses Verhältnisses berücksichtigt.

Und eben hier setzt meine Kritik an Bernhards Argumentation an. Darin sind die von mir angesprochenen Dimensionen der Gesellschaftlichkeit von Erziehung und der Intention eines emanzipatorischen Eingriffes in die Gesellschaft zwar thematisiert, die *Subjekte* aber, an (und gegebenenfalls gegen) die Erziehung sich richtet, treten zuvörderst als *Objekte* einer – irgendwie anonymen – Erziehungsinstanz in Erscheinung, als – im etymologischen Sinne des Wortes – »Unterworfene« (bzw. vorher zu Unterwerfende)⁷, so dass die Widersprüche einer »Erziehung« in der bürgerlichen Gesellschaft – als historisch-spezifischer Ausdruck des Verhältnisses von objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung – in ihrer Problematik verschwinden, womit der emanzipatorische Impetus des Aufsatzes von Bernhard desavouiert wird.

Im Folgenden will ich zunächst einige aus meiner Sicht in Bernhards Aufsatz kritische Punkte resümieren und kommentieren und damit die Skizze einer Konzeption vorbereiten, die den Kritikpunkten Rechnung tragen und meine Argumentation abschließen soll.

Bernhard stellt uns die Aufgabe – emanzipatorisch intendierter – Erziehung folgendermaßen vor: »Eine tief greifende Umgestaltung der sozialen Verhältnisse kommt an der Neuformierung der Menschen nicht vorbei. Wer mit strukturellen Eingriffen in die Gesellschaft nicht zugleich die jeweils konkrete Lebensweise und den jeweils vorherrschenden Menschentypus verändernd bearbeitet, kann keine gesellschaftliche Alternativzivilisation entwickeln« (S. 10).⁸ »Bildung und Erziehung zielen auf die Formung, Gestaltung und Entwicklung von Menschen, die der jeweiligen Konzeption, den Leitideen, der Ideologie einer Gesellschaft entsprechen sollen.« Und: »Sie bearbeiten die Humanpotenziale im Sinne eines Aufbaus von Subjektvermögen« (S. 11). Für Gramsci, so Bernhard, sei seine Mündigkeitsvorstellung an sein Konzept der Hegemonie gebunden, welche wiederum »an die edukative Fähigkeit der herrschenden Gesellschaftsgruppen geknüpft (ist), also an ihre Fähigkeit zu führen«, eine Fähigkeit, die auch die »Subalternen entwickeln« müssten, um eine »kritische Gegenhegemonie bilden zu können«, in der »(d)er Wille des Menschen, sich selbst zu bestimmen, ... zum Ausdruck« komme (S. 12).

Halten wir in unserer Darstellung inne, sehen wir uns mit einem widersprüchlichen Bündel von Aussagen konfrontiert: Einmal werden Menschen wie Werkstücke geformt und gestaltet, sie werden als

6 Vgl. Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt/M. 1983 a, S. 350 ff., lexikalisch gefasst bei Morus Markard: Handlungsfähigkeit II., in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, Hamburg 2001, Sp. 1174-1181.

7 Es wird sich im weiteren Verlaufe meiner Argumentation herausstellen, dass meine Kritik nicht daran vorbeigeht, dass der Subjektbegriff in der Tat (auch) die Unterworfenheit des Individuums unter gesellschaftliche Regeln etc. zum Ausdruck bringt.

8 Ohne weitere Kennzeichnung beziehen sich alle Seitenangaben auf den Aufsatz von Armin Bernhard.

Typen klassifiziert und somit und reduzierend vereindeutigt (statt dass nach widersprüchlichen »typischen« *Handlungs-* und *Denkweisen* gesucht würde); auf der anderen Seite ist vom Willen des Menschen, sich selbst zu bestimmen, die Rede; irgendwie dazwischen ist angesiedelt, dass mit dem »Bearbeitet Werden« »Subjektvermögen« aufgebaut werde. Man fühlt sich an König Pygmalion erinnert, der eine Statue aus Stein werkte, der eine gnädige Göttin Leben einhauchte. Doch wo ist diese *dea ex machina* in der vorgestellten Konzeption? Wie können wir der widersprüchlichen Anordnung, die Formung und Entwicklung umstandslos in eine gleichwertige Reihung bringt, auf den Grund gehen? Indem wir Bernhards Bemerkung, dass, während das »Politische in der Geschichte auf *äußere Rahmenbedingungen* der Gestaltung menschlicher Lebensbedingungen bezogen« sei, sich »das Pädagogische auf die *innerpsychischen* Korrelate gesellschaftlicher Reproduktionserfordernisse« beziehe, weiter verfolgen, eine gewisse Parallelität zu Holzkamps zitierter Bestimmung des Verhältnisses von »Marxismus« und »Kritischer Psychologie« im Kopfe bewahrend. Es geht darum, was innerpsychische Korrelate wohl sein sollen.

Erziehung als (Nah-) Kampf gegen die Natur?

Bernhard verhandelt das – wieder im Bezug auf Gramsci – im Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit. »Die emanzipatorischen Möglichkeiten der Geschichte können nicht losgelöst vom konkreten Zwang der jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Verhältnisse freigesetzt werden, und Erziehung ist Teil dieses Zwanges«. (S. 12 f.) Dazu ist zu fragen: Wieso ist Erziehung nicht (auch bzw. erst spät) Moment der emanzipatorischen Möglichkeiten? Bernhard stellt fest, das Selbstbestimmung nicht »jenseits der geschichtlichen Notwendigkeit zu haben« (S. 13) sei, wechselt dann terminologisch von »Erziehung« zu »Subjektwerdung« und schreibt: »Für die Subjektwerdung gilt diese Verschränkung von Freiheit und Notwendigkeit analog, doch charakterisiert sie hier eine gattungsspezifische, anthropologische Notwendigkeit.« (ebd.) Das muss zwar auch für die Vorsätze gelten, es geht aber wohl um etwas Anderes: nämlich wie andere, insbesondere Kinder, Gramscis und Bernhards Einsicht gewinnen. Durch Zwang, der Mittel dafür ist, dass gesellschaftlicher »Konformismus« Erziehungsresultat ist – wobei Konformismus bei Gramsci hier als »Gesellschaftlichkeit« gelesen werden muss.⁹ Gesellschaftlich muss dem Kind (und vielleicht auch störrischen oder »kindischen« Erwachsenen) durch Zwang aufgeprägt werden: »Im gesellschaftlichen Auftrag bearbeitet Erziehung die menschliche Natur gemäß gesellschaftlichen Anforderungen, ein Umstand, der ihr notwendigerweise den Charakter der Zwangsförmigkeit verleiht. Denn *weil* gesellschaftliche Erfordernisse und menschliche Natur nicht zusammenstimmen, muss Erziehung im »Kampf gegen die Natur« diese domestizieren und in eine historisch konkrete Form umarbeiten.« Das von Bernhard eingeflochtene Zitat entstammt Gramscis programmatischem Satz: »Eigentlich erzieht jede Generation die neue Generation, das heißt, sie formt diese, und die Erziehung ist ein Kampf gegen die an die elementaren biologischen Funktionen geknüpften Instinkte, eine Kampf gegen die Natur, um diese zu be-

9 Der Frage, inwieweit diese terminologische Unschärfe problematische Konsequenzen zeitigt, will ich hier nicht nachgehen. Ebenso wenig der Frage, inwieweit es problematisch ist, in welchem Ausmaß Gramsci begrifflich »Erziehung« zu »sozialem Einfluss« inflationiert und deswegen die *Spezifika*, die Erziehung gegenüber dem allgemeineren Konzept des sozialen/politischen Einflusses hat, aus dem Auge verliert.

10 Wo Bernhard mit Gramsci eine »Sozialanthropologie des Kindes (spricht), die die Gesellschaftlichkeit und Sozialibilität der kindlichen Natur hervorhebt« (S. 14), ist das selbe gemeint – nur unter dem Aspekt, dass der erzieherische Nahkampf gegen die Natur Erfolg verspricht, das Wilde zähmbar ist.

11 Ute Osterkamp: Hat der Marxismus die Natur des Menschen verkannt oder: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen? In: Forum Kritische Psychologie 31, 1993.

12 Wolfgang Maiers: Funktional-historische Analyse, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, Hamburg 1999, Sp. 1134-1140.

13 Zusammengefasst bei Klaus Holzkamp: Grundlegung ..., S. 178 ff.

14 Ebenda, S. 241.

15 Vgl. Wolfgang Maiers: Der Etikettenschwindel der Evolutionären Psychologie, in: Forum Kritische Psychologie 45, 2001.

16 Zygmund Baumann: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.

17 Es ist dann allerdings kaum zu klären, was denn [nicht] mehr (Ausdruck von) Natur sei – von der »Fremdenangst« bis zur »Weiblichkeit«.

herrschen und den für seine Zeit »gegenwärtigen« Menschen zu schaffen.«¹⁰

Danach muss man dem Zögling Gesellschaftlichkeit von außen aufprägen, weil Kinder geborene Schädlinge sind – eine Auffassung, wonach jede Gesellschaft, auch eine sozialistische, der menschlichen Natur zuwiderläuft¹¹, und der von der kulturhistorischen Schule angeregt und in einer Spezifizierung des marxischen logisch-historischen Verfahrens historisch-funktional¹² gewonnene Befund gegenübersteht, dass Menschen von Natur aus *nicht* un- oder anti-gesellschaftlich sind¹³. Wir haben insofern eine *gesellschaftliche* Natur, als wir grundsätzlich in der Lage sind, uns zu vergesellschaften, verbunden mit der subjektiven Notwendigkeit, Verfügung über unsere Lebensumstände zu gewinnen, in diesem Sinne handlungsfähig zu werden. »Die in der gesellschaftlichen Natur des Menschen liegenden Bedürfnisse realisieren sich also hier in der *Erweiterung der Handlungsfähigkeit*, d. h. sie *treten in Erscheinung als subjektive Erfahrung der Einschränkung der Handlungsfähigkeit*, was gleichbedeutend ist mit der *subjektiven Notwendigkeit der Überwindung* dieser Einschränkung.«¹⁴

Dann ist aber die Frage zu stellen, ob nicht eine Erziehung, die genau das fordert, die überflüssige und damit verdächtige Verdoppelung einer subjektiven Notwendigkeit darstellt. Dagegen liegt nun wieder der Einwand nahe, ob hier nicht ein Idealbild gezeichnet wird. Ich leugne natürlich nicht, dass es so genannte »schwierige« und »faule« Kinder gibt, dass neben kleinen Wonneproppen auch große Kotzbrocken existieren, wohl aber, dass sie quasi »von Natur aus« so sind. Es scheint mir theoretisch näher zu liegen und praktisch produktiver zu sein, die Annahme zu vertreten, diesen schwierigen und faulen Kindern sei der Spaß am Lernen *ausgetrieben* worden, bzw. sie fänden sich in einer Situation des Widerstands – gegebenenfalls gerade durch und gegen die kritisierte Art der Erziehung. Wenn also die Formen, in denen sich die subjektive Notwendigkeit der Vergesellschaftung/Verfügung realisiert, uns nicht gefallen, müssen wir uns fragen, was sich Kinder gefallen lassen mussten, dass sie sich in ungefälliger Weise vergesellschaften. Die Formen, unter denen Menschen (Kinder, Jugendliche) Verfügung über ihre Lebensumstände zu erreichen versuchen, sind natürlich je nach gesellschaftlicher Lage, Situation und Geschlecht und deren subjektiver Interpretation sehr verschieden.

Das zentrale Problem besteht darin, dass in der menschlichen Existenz als der Realisierung einer widersprüchlichen Einheit von Natur-, Gesellschafts- und Individualgeschichte natürliche und gesellschaftliche Momente immer schon vermischt auftreten – ein Umstand, der Biologisierung durchaus begünstigt¹⁵ und Debatten hervorruft wie die, ob Auschwitz ein Zivilisationsbruch zugunsten ungehemmter Natur sei (zahllose psychoanalytische Autorinnen und Autoren) oder eher ein *Zivilisationseffekt*¹⁶. Die Projektion aller möglicher Vorstellung in die »Natur«¹⁷ hat so gegensätzliche Konsequenzen wie die Vorstellung, erzieherischer Umgang sei Nahkampf gegen die menschliche Natur, oder die Vorstellung, man müsse Kinder nur wachsen lassen, ihre Natur werde ihnen schon den Weg weisen – eine Vorstellung, mit der sich Bernhard in seinem Aufsatz

m. E. zu Recht kritisch auseinander setzt. Nur: *beide* Vorstellungen basieren auf derselben Gedankenfigur: einer projektiven inhaltlichen Bestimmung der menschlichen Natur, die je nach Inhalt bekämpft oder in Ruhe gelassen werden muss.¹⁸

Eine naturwissenschaftliche Bestimmung von Natur hat vor allem die Funktion, derartige Naturalisierungen zurückzuweisen – auch gegen die erziehungsideologische Funktion der Hypostase einer ungesellschaftlichen Natur des Menschen und der damit begründeten ungehemmten Möglichkeit, Zwang zu legitimieren (bzw. zu idealisieren: »eine Art humaner Zwang« – S. 15) und Widerstand dagegen als verschärften Ausdruck eben ungesellschaftlicher Natur zu delegitimieren und zu bekämpfen, womit – zirkulär – Erziehung zur Brechung jenes Widerstands wird, den sie selber mit erzeugt hat.

Die Selbstgewissheit seiner Erziehungskonzeption korrespondiert mit Bernhards deterministisch-milieutheoretischer Interpretation der 6. Feuerbachthese Marxens und seiner Interpretation des Verhältnisses von Determination/Notwendigkeit und Freiheit.

Der erzogene Mensch als Ensemble der Verhältnisse?

Mehrfach äußert Bernhard in seinem Aufsatz die Auffassung, der Mensch *sei* das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse (S. 16 f.), obwohl es in der Feuerbachthese, die das begründen soll, heißt: »...Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.«¹⁹ Wie u. a. von Sève²⁰ herausgearbeitet wurde, ist Marx' These, dass das *Wesen* des Menschen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, gerade *nicht* eine *milieutheoretisch-deterministische* Zurückweisung der idealistischen Vorstellung eines *im* Individuum hockenden Wesens, sondern eine Betonung des Umstandes, dass dieses Wesen gesellschaftlich produziert ist und die einzelnen Menschen sich *zu* ihm verhalten (können und müssen), also das Verhältnis von objektiver Bestimmung und subjektiver Bestimmtheit erst in seiner Spezifik fassbar wird. Bernhard sagt zwar an anderer Stelle (mit Gramsci), der Mensch solle »Führer seiner selbst« werden und sich nicht den Stempel von äußeren Bedingungen aufdrücken lassen« (S. 16), was sich aber schwer mit dem Menschen als Ensemble von Bedingungen vereinbaren lässt. Bernhards Rettungsversuch: »Der Mensch ist zwar das *Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse*, er ist immer gesellschaftlicher Kollektivmensch, doch geht er in dieser Bestimmung nicht auf«, weil er gestalten könne, kann nicht klappen. Begriffsakrobatische Luftnummern sind hier auch überflüssig, weil der Mensch eben *nicht* das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Wieder haben wir das Verhältnis von objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung als Inkompatibilität von Determinismus und subjekthaftem Eingriff vor uns, die Bernhard in Erziehungsfragen zu der Entscheidung zwingt, die Zöglinge dann doch als Objekte von Einwirkungen und Gegenstand von Anpassung zu fassen.

Was bedeutet »Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit«?

Dies zeigt sich, wie angekündigt, auch in seiner Behandlung des Problems von Freiheit und Notwendigkeit. Vor dem Hintergrund der

18 Deswegen bleibt, was ich hier nicht im Einzelnen darlegen kann, Bernhards Kritik an »humanistischer« Erziehung unvollständig. Seine von mir kritisierte deterministische Konzeption negiert die humanistische nur *abstrakt*.

19 Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, S. 6. Zur Interpretationsgeschichte vgl.: Wolfgang Fritz Haug: Feuerbach-Thesen, in: Ders. (Hg.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4, Hamburg 1999, Sp. 410 ff.; dort lässt sich u.a. nachlesen, dass nach H. Fleischer die Lesart, Marx habe das Individuum (und nicht das menschliche Wesen) als Ensemble bezeichnet, »kompletter syntaktischer Unsinn« sei (Sp. 411).

20 Lucien Sève: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1972.

21 Friedrich Engels:
Anti-Dühring, in: MEW,
Bd. 20, S. 106.

berühmten engelsschen (dezidiert auf Hegel rekurrierenden) Formulierung, Freiheit beruhe auf »Einsicht in die Notwendigkeit«²¹, ist die in unserem Zusammenhang zentrale Frage die, was genau es heißt, dass – von den Subjekten – »objektive« Notwendigkeiten ... anerkannt und spezifisch gestaltet werden müssen« (S. 13). Die Argumentation von Engels ist *sach-logisch*, bezogen auf Naturgesetze und gesellschaftliche Wirkzusammenhänge, die begriffen werden müssen, damit sie – von (assoziierten) Subjekten – genutzt bzw. beeinflusst werden können (wobei zu berücksichtigen ist, dass, was als gesellschaftliche Notwendigkeit gilt, zumindest *in concreto* höchst umstritten und Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist). Diese Sachlogik hat eine konditionale Gestalt: *Wenn* ich als Subjekt dies oder jenes erreichen will, dann muss ich bestimmte Zusammenhänge begreifen und berücksichtigen. Wenn ich »Freiheit«, verstanden als die historisch mögliche (kollektive) Verfügung über meine gesellschaftlichen Lebensumstände, realisieren will, muss ich die dem entgegen stehenden Herrschaftsstrukturen berücksichtigen. (Eine Nummer kleiner: Wenn ich die Freiheit genießen will, auf den See hinaus zu schwimmen, muss ich schwimmen lernen/können.) Diese sach-logische, konditionale Argumentation ist aber von der *psycho-logischen* zu unterscheiden, bei der es um die Frage geht, *ob* ein Subjekt dies oder jenes überhaupt erreichen will, ob es andere Ziele verfolgt, ob es sich bestimmten Anforderungen entziehen will, ob es meint, ihnen zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht genügen zu können oder zu wollen. Anders formuliert: Hier geht es um die Frage, wie aus welchen subjektiven Gründen sich die Einzelnen *zu* (als Anforderungen an sie in Erscheinung tretenden) objektiven bzw. als objektiv definierten Notwendigkeiten verhalten. Diese – von der sach-logischen eben zu unterscheidenden – psycho-logische Fragestellung ist zentrales Implikat einer »*subjektwissenschaftlichen* Qualifizierung des Verhältnisses objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung menschlicher Lebensgewinnung«. Die Vernachlässigung dieser subjektwissenschaftlichen Qualifizierung setzt die – von wem auch immer bestimmte oder »allgemein« anerkannte – objektive Notwendigkeit mit deren je subjektiv-phänomenaler Realisierung, mit subjektiver Notwendigkeit, in eins, wo doch das Verhältnis zwischen beiden erst aufzuklären wäre. »Freiheit« ist danach für die Einzelnen eine *Möglichkeit*, die sie realisieren *können*, und deren tatsächliche Realisierung sie mit dann »einzusehender« Notwendigkeit konfrontiert, die sie eben – sach-logisch – realisieren müssen, wenn sie die damit gegebenen Verfügungen realisieren *wollen* oder *wollen können*.²³ Die pädagogisch-praktische Relevanz der Berücksichtigung der spezifischen Differenz zwischen der skizzierten Sach- und Psycho-Logik besteht darin, dass der gegenüber Anderen ausgeübte Zwang zur Erfüllung (von wem auch immer definierter) objektiver Notwendigkeiten nicht einfach als der Anderen Freiheit deklariert werden kann: Die Einsicht in die Alternativlosigkeit zu einem Handeln im Sinne verordneter oder deklarerter Notwendigkeit hat mit Freiheit nichts zu tun – weder pädagogisch noch politisch. In dem Maße, in dem Zwang als Medium individueller Vergesellschaftung gilt, ist die kategoriale Differenz objektiver und subjektiver Notwendigkeit zu vernachlässigen – die Freiheit dann al-

22 Morus Markard:
Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse III, in: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 3, Hamburg 1997, Sp. 427.

23 Vgl. auch Klaus Holzkamp: Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft, in: Forum Kritische Psychologie 14, 1984, S. 23 ff.

lerdings auch.²⁴ Übrig bleiben Zynismus auf der einen und (hoffentlich) Wut oder (leider) Resignation auf der anderen Seite.

Wenn also Bernhard meint, »jeder Verzicht auf die Formung des Kindes« liefere dieses »umso mehr der Fremdbestimmung« mit dem Resultat »formlose(r) Individualität« (was immer das sein mag) aus (S. 15), ist zu hinterfragen, inwieweit diese Formung selber Teil einer Fremdbestimmung ist, *inwieweit* sich das Kind zu diesen Formungsintentionen verhalten kann, wie eigentlich genau zu bestimmen ist, wer ein Kind fremdzubestimmen versucht und wer nicht – und welche Rolle ein nicht als Bearbeitungsobjekt gedachtes Kind dabei selber spielt. Dazu will ich zum Abschluss einige Überlegungen der Kritischen Psychologie beisteuern, die ihren Ausgang von einem empirischen Projekt nehmen, in dem das Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern untersucht wurde.²⁵

Widersprüche emanzipatorischer Erziehung

Zunächst will ich die bislang erörterten Dimensionen von Erziehung folgendermaßen resümieren: 1. Erziehende vertreten gesellschaftliche Anforderungen und Ziele, die die Zöglinge nicht erfüllen (wollen) können. 2. Erziehung besteht aus einschlägigen Maßnahmen. 3. Erziehung bedeutet Machtausübung (auch »Zwang«, s. o.), die sich mit Erziehungserfolg reduzieren kann (vgl. bei Bernhard z. B. S. 15). Zu den unter 1. erwähnten Erziehungszielen ist zu sagen: a. Die Erziehenden kennen und wählen sie. b. Sie versuchen sie so zu vermitteln, dass sie den Zöglingen einsichtig werden. c. Soweit die Zöglinge dies bzw. diese Ziele noch nicht einzusehen vermögen, setzen die Erziehenden die Ziele verantwortlich und stellvertretend durch. – Wir treffen hier im Übrigen auf das allgemeinere Problem der *Differenz* zwischen (selbst-definiertem) *Wunsch* und (fremd-definiertem) *Wohl* (oder dem *Bedarf* und dem *Bedürfnis*) eines Menschen (ob ein Kind mit Förderbedarf auch ein Bedürfnis nach Förderung hat, darf getrost als offen angesehen werden).

Voraussetzung der so skizzierten Vorstellung ist, dass man den Zöglingen Gesellschaftlichkeit gegen ihre Natur von außen aufprägen muss (s. o.). Aus der oben dargelegten Kritik dieser Vorstellung ergibt sich nun das Problem, dass die – nicht nur den jeweils anderen zu attribuierende – Fremdgesetztheit von Erziehungszielen mit der subjektiven Notwendigkeit der Verfügung des Kindes über das eigene Leben bzw. die eigenen Lebensumstände *grundsätzlich* unvereinbar ist, da man kaum *Selbstbestimmung* realisieren kann, wenn man die Ziele *anderer* verfolgt. Das ist ein Paradoxon – ähnlich wie das kommunikationstheoretische Paradoxon »Sei spontan« und ähnlich der allgegenwärtigen *Aufforderung*, bitte »*unaufgefordert* den Ausweis vor(zu)zeigen«. Besonders prekär wird die subjektive Situation des Kindes dann, wenn ihm die Erziehungsanforderung *einsichtig* ist: Dann kann es nämlich schwer entscheiden, ob es in eigenem Interesse oder nur sich fügend und sich unterwerfend handelt.

Ein nahe liegender Einwand ist die Frage, was daraus bei offensichtlicher *Selbstschädigung* des Kindes folge. Ich bestreite natürlich nicht, dass man manchmal eingreifen muss: Die situative Nutzung der lebensrettenden Macht, ein Kind daran hindern zu können, seine Kräfte mit einem 7-Tonner zu messen, hat mit der hier erörter-

24 Im Übrigen ist das eine Fragestellung, vor der oben problematisierte Mehrdeutigkeit des »Konformismus«-Konzepts theoretische und praktische Relevanz gewinnt.

25 Diese Überlegungen wurden in gemeinsamen Diskussionen entwickelt und in der angegebenen Literatur dargelegt; ihre Akzentuierung hier verantwortete ich natürlich allein. Vgl. Klaus Holzkamp: »We don't need no education...«, in: Forum Kritische Psychologie 11, 1983 b, 113-125; Ders.: Was kann man von Karl Marx über die Erziehung lernen? Oder: Über die Widersprüchlichkeit fortschrittlicher Erziehung in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Demokratische Erziehung 1/1983 c, 52-59; Gisela Ulmann: Über den Umgang mit Kindern. Orientierungshilfen für den Erziehungsaltag, Hamburg 2003.

ten Erziehungs- und Erziehungsziel-Problematik nichts zu tun: Man würde das wohl auch bei einem schlecht sehenden Erwachsenen machen. Gleichwohl bleibt die Frage, ob Erziehende nicht doch mehr als die Kinder wissen? Die Gegenfrage ist: Ist es nicht gerade die problematisierte Erziehungsform, die uns daran hindert, dass wir unser Wissen, so wir es denn haben, auch nutzbringend anbringen können. (Wahrscheinlich kennt jeder Beispiele aus dem eigenen Erwachsenen-Dasein, in denen ein erziehungsförmig erteilter Rat, vor allem in ironischer Verpackung, es schwer macht, ihn anzunehmen.).

Das heißt: Mit der Alternative »Erziehung vom besseren Wissen aus« versus »gar nichts tun« stehen wir vor einer falschen Alternative. Zu fragen ist vielmehr, wie man Kinder unterstützen, sie kritisieren und mit ihnen zusammenleben kann, ohne in die Erziehungsform zu geraten.

Dazu ist es aus kritisch-psychologischer Sicht erforderlich, sich von der Auffassung zu verabschieden, dass die Erziehenden tatsächlich besser wissen, *was für die Kinder gut ist* (unabhängig davon, welches umfassendere Weltwissen die Erwachsenen sonst haben mögen.) Denn in der Erziehungshaltung, wonach die Erwachsenen besser wissen, was für das Kind gut sei (vgl. die Unterscheidung von Wohl/Wille und Bedarf/Bedürfnis oben), ist *die kindliche Subjektivität in ihrer Eigenheit* ausgeklammert²⁶, da Entwicklung die Änderung eines als problematisch empfundenen Zustandes in Richtung auf Verfügungserweiterung ist (weswegen ich oben die umstandslose Reihung von »Formung« und »Entwicklung« problematisierte). Es müsste demgemäß seitens der Erwachsenen, soweit sie mit Problemen von Kindern befasst sind, darum gehen, dazu *beizutragen*, gegebene Widersprüche zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit bei Kindern zu klären, mit dem Ziel, den subjektiv notwendig nächsten Schritt des Kindes herauszuarbeiten.

Diese Argumentation versteht sich allerdings als das *Gegenteil einer Normsetzung* und will den zentralen psychologischen Umstand berücksichtigen, dass man aus der Außensicht grundsätzlich nicht wissen kann, was der subjektiv notwendige, das heißt auch emotional subjektiv nächste Schritt eines Kindes, allgemeiner eines anderen Menschen, ist. Ebenso zentral ist, dass Kinder (oder eben auch Erwachsene) sich womöglich selber darüber im Unklaren sind bzw. sich erst darüber klar werden müssen. Die Psychologie hat ja recht eigentlich damit zu schaffen, dass in kritischen Situationen Gründe und Konsequenzen unseres Handelns *nicht* auf der Hand liegen, sondern dass wir sie gegen Vordergründigkeiten, Selbsttäuschungen etc. erst herausarbeiten müssen (weswegen von wem auch immer als objektiv deklarierte Notwendigkeiten nicht einfach subjektiv herunterkonkretisiert werden können). Das ist beileibe kein erziehungs- bzw. kindspezifisches Problem. Die kognitiven und emotionalen Spezifika *kindlicher* Entwicklung und Probleme können aber erst *in* diesem kategorialen Rahmen zur Geltung gebracht werden, *nicht außerhalb eines subjektwissenschaftlichen Rahmens*. Denn wie immer das Ausmaß bestimmt werden kann, in dem Menschen an gesellschaftlichen Veränderungen beteiligt sind: »Die relativierende Rede von Arten und Graden der ›Subjekthaftigkeit, Subjektivität‹ etc. ist also selbst wieder zu relativieren aufgrund der Einsicht, dass die Spezifik des Menschen als ›Subjekt‹ unreduzierbar und uneliminierbar ist.«²⁷

26 Dass Erwachsene – etwa als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Lehrerinnen und Lehrer – in die Situation gebracht sind, für Kinder entscheiden zu müssen, ist eine davon zu trennende und dann erst in ihrer institutionellen Eigenart zu behandelnde Frage.

27 Klaus Holzkamp: Grundlegung ... a. a. O., S. 338.

Dass man aus der Außensicht nicht weiß, was der subjektiv notwendig nächste Schritt eines Kindes ist, bedeutet demgemäß keineswegs, dass dies überhaupt nicht klärbar ist, sondern nur, dass man sich durch die Erziehungsform die – intersubjektive – Klärbarkeit (und Unterstützungsmöglichkeit) erschwert bis verstellt. Wenn Gründe und Konsequenzen von Handlungen gegen Vordergrundigkeiten, Selbsttäuschungen erst herausgearbeitet werden müssen, dann gilt das auch für Kinder. Wer redet mit anderen über Probleme, wenn er Sanktionen, Besserwisserei, Ironie oder »Zwang« erwarten muss? Warum sollten sich Kinder Erwachsene, die so reagieren, zu *Gesprächs- und Bündnispartnern* machen?

Erziehung und insbesondere Erziehungsziele gehören offenkundig zur *Lebensperspektive* der *Erziehenden*. Dahinter stehen letztlich (von diesen vertretene bzw. zu vertretende) *Normen*, wie ein Kind zu sein habe. Erziehende haben bei ihrer Erziehung *selber* ein Interesse daran, mit den Normen, die *sie* vertreten und denen sie in gewisser Weise *auch selber unterliegen*, nicht in Konflikt zu geraten; sie haben ein eigenes Interesse, mit der »Produktion« oder »Formung« eines aus der Außensicht *tadellosen* Kindes auch *ihre eigene Tadellosigkeit, Bedeutung und Leistung als Erziehende* zu beweisen. Dieses Interesse legt die administrative Fiktion der Gradlinigkeit von Entwicklung nahe – die wir aber nach unserer Entwicklungskonzeption nicht allgemein erwarten können. Entwicklungen *können* durchaus in Form ihres *Gegenteils* stattfinden. (So kann eine *Lernverweigerung* in der Schule die subjektive notwendige Realisierungsvoraussetzung von Lernmöglichkeiten *innerhalb und außerhalb der Schule* sein.)²⁸

Kindern in ihren Lebens-Widersprüchen Unterstützung geben zu können, eigene Erfahrungen für Kinder tatsächlich nutzbar machen zu können, bedeutet, mit ihnen so zusammen zu leben, dass sie einen Rat annehmen können. Was allerdings ist ein *Rat*? *Ein Rat ist wesentlich dadurch definiert, dass man ihn ablehnen kann.*

Umgang von Erwachsenen mit Kindern hat also günstigenfalls mit *Unterstützung* zu tun, nicht mit »Formung«. Ein Problem in der bürgerlichen Gesellschaft besteht diesbezüglich aber darin, dass es eine sozusagen reine Unterstützung zur Selbstbestimmung nicht geben kann, weil ein selbstbestimmtes Leben in einer Welt von Zwängen und Fremdbestimmung gar nicht möglich ist. Jede Hilfe bei der Vorbereitung auf eine *selbständige* (nicht selbstbestimmte) Existenz ist immer *auch* Vorbereitung auf Verwertbarkeit, auf Anpassung, auf Unterwerfung, die möglicherweise als kindliches Interesse *mystifiziert* werden. Wer beispielsweise in der Schule gute Noten erhält, erhält sie *auch* deswegen, weil er oder sie nicht täuscht, indem er oder sie anderen unzulässige Hilfen gibt; in der Schule zurechtzukommen, bedeutet immer auch in Verhältnissen zurechtzukommen, die *auch* durch Selektion und Konkurrenz bestimmt sind.

In dem Maße, in dem Erziehungsförmigkeit aufzuheben ist in einer humanen intersubjektiven *Beziehung*, tritt die im Titel erhobene Frage, wer eigentlich Erziehung brauche, zurück. Wenn die Probleme, die in der Erziehung durchschlagen, letztlich gesellschaftliche sind, wären sie Probleme von Erwachsenen *und* Kindern, die ja, je *verschieden*, dennoch grundsätzlich in *derselben* Gesellschaft leben,

28 Eine gewisse Bedenkenlosigkeit, die eigene Perspektive zum Maßstab zu machen, und eine gewisse Rücksichtslosigkeit von Erzieherinnen und Erziehern gegenüber kindlichem Eigen-Sinn, lassen sich leichter vertreten, wenn Kindheit nur als Vorphase des eigentlichen Lebens gilt, so dass eine gewisse Geringschätzung kindlicher Glücks- und Lebensansprüche gegenüber dem späteren Leben legitim erscheint.

deren Probleme weder den Kindern noch den Erziehern persönlich in die Schuhe geschoben werden sollten.

Eine Kritische Psychologie will und kann Menschen nicht sagen, wie sie zu leben haben, weil Emanzipation nicht als fremdgesetzte Norm oder Normierung / Formierung gedacht werden kann. Der Standpunkt der Kritik der Kritischen Psychologie – als *marxistischer* Subjektwissenschaft – sind nicht perfekte Menschen in beliebigen Verhältnissen, sondern Verhältnisse, in denen der Mensch – mit Marx gesprochen – nicht mehr »ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« ist, Verhältnisse, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Sofern diese Perspektive – gedanklich oder real – *verallgemeinerbar* ist, steht sie einer normativen Fassung von Erziehung entgegen. Standpunkt der Kritischen Psychologie ist also Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht eine Norm für die, die darin leben. *Darin*, so schätze ich, dürften Armin Bernhard und ich uns einig sein – die Differenz besteht darin, wie man Kinder dazu gewinnen kann, diese Perspektive zu teilen.

Wenn die Perspektive der Veränderung die Perspektive der Veränderung der Gesellschaft ist, dann kann Erziehung nur als von ihrer problematischen Form befreites Moment des Zugangs zur – komplizierter (und derzeit auch kälter) werdenden – Welt gedacht werden. Dagegen verschiebt die anfänglich erwähnte neue Erziehungsdebatte auf Erziehung und Erziehende, was eigentlich Problem gesellschaftlicher Widersprüche ist.

TORSTEN FELTES

Nationale Bildungsstandards – ein neoliberales Projekt

Bildungsstandards gelten manchen als ein »neutrales Instrument«, mit dem sich die Schulpraxis zum Besseren oder Schlechteren wenden ließe. Das Konzept der Standards¹ enthält jedoch Voraussetzungen, die keinesfalls als *verschiedenen* Zielen dienlich angesehen werden können. Das Konzept ist in seinem Kern ein neoliberales Projekt, wendet sich ab vom Ideal des mündigen und setzt an dessen Stelle das Ideal des bloß funktionsfähigen Bürgers, der gut integrierten Persönlichkeit. Die Menschen sollen in dieser Weise auf das Hier und Jetzt verpflichtet werden, sollen sich den gesellschaftlichen Anforderungen fraglos zur Verfügung stellen.

Zuviel Wissen als Problem – der Ausgangspunkt

Auf den ersten Blick scheint mit der Einführung von Bildungsstandards ein richtiger Weg eingeschlagen. Bildungsprozesse sollen einheitlicher und das Erreichen von Bildungszielen verbindlicher werden. Das bloße Abhandeln des vorgegebenen Lehrstoffes wird als unzureichende Bedingung für den Bildungserwerb angesehen. Hier könnte nun eine Analyse einsetzen, woraus denn die Probleme bei der Stoffvermittlung in der Schule entstehen. Diese wird aber nicht vorgenommen. Statt dessen wird das bisherige Lernen in der Schule als »verkopft« denunziert, eine zu große Wertschätzung des Faktenwissens behauptet.

Es soll ein Problem sein, dass Wissen statt Können vermittelt wird, weil auch der gute Schüler nicht ohne weiteres in der Lage ist, sein Wissen unmittelbar anzuwenden – gerade das habe das »Programme for International Student Assessment« (PISA) gezeigt. Daraus ergibt sich die Forderung, das schulisch erworbene Wissen müsse mit einem Können verbunden werden, das der Bewältigung unterschiedlicher Situationen in der »Arbeits- und Lebenswelt« dienlich ist. Erst dann könne von gelungener schulischer Vermittlung gesprochen werden.

Eine solche Verbindung von Wissen und Können wird Kompetenz genannt. Kompetenzen zu testen statt Wissensinhalte durch Lehrpläne vorzugeben, das soll den Weg aus der Bildungsmisere weisen. Damit sind jedoch weitere Verfahren impliziert, die in ihrer Konsequenz auf eine verstärkte Leistungskonkurrenz, einen verstärkten Leistungsdruck zielen. Unter solchen Bedingungen kann von einer Vereinheitlichung von Bildungsprozessen und einer Verbindlichkeit von Bildungszielen kaum mehr die Rede sein.

Torsten Feltes – Jg. 1971, Dipl.-Päd., Studium der Erziehungswissenschaft an der Universität Flensburg; lebt und arbeitet in Berlin; Buchveröffentlichung: »Nationale Bildungsstandards. Von der Bildungszur Leistungspolitik«, Hamburg 2005; Aufsatz: »Bildungsgerechtigkeit durch Bildungsstandards?« Reihe Standpunkte, Berlin 2005; Arbeit an der Dissertation »Bildungstheoretische und philosophische Voraussetzungen gegenwärtiger empirischer Bildungsforschung«

Vortrag am 6. 11. 2005 im Rahmen der Plenarberatung der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS.

1 Da es noch keine schulische Praxis auf der Grundlage von Bildungsstandards gibt, empirische Daten also fehlen, bezieht sich der vorliegende Text vor allem auf die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Expertise »Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards« von Klieme et al. (Frankfurt a. M.: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 2003). Die Kultusministerkonferenz hat erklärt, diese Expertise zur Grundlage der Implementierung in den einzelnen Ländern machen zu wollen.

Kompetenzcurricula, Schulevaluation, Schulautonomie und Profilbildung der Einzelschule – die Elemente des Konzeptes

Die Einführung des Kompetenzbegriffs bedeutet, eine Forderung zu erheben gegenüber dem, was in der Schule gelehrt und gelernt wird. Jedes in der Schule behandelte Wissen soll sich daran messen lassen, ob eine möglichst unmittelbare Anwendbarkeit für die Lernenden daraus folgt – so, als würde sich aus der Kenntnis der chemischen Eigenschaften von Silizium *zwingend* dessen Nutzbarmachung für die Herstellung von Mikroprozessoren ableiten lassen. Die geforderte Anwendbarkeit soll keine nur besondere sein, sondern in allgemeiner Weise alle potenziellen Situationen *vorwegnehmen*, in denen ein bestimmtes Wissen in einer je spezifischen Weise gebraucht werden kann. Dieser Anspruch steckt auch in der *modernen* Rede vom Lernen des Lernens. Hier werden geradezu prophetische Kräfte verlangt. Allenfalls Theorie kann *a posteriori* zwischen den jeweils besonderen Erscheinungsformen und einem gemeinsamen Prinzip begrifflich vermitteln; doch gerade theoretisches Wissen gilt den Bildungsreformern der Gegenwart als verzichtbarer Bestandteil schulischer Bildung, als unnütze Wissenslast (»Überschulung«). An der Überzogenheit der Anforderungen lässt sich ablesen, welches Motiv ihnen zugrunde liegt: das Ideal totaler Brauchbarkeit. Dies gilt sowohl für das, was in der Schule gelehrt und gelernt wird, als auch für *diejenigen*, die sich diese Lerninhalte aneignen sollen. In dieser Weise wird das betriebswirtschaftliche Kalkül zum pädagogischen Anliegen. Aus den Unsicherheiten des Marktes ergibt sich der Anspruch an die künftigen Arbeitskräfte, sich in kürzester Zeit jeder möglichen Qualifikationsnachfrage adäquat anpassen zu können. Es ist daher – in den Augen der Bildungsreformer – ein *Mangel* des »Faktenwissens«, immer nur auf einen je besonderen Gegenstand bezogen zu sein. Daraus wird aber nicht gefolgert, dass deshalb das Faktenwissen möglichst umfangreich sein sollte – denn wer soll das bezahlen? –, sondern es soll statt dessen ein ominöses *Metawissen* erworben werden, das immer schon für alle Anwendungen taugt. Da nun aber die Reformer selbst nicht so genau wissen, worin dieses besteht bzw. an welchen Lerngegenständen und auf welche Art und Weise es erworben werden kann, soll sich durch die allgemeine Leistungskonkurrenz der Schulen ganz von selbst – d. h. unbegriffen – herstellen, was der Markt nun einmal verlangt: hoch flexible und effiziente Arbeitskräfte. Aus diesem Bildungsverständnis ergeben sich alle weiteren Elemente des in der Umsetzung befindlichen Konzepts nationaler Bildungsstandards: die Testbehörde, die den Leistungswettbewerb inszeniert, die für die Teilnahme an der Konkurrenz notwendige Schulautonomie und die Profilbildung der Einzelschule, welche Gewinner und Verlierer der Konkurrenz kennzeichnet. Bildungsstandards sind daher das Mittel, das Schulsystem nach genau den Marktprinzipien zu reorganisieren, aus denen die absurde Nachfrage nach totaler Brauchbarkeit überhaupt erst entspringt.

Die als Kompetenzen beschriebenen Bildungsstandards sind die Grundlage für die Arbeit der nationalen Testagentur, einer zentralistischen Behörde, welche die allgemein gültigen Leistungstests entwickelt, von privaten Auftragnehmern durchführen lässt, auswertet und ggf. weiterentwickelt. Für die Auswahl des Testmaterials ist die

qualifikatorische Brauchbarkeit der Schulabsolventen das eine Kriterium. Außerdem kommt es den Bildungsplanern darauf an, dass die Beherrschung des Lehrstoffs hinreichend *genau* durch die standardisierten Massentests erfasst werden kann. Der Stoff muss deshalb gut *operationalisierbar*, also *quantifizierbar* sein. Es liegt daher auf der Hand, dass nicht Wissens*zusammenhänge*, sondern in einfache Kategorien oder Schemata zerlegte Lerngegenstände – Partikularitäten – Inhalt der Testaufgaben sein werden. Alles, was sich der eindeutigen Testbarkeit entzieht, wird als Testinhalt aussortiert. Eine solche Stoffauswahl hat unmittelbare Wirkung auf den schulischen Unterricht selbst, denn ihre den Unterricht normierende Funktion erhalten Bildungsstandards *nicht* dadurch, dass die der Konstruktion von Testaufgaben zugrunde liegenden Kompetenzkataloge in der Form von Kompetenz*curricula* auch den Lehrern für ihren Unterricht vorgegeben sind. *Kompetenzcurricula* sind aufgrund ihrer Abstraktheit als didaktisch-methodische Unterrichtsorientierung kaum tauglich. Was soll ein Lehrer z. B. aus der Kompetenzbeschreibung »kann sich beinahe mühelos spontan und fließend ausdrücken« für seinen Unterricht Hilfreiches entnehmen? (Beispiel aus dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen.) Vielmehr werden vor allem bereits verwendete und deshalb zugängliche oder als Beispiele veröffentlichte Testaufgaben die Orientierung für die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts abgeben. Aus dieser Orientierung an konkreten Testaufgaben resultiert die Normierung des Unterrichts durch Bildungsstandards. Zusätzliches Unterrichtsmaterial wird eine fröhlich aufblühende Testindustrie liefern. Bereits jetzt sind CD-ROM-Sammlungen im Handel, die versprechen, bestens auf die neuen Bildungsstandards vorzubereiten. »*Teaching to the test*« ist das in anderen Staaten bereits hinreichend zu begutachtende Resultat, wenn Kontrollinstanzen wie das hierzulande gegründete Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ihre Arbeit aufnehmen. Die Kriterien für die Auswahl des Testmaterials werden deshalb ebenso zu den Kriterien für die Auswahl der Unterrichtsinhalte.

Der durch die nationale Testagentur ins Werk zu setzende schulische Leistungswettbewerb verlangt nach einer neuen Form staatlicher Trägerschaft. Denn einerseits sollen die einzelnen Schulen für die Resultate der Leistungskonkurrenz direkt verantwortlich gemacht werden *können*, und andererseits den Schulen Entscheidungen überlassen bleiben, auf deren Grundlage sie ihren Vorteil in der allgemeinen Konkurrenz suchen *müssen*. Daher wird im Zusammenhang mit der Einführung nationaler Bildungsstandards der Einzelschule mehr Autonomie gewährt. Diese Autonomie beschränkt sich jedoch darauf, dass die Schulen mit einem vorgegebenen Etat nach eigenem Duktus aber immer gemäß den Konkurrenzanforderungen verfahren dürfen. Da ist es dann auch naheliegend, wenn sich die Höhe dieses Etats nach ihrem Erfolg im Leistungswettbewerb bemisst. Würde dies nicht so sein, bestände ja die Möglichkeit der Leistungsverweigerung. Den Schulen muss es deshalb darauf ankommen, mit möglichst wenig Mitteln möglichst viel Wirkung zu erzielen. Auf diese Weise halten dann auch in den Schulen all jene Methoden der Kostensenkung und Effizienzsteigerung Einzug, die

aus anderen, nach betriebswirtschaftlicher Manier organisierten Einrichtungen hinlänglich bekannt sind. Wobei der Leistungsdruck, der dann auf die Schulen ausgeübt wird, um ein vielfaches höher ist als der Konkurrenzdruck, der z. B. auf einer privaten Kindertagesstätte liegt.

Eine Entlastung für die Schulen ergibt sich aber aus dem Umstand, dass Bildungsstandards erklärtermaßen lediglich Basisfähigkeiten festlegen und überprüfen. Das heißt aber auch: Je weniger gestalterische Möglichkeiten eine Schule aufgrund ihres knappen Etats hat, desto stärker wird sie ihren Unterricht auf die Erfüllung der Standards konzentrieren müssen. Dies mindert wiederum ihre Attraktivität in der Konkurrenz um die besten Lehrer, Schüler und Eltern. Gerade Eltern, die wollen, dass aus ihrem Nachwuchs »etwas wird«, werden sich nach Schulen umsehen, die zusätzliche Unterrichtsangebote machen können. Denn für den Erfolg an weiterführenden Bildungseinrichtungen sind Kenntnisse unabdingbar, die über die Standards hinausgehen. Solche Zusatzangebote kennzeichnen dann die Gewinner des auf Basisfähigkeiten bezogenen Leistungswettbewerbs (bedeuten aber für die Schüler einen zusätzlichen Leistungsdruck).

Eine solche Entwicklung ist in der Konzeption nationaler Bildungsstandards unter dem Stichwort »Profilbildung der Einzelschule« explizit vorgesehen. Etatzuwächse, die sich aus dem Konkurrenzserfolg ergeben, werden dann natürlich genau in diese Profilbildung investiert, um die Attraktivität der Schule weiter zu steigern. So nimmt der Abstand zwischen den Angeboten der Schulen *zu* statt *ab*. Eine intendierte Trennung in Massen- und Eliteschulen, wie bereits aus der hochschulpolitischen Diskussion bekannt, zeichnet sich daher ab. Außerdem: Auf welcher Grundlage wird sich denn diese Trennung vollziehen? Natürlich auf keiner anderen als der durch PISA konstatierten. Die Schulen, an denen sich mehrheitlich jene Schüler befinden, welche von Hause aus über die besseren Leistungsvoraussetzungen verfügen, werden gerade dadurch in eindeutiger Weise zu Eliteschulen aufsteigen.

Wenn die Fraktion der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag daher mit ihrem 100-Tage-Programm für die »Sicherung gleicher Qualitätsstandards« im Bildungsbereich eintritt, wird damit impliziert, dass sie die von der Kultusministerkonferenz (KMK) gebilligte Konzeption der auf dem Kompetenzbegriff aufbauenden Standards samt Qualitätskontrolle und Leistungswettbewerb akzeptiert, obwohl die Analyse dieser Konzeption zeigt, dass die formale Gleichbehandlung der Schüler bei immer schon bestehenden ungleichen Ausgangsbedingungen wiederum nur ungleiche Lernresultate hervorbringen kann. Durch die Einführung von Bildungsstandards wird deshalb keine Qualität »gesichert«, sondern eben nur der *gleiche* Maßstab an die *unterschiedlichen* Leistungen der Schüler einer Klasse, einer Schule, eines Bundeslandes oder der Bundesrepublik insgesamt gelegt. Die gegenwärtig verlangte Leistungssteigerung in den Schulen soll allein durch den ökonomisch vermittelten Konkurrenzdruck erreicht werden, der Gewinner hervorbringt, die ihre schulischen Gestaltungsmöglichkeiten immer zu Lasten der Verlierer erlangen – das ist der Sinn und Zweck der Konkurrenz.

*Kritik des schulischen Leistungsprinzips –
Voraussetzung für eine emanzipatorische Bildungspolitik*

Dass die formale Gleichbehandlung der Schüler als Problem erkannt wird, zeigt die Forderung nach individueller Förderung. Diese Forderung ist aber häufig durch eine merkwürdige Inkonsequenz gekennzeichnet. So moniert z. B. die Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft (GEW) *zum einen* die durch die Veröffentlichung der neuesten PISA-Befunde wiederholt belegte Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Schulerfolg sowie die frühe Leistungsauslese im deutschen Schulsystem, verlangt die Einführung eines *integrativen* Systems, möchte aber *zum anderen* mehr Ganztagsangebote und frühkindliche Bildung, folgert also aus den PISA-Ergebnissen, benachteiligte Kinder müssten eben schon im Vorschulalter und, wenn sie später in der Schule sind, auch am Nachmittag unter fachkundiger Anleitung fleißig lernen.² Es wird impliziert, die normale schulische Lernzeit hätte trotz aller Bemühungen *im* Unterricht einfach nicht ausgereicht. Dadurch gerät aus dem Blick, was der eigentliche, durch PISA offenbarte Skandal im Schulsystem ist. Nach neun oder zehn Jahren verlassen ca. 25 % der Schüler eines Jahrgangs die Schule als funktionale Analphabeten. Da drängt sich doch zuerst einmal die Frage auf, was denn in den Schulen vorgeht, wenn Schüler dort nicht einmal in *neun* Jahren solide Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erwerben. Keine noch so prekären familiären Verhältnisse können *dafür* der Grund sein. Es muss deshalb schon am Funktionsprinzip der Schule selbst liegen, wenn nicht einmal der Erwerb der grundlegenden Kulturtechniken für alle garantiert ist. Solange die Schule dem Zweck dient, durch das Lernen für Noten unter dem Diktat der Zeit Unterschiede an Schülern herzustellen, der staatliche Schulträger von den Lehrern verlangt, eine Leistungshierarchie zu erzeugen, wird eben nicht so lange gelernt, bis alle den jeweiligen Lerngegenstand auch begriffen haben. Die Ignoranz gegenüber der Inhumanität eines solchen Schulbetriebs zeigt sich, wenn jene von der Schule hervorgebrachten Analphabeten z. B. von den PISA-Forschern schlicht als »Risikopersonen« klassifiziert werden – die Pädagogik begibt sich auf den Polizeistandpunkt. Demnach soll das Problem eben nicht darin bestehen, dass junge Menschen kaum über geeignete Kenntnisse verfügen, um selbständig urteilen und daher handeln zu können, sondern das Problem ist erst die Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung durch diese Verlierer der schulischen Leistungskonkurrenz. Daher muss eine emanzipatorische Bildungspolitik von der Kritik des Leistungsprinzips ausgehen. Nicht Bildungsstandards, sondern die Veränderung von Schulstruktur und Notensystem sind die daraus folgende praktische Konsequenz, Gemeinschaftsschulen mit *möglichst spät* einsetzender Zensurenvergabe das geeignete Reformprojekt.

2 Vgl. die GEW-Pressemitteilung »Bildungsgewerkschaft macht sich für Förderprogramme stark – Reaktion auf PISA-Veröffentlichung der dpa« vom 31. 10. 2005.

HEIKO LANGNER

Kapitalistische Moderne – moderner Kapitalismus?

Zur Grundsatzdebatte in der Linkspartei.PDS

Wenn Linkspartei.PDS und WASG den Prozess ihrer Fusion zu einer neuen linken Partei vorantreiben wollen, gehört dazu selbstverständlich eine Debatte von Grundsatzfragen. Im Folgenden wird versucht, eine dieser Grundsatzfragen in Bezug auf die Linkspartei.PDS zu diskutieren: nämlich die nach der gesellschaftlichen Reichweite des politischen Gestaltungsanspruchs der Partei. Diese Frage ist im Grunde eine »Gretchenfrage«, deren Beantwortung über den parteipolitischen Charakter einer neuen Linksformation durchaus mitentscheiden kann. Das Gespenst der »Sozialdemokratisierung« gehört dabei zur Geschichte des PDS-Fusionsteils dieser künftigen Linkskraft genauso wie dessen gleichzeitige Angst vor einem Rückfall in altkommunistische Ideologienpolitik. In mehreren Programmdebatten von 1989/90 bis 2003 wurde dieses Spannungsfeld in einer politik- und philosophietheoretischen Kontroverse sichtbar, die sich um die Frage rankte, wie das gegenwärtige Gesellschaftssystem primär zu beurteilen ist: als eine kapitalistische Moderne oder aber als ein moderner Kapitalismus?

Diese Auseinandersetzung bildete allerdings nicht den Gegenstand eines von der Realität abgehobenen Gelehrtenstreits, sondern beinhaltet nach wie vor grundlegende Konsequenzen für die zu praktizierende Politik und anzuwendende politische Strategie.

Ich werde versuchen, eine verständliche Zusammenfassung der inhaltlichen Positionen zu dieser Frage zu präsentieren, die ich aus der Analyse des Programmmaterials, aber auch durch meine persönlichen Interviews mit den jeweiligen Hauptakteuren gewonnen habe. Wenden wir uns zunächst den Modernevertretern zu.

Kapitalistische Moderne und moderne Sozialisten

Hierbei handelt es sich um diejenigen Vertreter, die noch gegen Ende des bankrotten DDR-Sozialismus den Versuch unternahmen, die philosophischen Grundlagen eines zeitgemäßen, modernen Sozialismus auszuarbeiten und die als intellektuell gewiefte Reformstrategen der Partei gelten: allen voran Dieter Klein und die Brüder André und Michael Brie.

Die Grundkonzeption ist dabei folgende:

Das erwähnte Reformertrio geht davon aus, dass das gegenwärtige Gesellschaftssystem primär eine Moderne ist, in der derzeit zwar kapitalistische Machtstrukturen dominieren, die aber zugleich auch entwicklungs offene Potenziale besitzt, die für gesellschaftliche Emanzipationszwecke genutzt werden könnten. Letztere bestünden vor allem im ausgleichenden Sozialstaat, dem unabhängigen Rechtsstaat, der parla-

Heiko Langner – Jg. 1971;
Politikwissenschaftler;
wiss. Mitarbeiter des
Bundestagsabgeordneten
Dr. Hakki Keskin,
Fraktion DIE LINKE.
Der vorliegende Beitrag
stützt sich auf eine
Diplomarbeit zur program-
matischen Entwicklung der
PDS im Spannungsfeld von
Realpolitik und Ideologie.

mentarischen Demokratie und in der innovationsfreundlichen, sozialen Marktwirtschaft. Im Kern wird die Auffassung vertreten, dass durch den großzügigen emanzipatorischen Ausbau dieser genannten Basisinstitutionen der gegenwärtige kapitalistische Charakter der Moderne überwunden werden kann. Im Bereich der Wirtschaft wird hierfür eine Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt über das private Kapitaleigentum empfohlen, mit der die privaten Kapitalverwertungsinteressen sozial nützlichen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen. Dies erfordert politikstrategisch vor allem das Schmieden eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das durch ein parteipolitisches Koalitionsbündnis flankiert wird, welches sich die Erringung der kulturellen Hegemonie auf die Fahnen schreibt. Damit soll eine demokratische gesellschaftliche Mehrheit für einen sozialistischen Entwicklungspfad neuer sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit gewonnen werden.¹

Zusammenfassend geht es also um die Entwicklung einer sozialistischen Moderne auf Basis einer zivilgesellschaftlich legitimierten Reformpolitik gegenüber den staatlichen Institutionen und der Wirtschaft.

Aus meiner Sicht ist Folgendes anzumerken:

Zunächst ist die Verwendung des Modernebegriffs in den Sozialwissenschaften skeptisch zu bewerten, denn im Grunde wird damit eigentlich ein bestimmtes Genre in der bürgerlichen Kunst bezeichnet. Eine interdisziplinäre Begriffsverwendung birgt zumindest die Gefahr wissenschaftlicher Unschärfe in sich. Dieses Problem sollte aber für eine Ablehnung der Konzeption nicht ausschlaggebend sein.

Kritischer zu beurteilen ist aus meiner Sicht die offensichtliche Zurückhaltung der Modernevertreter, sowohl die gegenwärtige kapitalistische wie die künftige sozialistische Moderne als ein Gesellschaftssystem zu interpretieren. Sozialismus wird vorrangig als Wert, Bewegung und Ziel verstanden, aber eben nicht als ein neues System gesellschaftlicher Organisation definiert. Augenscheinlich wirkt hier noch eine Abneigung gegen die frühere marxistisch-leninistische »Sozialismusmodellmanie« nach, die zwar verständlich, aus systemtheoretischer Sicht aber nicht gerechtfertigt ist. Denn hinsichtlich einer Minimaldefinition besteht jedes System aus Akteuren und Strukturen, die in wechselseitiger Beziehung aufeinander einwirken.² So existieren denn auch in der gegenwärtigen Gesellschaft eine Vielzahl von Akteuren wie einzelne Bürger oder kollektive Gruppen wie Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, die beispielsweise in spezifische Kapitalverwertungs- bzw. Machtstrukturen eingebunden sind. Damit sind aber die Voraussetzungen für eine Verwendung des Systembegriffs bereits hinlänglich erfüllt.

Ebenso bedarf die philosophietheoretische Ableitung der Modernekonzeption einer gesonderten Erwähnung. Das Konzept der PDS-Reformstrategen ist vom gegenwärtigen gesellschaftstheoretischen Fachdiskurs eindeutig getragen und inspiriert worden und liegt damit dicht am Puls der Zeit. Nur ist eben dieser Zeitgeist selbst in seiner kritischen Variation bisweilen zwar durchaus kapitalismuskritisch, aber nicht unbedingt gleichzeitig auch sozialismusfreundlich. Insbesondere die in das Modernekonzept offenkundig eingeflossenen systemtheoretischen Überlegungen von Anthony Giddens finden meine Kritik. Giddens gelangte vor einiger Zeit zu der grandiosen Eingebung, dass der

1 Vgl. Michael Brie, Dieter Klein: *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin 1993, sowie André Brie, Michael Brie u. a.: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*, Berlin 1997.

2 Vgl. Oskar Niedermayer: *Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen*, in: Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*, Frankfurt a. M. 1996, S. 20.

3 Vgl. Anthony Giddens: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a. M. 1997, S. 27.

untergegangene, real existierende Staatssozialismus und der ebenfalls vergangene fordistische Wohlfahrtskapitalismus zwei Seiten der gleichen Medaille seien: nämlich die einer bürokratischen Staatswirtschaft sozialistischer(!) Prägung.³ Der historisch gut informierte Leser und erinnerungsfreudige Politikveteran stellt sich sofort die berechtigte Frage, worauf eigentlich der nach 1945 so erbittert geführte Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus dann noch hätte beruhen können?

Giddens erweckt dagegen den Eindruck, als wäre quasi auf evolutionärem Wege eine friedvolle Systemfusion von Kapitalismus und Sozialismus unter staatsbürokratischen Vorzeichen real eingetreten – und offenbart dabei doch nur seine persönliche Absicht, sich als ideologischer Wegbereiter eines neu entdeckten, intrakapitalistischen »Dritten Weges« profilieren zu wollen, der die Marschroute für Europas »moderne« Sozialdemokraten à la Blair und Schröder abstecken sollte. Wohl gemerkt, die uns nur allzu gut bekannte soziale Negativbilanz natürlich inklusive.

Ein derartiges, wenngleich gemäßigt neoliberales Konzept wirkt in einer modernen Sozialismustheorie wie ein kapitalistischer Trojaner. Ernsthaftes theoriekonzeptionelle Probleme werden somit nicht lange auf sich warten lassen.

In diversen Programmentwürfen und -papieren des Reformerslagers sollte offenbar die Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt über das private Kapitaleigentum mit der freien Selbstentwicklung aller Gesellschaftsmitglieder, also auch der Unternehmer, vereinbar sein. Die Programmarbeit politischer Parteien soll nun aber nicht ausschließlich wünschenswerte Ziele formulieren, sondern möglichst auch einen konkreten Weg zur Verwirklichung selbiger aufzeigen. Die Frage, wie die eingeforderte Anerkennung von betriebswirtschaftlichen Gewinninteressen mit der Überwindung der sozial negativen Profitdominanz in der konkreten Politikpraxis in Übereinklang gebracht werden soll, ließen die Reformstrategen in für mich unbefriedigender Weise im Dunkeln.⁴

4 Vgl. Beiträge und Informationen zur Programmdebatte, Nr. 3/2001, S. 9.

Dabei begrüße ich die inhaltliche Grundphilosophie des Reformerskonzepts ausdrücklich: die soziale Wiedereinbettung des privaten Kapitaleigentums durch Stärkung der öffentlichen Verfügungsgewalt und Bildung neuer, gemischter Eigentumsformen erreichen zu wollen, scheint mir durchaus geeignet zu sein, um die Dominanz privater Kapitalverwertungsinteressen zu überwinden, ohne dass diese zugleich an sich abgeschafft werden müssten. Die realpolitische Umsetzung dieser Zielstellung blieb allerdings ziemlich kryptisch und wird mit dem oben skizzierten Denkansatz wohl auch nicht gelingen.

Entscheidend bleibt vielmehr, ob und inwieweit konkrete Möglichkeiten zur realistischen Umsetzung einer Utopie vorhanden sind bzw. gesellschaftlich entwickelt werden können.

Welche Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit fielen dagegen den Marxisten in der PDS ein?

Moderner Kapitalismus und traditionsbewusste Marxisten

Natürlich hängt es vom individuellen Selbstverständnis des Einzelnen ab, ob er/sie sich als Marxist/in definiert. Zugleich existieren aber in der PDS einige Gruppierungen, für die das Marxismuserbe bekanntermaßen eine konstitutive Bedeutung besitzt. Konkret handelt es sich dabei um das Marxistische Forum und um die Kommunistische Plattform

(KPF), zwischen denen eine gewisse Arbeitsteilung besteht. Das Mitte der 90er Jahre entstandene Marxistische Forum widmet sich vorrangig der wissenschaftstheoretischen Weiterentwicklung des Marxismus. Bei der KPF scheint dagegen ein stärkeres Interesse an einer eher aktionsistischen Praxisarbeit zu bestehen, wenngleich damit die Gefahr der Vernachlässigung einer eigenen, intellektuell anspruchsvollen Theoriearbeit nicht von der Hand zu weisen ist. Ein Grundproblem beider Gruppierungen, das stets auch die Programmdebatten überzeichnete, bildete die ernstzunehmende Frage, welches Maß von parlamentarischer Mitwirkung mit der Kapitalismusablehnung einer sozialistischen Partei verträglich ist.

Bei ihrer wohl durchdachten systemtheoretischen Analyse interpretieren die Marxisten das gegenwärtige Gesellschaftssystem erwartungsgemäß als einen modernen Kapitalismus, in dem die parlamentarische Demokratie einen zentralen Integrationsmechanismus bildet. Die Aufgabe dieser parlamentarischen Demokratie besteht demnach vornehmlich darin, eigentlich gegensätzliche Klasseninteressen systemkompatibel zu synthetisieren.⁵ Die Marxisten liegen damit durchaus richtig, die gesellschaftliche Systemintegration ist tatsächlich eine wichtige Funktion der Demokratie, aber beileibe nicht ihre einzige. Daher teile ich auch nicht ihren Pessimismus hinsichtlich der parlamentarischen Gestaltungsmöglichkeiten einer sozialistischen Partei. Die Traditionsmarxisten gelangen nämlich zu der Schlussfolgerung, dass unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen etwaige Regierungsbeteiligungen der PDS unweigerlich ein Nachgeben des Systemanpassungsdrucks nach sich ziehen würden.⁶ Wie die Entwicklung der Grünen illustriert, ist die beschriebene Gefahr zwar nicht unrealistisch, unterschätzt wird allerdings das vorhandene demokratieeigene Entwicklungspotenzial. Ebenso leuchtet nicht ein, weshalb eine regierungswillige PDS resp. neue Linksförderung systemstrukturell gezwungen sein sollte, bei Koalitionsverhandlungen stets von vornherein auf die Einbringung ihrer politischen Inhalte verzichten zu müssen. Ob und inwieweit eigene Positionen in Koalitionen durchsetzbar sind, steht auf einem anderen Blatt. Demgegenüber bliebe für den Fall eines prinzipiellen Verzichts auf Übernahme von Regierungsverantwortung entscheidendes politisches Gestaltungspotenzial ungenutzt. Außerdem würde dadurch die geradezu ketzerische Frage provoziert, wie denn eine alternative Regierungsform aussehen könnte, die gleichzeitig auch noch demokratischen Kriterien genügt?

Die Ausweitung des einstmaligen engen Proletariatsbegriffs von der traditionellen Industriearbeiterschaft auf die Gesamtheit aller lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten ist dagegen sachlich völlig gerechtfertigt sowie strategisch geschickt, um die Erfolgsaussichten bei der Stimmenmaximierung im Arbeitnehmerlager zu erhöhen.⁷

Dennoch habe ich den Eindruck, dass den Traditionsmarxisten gelegentliche methodische Fehler unterliefen, indem sie ihre objektive Faktorenanalyse in ein vorgefertigtes ideologisches Schema pressten, was dann zu bezeichnenden ideologischen Rohrkrepierern führte.

Völlig überrascht war ich beispielsweise über ihren beträchtlichen Fortschrittspessimismus, der vor allem während der letzten Programmdebatte zutage trat. So wurden speziell im separaten Minderheitenvotum zum ersten Programmwurf die Entwicklungstendenzen im Be-

5 Vgl. Marxistisches Forum (Hrsg.): Quo vadis PDS?, Heft 5, Schkeuditz 1996, S. 13 f.

6 Vgl. Marxistisches Forum (Hrsg.): Zur Programmdebatte der PDS. Positionen – Probleme – Polemik, Heft 32/33, Berlin 2000, S. 15.

7 Vgl. Kommunistische Plattform (Hrsg.): Wir stellen uns vor – Warum sind KommunistInnen in der PDS, Berlin 1994, S. 10.

8 Im Unterschied zum reformerdominierten Mehrheitsentwurf heißt es in dem besagten Minderheitenvotum: »Für uns (d. h. für die »Marxisten« – H. L.) sollten *traditionelle* Informationstechniken weiterhin eine große Bedeutung haben.« Schon einige Passagen zuvor meinten die Marxisten, ohne dies irgendwie wissenschaftlich zu belegen, dass »das Suchtphänomen einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Internetnutzern (...) zumindest auch Ausdruck von Entfremdung, von Fehlen zwischenmenschlicher Beziehungen (ist).« Vgl. Pres-sidedienst der PDS Nr. 47/99, S. 46 f.

Selbst wenn dies zuträfe, wäre jedenfalls nicht das Internetmedium, sondern die beschriebene Art von Entfremdung das eigentlich anzupackende Problem. Anderenfalls hätten schon Fernseher, Radios oder Computer niemals kommerziell vermarktet werden dürfen. Den Ausschlag gibt nicht die jeweilige technologische Innovation, sondern, ob möglichst alle Gesellschaftsmitglieder an dieser partizipieren können, was nichts anderes als eine originäre politische Gestaltungsaufgabe ist.

9 Vgl. Beiträge und Informationen zur Programmdebatte, Nr. 2/2001, S. 15.

reich der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien deutlich überzogen skeptisch beurteilt und ihnen rein persönlich vermittelte Kommunikationsformen gegenübergestellt.⁸ Obschon ich gegen Letztere überhaupt nichts einzuwenden habe, ist die erfolgte Herabwürdigung des Internetmediums im digitalen Informationszeitalter aus meiner Sicht ziemlich weltfremd und zudem mit dem revolutionären Marxismuserbe, das die angesprochenen Gruppierungen ebenfalls gern für sich reklamieren, keinesfalls zusammenzubringen. Denn kein geringerer als der sow-jetrussische Revolutionsführer Lenin hatte schon frühzeitig den Kommunismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung und gerade eben nicht als Sowjetmacht minus Elektrifizierung charakterisiert. Hinsichtlich ihres Verständnisses vom wissenschaftlich-technologischen Fortschritt fallen die Traditionsmarxisten also weit hinter Lenin zurück, so dass sich in diesem konkreten Punkt ein reaktionäres, feudaloïdes Sozialismusverständnis auszubilden droht. Gemessen an den ideologischen Ansprüchen des Marxismus würde anstelle dieser selbst auferlegten Fortschrittskepsis vielmehr das Ziel einer politischen Steuerung und sozialverträglichen Gestaltung der technologischen Dynamik zu verfolgen sein.

Bei der nicht zuletzt auch emotional erbittert geführten Kontroverse um die künftige Programmatik in der Eigentumsfrage traten die Marxisten hingegen wieder deutlich theoriefester auf, wengleich sich am Ende im neuen Grundsatzprogramm die Modernerevertreter durchsetzten. Der Primus des Marxistischen Forums, Uwe-Jens Heuer, wies nachdrücklich darauf hin, dass sich eine eventuell angestrebte Aufhebung des Privateigentums ohne eine Machteinschränkung derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die von dem jetzigen kapitalistischen System am meisten profitieren, nicht realisieren lässt.⁹ Dabei handelt es sich um das schon weiter oben angesprochene Grundproblem, wie die beabsichtigte Einschränkung dominierender privater Kapitalverwertungsinteressen mit der freien Entwicklung aller Gesellschaftsmitglieder in Übereinklang gebracht werden kann.

Demokratisch-sozialistische Partei oder linke Sozialstaatspartei?

Worin besteht der Gebrauchswert der PDS-Programmdebatten für die geplante neue gesamtdeutsche Linkspartei?

Programmdebatten zu politischen Grundsatzfragen dienen in erster Linie der eigenen Identitätsfindung, tragen aber auch zur Legitimierung der eigenen praktischen Politik gegenüber den Bürgern bei.

Eines scheint sich bei der künftigen, neuen Linksinformation bereits jetzt schon abzuzeichnen: sie wird eine ziemlich »bunte Truppe« sein. Strategieorientierte Reformsozialisten, hauptberufliche Politikpragmatiker, fortschrittsorientierte Offensivsozialisten, Traditionsmarxisten und Kommunisten, linke Sozialdemokraten, wertkonservative Sozialstaatsnostalgiker, womöglich auch einige Trotzlisten etc. werden dieser Parteiformation eine unnachahmliche pluralistische Prägung sui generis verleihen. So sehr einerseits dieser Pluralismus zu begrüßen ist, weil er der strategischen Bündelung linker Kräfte in Deutschland dient, umso schwieriger wird womöglich ein belastbarer innerparteilicher Konsens über die neue Grundsatzprogrammatik zu erzielen sein.

Der PDS-Fusionsteil verfügt hierbei über einen beträchtlichen Erfahrungsschatz, der der jungen WASG verständlicherweise noch

fehlt, selbst wenn etliche ihrer Mitglieder früher anderen Parteien angehörten.

Das eigentliche Problem ist aber ein anderes: Trotz diverser emotionaler Eskalationen ging es in den PDS-Programmkontroversen im Kern immer »nur« um den zur Anwendung bestimmten Modus operandi einer über den kapitalistischen Systemrahmen hinausreichenden gesellschaftlichen Perspektive; das eigentliche Bestimmungsziel einer sozialistischen Gesellschaft wurde im Grunde nie ernsthaft zur Disposition gestellt (auch wenn dies gelegentlich von traditionsmarxistischer Seite behauptet wurde). In einer aus PDS und WASG fusionierten Linkspartei ist dagegen eine generelle Auseinandersetzung darüber zu erwarten, ob die gesellschaftliche Reichweite der zu formulierenden Politik über den Kapitalismus überhaupt noch hinausführen soll – oder ob als politisches Ziel statt dessen schon seine sozialstaatliche Zählung ausreicht? Diese Frage markiert aus meiner Sicht auch nach wie vor den eigentlichen Unterschied im Politikverständnis zwischen einer sozialistischen und einer sozialdemokratischen Partei. Werden die bestehenden Kapitalverwertungsstrukturen in die politischen Gestaltungsziele explizit mit einbezogen – oder soll bloß deren soziale Negativbilanz im Nachhinein politisch korrigiert werden?

Eine moderne sozialistische Partei sollte in der Lage sein, diese Frage dadurch zu lösen, indem sie das Eine mit dem Anderen verbindet. Eine sozialdemokratische Partei wird sich dagegen im Wesentlichen wohl mit Letzterem begnügen.

Im Fall einer Einbeziehung der Kapitalverwertungsstrukturen in die politischen Reformbemühungen wird es sich meiner Meinung nach nicht vermeiden lassen, dass der gesellschaftliche Aktionsradius profitmaximierender Unternehmer zumindest begrenzt wird. Aus diesem Grund handelt es sich um eine Entscheidung von enormer Tragweite, die unbedingt einer demokratischen Legitimierung bedarf. Dies sollte im weiter zu führenden innerparteilichen Programmdiskurs zu diesem Thema stärker berücksichtigt und offen angesprochen werden. Eine Zurückdrängung von sozial dominierenden privaten Kapitalverwertungsinteressen muss für den betroffenen Personenkreis aber nicht per se das Ende ihrer Wirtschaftstätigkeit bedeuten. Rückläufige privatunternehmerische Maximalprofite könnten durch zwar niedrigere, dafür aber womöglich kontinuierlichere und leistungsbezogenere Einkommen sowie durch anderweitige, immaterielle Zugewinne in der persönlichen Lebensqualität ersetzt werden. Zudem ist in einer materiell halbwegs befriedeten Gesellschaft mit deutlich geringeren Ausgaben für die öffentliche Sicherheit zu rechnen, was sich ebenfalls vorteilhaft auswirken würde und ziemlich genau beziffern ließe.

Wofür sich die neue Linkskraft am Ende auch programmatisch entscheiden wird, die Notwendigkeit einer Alternative zu einem global entfesselten, marktradikalen Kapitalismus steht unmittelbar auf der Politikagenda aller sozial fortschrittlichen Kräfte. Eine solide und gerechte Antwort kann (und sollte vielleicht auch?) im 21. Jahrhundert durchaus in einer demokratisch-sozialistischen Systemperspektive bestehen.

GESINE LÖTZSCH

Aschermittwoch 2006

Erste Vorbemerkung

Ich will hier eine Karnevalsrede halten. Das verwundert Sie vielleicht, ist doch der Karneval am Aschermittwoch vorbei. Jetzt müsste die Politik das Zepter wieder übernehmen. Doch wenn hier der Karneval aufhört, dann fängt er in Berlin erst richtig an. Lassen Sie mich also über das närrische Treiben in Berlin berichten, das nicht erst mit der rot-schwarzen Regierung begonnen hat, sondern schon unter Rot-Grün heftig tobte.

Zweite Vorbemerkung

Da die Linkspartei in Bayern vom Verfassungsschutz intensiv beobachtet wird, bin ich mir ziemlich sicher, dass hier ein Kollege vom bayerischen Verfassungsschutz anwesend ist. Es sei denn – und darüber bin ich jetzt nicht informiert –, die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wurden bereits von der Gewerkschaft ver.di aufgefordert, den Streik im Öffentlichen Dienst zu unterstützen. Das würde ich natürlich begrüßen. Auch die Verfassungsschützer sollen ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen können. Als Schützer der Verfassung sollten sie das Verfassungsrecht auf Streik besonders ernst nehmen. Wenn also trotz Streiks ein Kollege anwesend sein sollte, weil er ein bisschen Spaß haben will, braucht er die Rede jetzt nicht mitzuschreiben, sondern kann sich entspannt zurücklehnen. Die Rede steht bereits auf meiner Internetseite:
www.gesine-loetzsch.de.

Dritte Vorbemerkung

Ich kann hier den Anwesenden versichern, dass die Rede wirklich jungfräulich ist. Sie ist in den lärmenden Werkstätten der Linkspartei geschaffen worden und wurde nicht von irgendeiner Internetseite abgeschrieben. Bei Friedrich Merz hatte ich schon immer den Eindruck, dass das so ein Musterschüler ist, der aber immer heimlich vom Nachbarn abgeschrieben hat. Ich glaube, die Idee mit dem Bierdeckel hat er auch nur geklaut. Vielleicht war es ja der Bierdeckel von dem Professor aus Heidelberg, und er hat ihn unter dem Bierglas weggezogen, wer weiß?

Soweit meine Vorbemerkungen für das Protokoll. Übrigens wurde ich an der Grenze zu Bayern von der Polizei ausgefragt. Ich sollte einen Fragebogen ausfüllen. Nach stundenlanger Diskussion konnte ich mich überzeugend verständlich machen, dass ich gar nicht in

Gesine Löttsch – Jg. 1961, Dr. phil., Studium und Promotion am Bereich Germanistik der Humboldt-Universität zu Berlin; Wahl in die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990; 1991 bis 2002 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses; seit 2002 Mitglied des Bundestages, seit 2005 stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE; www.gesine-loetzsch.de; zuletzt in UTOPIE kreativ: Zukunft konkreter Politik, Heft 170 (Dezember 2004).

Aschermittwochrede in Ingolstadt am 28. Februar 2006. – UTOPIE kreativ hat von Gesine Löttsch schon einmal eine Aschermittwochrede abgedruckt: Alpträume? Rede zum Politischen Aschermittwoch 1993 im Haus am Köllnischen Park (Berlin), Heft 27/28 (Januar/Februar 1993).

Bayern eingebürgert werden will. Daraufhin bekam ich nur eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis für Ingolstadt und dies noch unter der Auflage, dass ich morgen früh wieder abreise und keine verbotenen Schriften hinterlasse. Erst dann wurde mir die Weiterreise gestattet.

Jetzt geht es wirklich los!

Es gab Zeiten, da gab es noch wirklich Alternativen! 1976 ging die CDU/CSU mit dem Ruf: »Freiheit statt Sozialismus« in den Wahlkampf und gewann mit 48,6 Prozent die Bundestagswahl. Zur Bundestagswahl 2005 schafften CDU/CSU nur noch 35,2 Prozent. Das sind 13,4 Prozentpunkte weniger als 1976. Sie sehen, kaum verzichtet man auf das Wort Sozialismus in seiner Wahlkampflosung, wird man in Deutschland nicht mehr gewählt. Das hat Frau Merkel natürlich erkannt, auch wenn sie bis heute eine Diskussion über die Gründe ihrer Wahlniederlage erfolgreich verhindert hat. Doch ich frage mich wirklich, warum solche erfolgreichen Wahlkampflosungen wie »Freiheit statt Sozialismus« einfach der Vergessenheit anheim fallen?

Vielleicht liegt es daran, dass Frau Merkel damals einfach kein Westfernsehen geschaut hatte, sondern noch FDJ-Nachmittage auf der Insel Rügen organisierte.

Eine andere Erklärung wäre: Es gibt diese Alternative einfach nicht mehr – »Freiheit statt Sozialismus«. Sie macht einfach keinen Sinn mehr, weil es keine Freiheit mehr gibt und der Staatssozialismus auf der ganzen Linie gesiegt hat, auch in Bayern. Der Einzige, der die Freiheit in der Bundesrepublik mit Händen und Füßen verteidigt, ist Euer Ministerpräsident, der Herr Edmund Stoiber. Er ist der letzte Kämpfer für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik. Also ein Freiheitskämpfer. Allerdings habe ich schon lange nichts mehr von ihm gehört. Bayerische Mitglieder des Bundestages haben mir im Vertrauen mitgeteilt, dass die Tatsache, dass er in den letzten Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde, damit zusammen hängt, dass er jetzt noch schnell einen Studiengang für Filmwissenschaft belegt hat, bevor auch in Bayern die Studiengebühren eingeführt werden. Er bekommt da von seiner Dozentin immer viele Hausaufgaben auf, die er natürlich sehr gründlich erledigen will. Deshalb hat er jetzt alle Pressekonferenzen abgesagt und sich zurückgezogen. Er hat sich tagelang in der Staatskanzlei ganz allein Filme angeschaut. Unter anderem hat er Filme von unseren amerikanischen Freunden gesehen: Rambo I, II und III mit Sylvester Stallone. In Rambo III, aus dem Jahr 1988, soll der Held die Freiheitskämpfer, die Taliban, die heute nicht mehr Freiheitskämpfer heißen, sondern Terroristen, in Afghanistan gegen die Russen unterstützen. Ein großartiger Film, er kam sogar in das Guinness-Buch der Rekorde. Sie fragen sich, warum? Er ist der brutalste Film der Geschichte! Es werden in dem Film 221 Gewalttaten begangen und 108 Menschen getötet. Das ist schon eine Leistung. Von der Filmbewertungsstelle in Wiesbaden (FBW) bekam Rambo III das Prädikat »wertvoll«. Dieses Prädikat wurde dem Film nach heftigen Protesten wieder aberkannt. Ich weiß allerdings nicht, ob der Herr Stoiber damals gegen die Vergabe des Prädikats »wertvoll« protestiert hatte. Ich weiß nur, dass er offensichtlich das erste Mal in seinem Leben einen türkischen Film – »Tal der Wölfe« – gesehen hat, der nach

dem Rambo-Strickmuster gedreht wurde. Diesen Film bezeichnete er als rassistischen Hassfilm und forderte seine Absetzung. Recht hat er. »Was der Jupiter darf, darf der Ochs noch lange nicht«, sagte mein Großvater immer.

Aber zurück zu der Erfolgsformel »Freiheit statt Sozialismus«. Diese Losung hat die FDP zur letzten Bundestagswahl wieder aktiviert und damit großen Erfolg gehabt. Herr Westerwelle hat auf diese Weise fast 10 Prozent der Wählerstimmen eingefahren. Das hat die FDP seit 1990 nicht mehr geschafft. Er kämpft auch gegen die Wiederkehr des Staatssozialismus. Am liebsten würde er den Staat ganz abschaffen. Er sagte es aber noch nicht so deutlich. Er spricht lieber von Privatisierung staatlicher Aufgaben und einer zu hohen Verschuldung des Staates. Wenn er das Wort Nettoneuverschuldung hört, dann dreht sich bei ihm der Magen um, dann ist bei ihm Gefahr im Verzug. Für ihn ist Nettoneuverschuldung genauso eine Sünde wie der voreheliche Geschlechtsverkehr im 19. Jahrhundert.

Ja, der Sozialismus ist auf dem Vormarsch, und das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird der Einzug des Sozialismus von den Bundesbürgern freudig begrüßt. Aus der Kaderreserve der DDR wurden die Besten ins Rennen geschickt. Nein, nicht Herr Gysi – Frau Merkel und Herr Platzeck wurden aktiviert. Die beiden Kinder der DDR haben unbemerkt die beiden großen Volksparteien übernommen und Frau Merkel sogar das Bundeskanzleramt. Gysi und auch Lafontaine sind bekanntlich nur die fünfte Kolonne Moskaus.

Die alte untergegangene DDR schaut schon wieder aus allen Ecken unseres Landes hervor. Nehmen wir die Olympischen Winterspiele. Nach der Tabellenwertung ist die Bundesrepublik auf Platz eins. Die NVA- und SED-Sportler der alten DDR haben das Rennen entschieden und keiner protestiert, nicht einmal die ehemaligen Bürgerrechtler, wie Frau Birthler oder Herr Thierse. Ach nein, Herr Thierse war ja nicht Bürgerrechtler, der hat ja in der Akademie der Wissenschaften 10 Jahre heimlich gegen das Regime gekämpft und hat deshalb seine Doktorarbeit nicht fertig bekommen.

Aber wenn die Bürgerrechtler sich nicht zu Worte melden, hätte ich doch ein Statement von Frau Merkel erwartet. Sollten wir nicht auf diesen ersten Platz verzichten? Sollten wir nicht alle Medaillen der SED-NVA-Ostsportler zurückgeben? Diese Leistungen sind unter Zwang und massivem Einsatz von Doping erreicht worden. Dass sich Frau Merkel nicht vor die Weltpresse stellt und nicht das Olympische Komitee bittet, die Medaillen der Ost-Olympioniken abzuerkennen, zeigt, wie zumindest die Methoden des DDR-Sports mittlerweile in unserem Land Akzeptanz finden – und nicht nur bei uns, wohl auch in Österreich, so habe ich gehört.

Der Sozialismus hat aber nicht nur beim Leistungssport Einzug gehalten, es ist viel schlimmer: Frau Merkel und Herr Platzeck planen den Angriff auf unsere Kinder. Sie wollen flächendeckend Kinderkrippen und Kindergärten in den alten Ländern einführen. Davor kann ich nur warnen! Ein Professor aus Hannover, der Herr Pfeiffer, hat nämlich festgestellt, dass die Ostkinder in den Krippen und Kindergärten zu kleinen Nazis erzogen werden. Das hing mit den langen Topfzeiten in der DDR zusammen. Die Kinder wurden früh von den

Erzieherinnen auf den Topf gesetzt und – kurz vor der Abholung durch die Eltern – wieder heruntergenommen. Das, so der Professor aus Hannover, ist der Grund für die Aggressivität ostdeutscher Jugendlicher. Also, wenn Sie in Zukunft Ihre Kinder in einem staatlichen Kindergarten anmelden müssen, erkundigen Sie sich unbedingt nach den Topfzeiten.

Es trifft aber nicht nur unsere Kinder, es trifft auch die Bundeswehr, die der NVA immer ähnlicher wird. Die NVA war ständig im zivilen Einsatz, meistens in der Braunkohle. Es ist wirklich nicht mehr feierlich. Die jungen Menschen, die sich entschieden haben, mit der Waffe in der Hand unser Land zu verteidigen, müssen jetzt Schwäne einsammeln, das ist demütigend. Dann hätten sie sich doch gleich für den Zivildienst melden können.

Aber keiner soll glauben, dass diese sozialistische Unterwanderungsstrategie nur von Moskau gesteuert wird. Offensichtlich hat auch Peking seine Hand im Spiel. Haben die Chinesen es doch geschafft, dass der Stahl in Deutschland knapp wird. Die Chinesen sind also für die ersten Anzeichen von Mangelwirtschaft in unserem Land verantwortlich. Jetzt bauen sie sogar unseren Transrapid nach. Doch das hätten wir Ossis euch gleich sagen können. Die bauen wirklich alles nach. Als wir 1961 die Mauer gebaut haben, fingen kurz danach die Chinesen damit an, unsere Mauer nachzubauen. Sie nennen sie wohl die chinesische Mauer. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, dass der Reis in unserem Land knapp wird und wieder Lebensmittelmarken ausgegeben werden. Es wäre für ängstliche Menschen vielleicht ratsam, möglichst bald einen Chinesisch-Sprachkurs an der Volkshochschule zu beginnen. Wer weiß, was noch kommt, und vor allem, wer noch alles kommt.

Aber uns machen nicht nur die Russen und Chinesen Sorgen, auch unsere amerikanischen Freunde sorgen für unruhige Nächte in der BND-Zentrale und im Bundeskanzleramt. BND-Mitarbeiter haben wohl Zeichnungen mit Kampfzielen in die USA gefaxt, um den Raketen die Zielfindung im Irak zu erleichtern. Da bin ich dann doch fassungslos. Die NATO gibt einfach zu wenig Geld für die Rüstung aus. Es kann doch nicht wahr sein, dass unsere High-Tech-Raketen, die mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sind, jetzt immer noch vor dem Start eine Zeichnung brauchen, um ihr Ziel zu finden. Aber SPD und Grüne haben da schon in der letzten Legislaturperiode wichtige Entscheidungen getroffen. Sie haben dafür gesorgt, dass zusammen mit den Amerikanern neue Mittelstreckenraketen (MEADS) für rund acht Mrd. € gebaut werden. Diese Raketen brauchen dann, glaube ich, keine Zeichnungen mehr. Unsere amerikanischen Freunde haben sofort ein Umschulungsprogramm für ihre Geheimdienst-Mitarbeiter begonnen. Die Zeichner werden jetzt umgeschult. Sie werden jetzt Karikaturisten. Das Pentagon hat eine 300 Millionen Dollar schwere Desinformations-Kampagne für Europa gestartet, um das Image der USA-Regierung in Europa aufzubessern. Vielleicht haben sie ja auch ein paar dänische Zeichner verpflichtet. Nach der Devise: Besser, die Leute reden über Karikaturen als über Guantanamo. Zu Guantanamo habe ich übrigens die Bundesregierung schon 2003 befragt. Damals wurde mir von der Staatsministerin Kerstin Müller von den Grünen mitgeteilt, dass die Bundesregie-

rung keine Informationen über die Inhaftierten habe, da keine Deutschen dort in Haft seien. Jetzt stellte sich heraus, dass Frau Müller gelogen hatte. Der BND war da und hat Gefangene verhört, die bereits von unseren amerikanischen Freunden gefoltert wurden. In Deutschland darf man ja nicht mehr foltern. Der Herr Schönbohm (CDU), Innenminister in Brandenburg, findet das nicht in Ordnung. Ein bisschen Folter sollte seiner Meinung nach schon erlaubt sein.

Innenminister Schönbohm ist der Meinung, dass man nicht in Deutschland foltern sollte, aber man sollte schon die Folterergebnisse nutzen dürfen, so, wie der Herr Schily das auch gemacht hat. Dass Herr Schäuble nicht in Deutschland foltern möchte, hat innerbetriebliche Gründe. Die Mitarbeiter des BND haben erklärt, dass sie nicht bereit sind, auf die schönen Dienstreisen nach Guantanamo auf Kuba und nach Syrien zu verzichten. Das leuchtet auch mir ein.

Apropos Kuba. Der Castro will ja da diese Leute nicht ausreisen lassen. Das finde ich ja wirklich empörend. Ich habe da mit dem amerikanischen Botschafter in Deutschland gesprochen, ob der da nicht etwas machen kann. Der sagte mir, dass der Bush unbedingt Guantanamo auflösen möchte, doch der Castro lässt die Gefangenen nicht ausreisen, nur deshalb sitzen die Freiheitskämpfer, äh die Taliban-kämpfer, da noch in Guantanamo.

Weil wir gerade über Reisen sprechen. Frau Merkel reist ja wirklich gern. Sie ist ja Ostdeutsche. Sie durfte ja nicht reisen, damals, als sie noch FDJ-Funktionärin war. Obwohl: Als sie dann an der Akademie der Wissenschaft arbeitete, durfte sie wohl mal nach China reisen, was aus meiner Sicht unter den genannten Gesichtspunkten einer Untersuchung bedarf.

Viele Ostdeutsche haben sich auf die Bundesrepublik wirklich gefreut, weil sie endlich eine Leistungsgesellschaft wollten. Jetzt stellen sie fest, dass auch in dieser Frage die alte Bundesrepublik unterwandert wird. Die Leistungsgesellschaft wird mutwillig zerstört. Nehmen wir Herrn Clement. Der hat die unsinnigen Hartz-Gesetze verzapft und wird jetzt mit einem dicken Aufsichtsratsposten versorgt. Da fragt sich der Ossi, wie das denn geht? Wieso werden die Politiker, die in der Politik Mist bauen, anschließend von der freien Wirtschaft mit dicken Verträgen versorgt? Oder Herr Steinbrück. Er hat die Wahl in NRW verloren. Er wurde dort abgewählt – und zur Belohnung wird er Bundesfinanzminister. Jetzt sucht Herr Steinbrück dringend einen Imageberater für 160 000 Euro. Ich würde ihm lieber einen Frisör empfehlen. Warum? Ich bin haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion und kenne den Haushalt. Ich weiß, dass jede Zahl im Haushaltsentwurf der Bundesregierung besser frisiert ist als Herr Steinbrück.

Wirtschaftsminister Glos kam vor kurzem in den Haushaltsausschuss des Bundestages und brachte uns ein Bilderbuch über den Fußball mit und sagte dazu: »Besser ein Onkel, der was mitbringt, als eine Tante, die Klavier spielt.«

Recht hat er! Ich bin zwar weder Onkel noch Tante, bin mir aber sicher, dass es für alle Anwesenden besser war, dass ich nicht Klavier gespielt habe, denn im Sozialismus gab es keine Klaviere, sondern nur Pauken und Trompeten.

VADIM BELOCERKOVSKIJ

Die bundesdeutsche Politik und Russland

In der Bundesrepublik Deutschland hat Ende 2005 die Regierung gewechselt. Alle aufrichtigen Demokraten und Verteidiger der Menschenrechte in Russland fragen sich nun: Wie werden sich die neuen Regierenden gegenüber dem Putin-Regime und gegenüber Putin selbst verhalten? Etwa so wie Schröder?

Mir liegt es fern, der neuen Regierung Ratschläge zu erteilen. Dennoch möchte ich ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, mit wem und womit sie es zu tun haben wird.

Beginnen wir mit Russlands Staatsoberhaupt.

Wer ist Herr Putin? Bei Begegnungen mit ihm sollten deutsche Politiker nicht vergessen, dass sie es mit einem Menschen zu tun haben, der, um an die Macht zu gelangen, eine zweite Runde des schmutzigen Tschetschenienkrieges vom Zaune brach. Dieser Krieg dauert, wenn man Jelzins Anteil hinzurechnet, bereits zehn Jahre und hat über 150 000 Menschenleben dahingerafft.

Um den erneuten Einfall nach Tschetschenien zu rechtfertigen, hatte der Geheimdienst FSB in russischen Städten drei Wohnhäuser gesprengt und die Tat Tschetschenen in die Schuhe geschoben. Die deutschen Politiker haben natürlich Kenntnis von diesen Sprengungen, geben sich aber damit zufrieden, dass die Beteiligung des FSB nicht bewiesen sei. Sie ist aber bewiesen – und zwar mit Hilfe des FSB selbst. Zwei Tage nach den beiden Sprengungen in Moskau erklärte der Präsident der Staatsduma Gennadij Selesnjov auf deren Sitzung, er habe von den »zuständigen Organen« die Mitteilung erhalten, dass es in Wolgodonsk zu einer dritten Sprengung gekommen sei. Die Abgeordneten ehrten mit einer Schweigeminute die Opfer dieses neuen »tschetschenischen« Terroranschlags. Die Sprengung erfolgte jedoch erst drei Tage später. Offenkundig infolge des im FSB-Apparat herrschenden Chaos kam die Mitteilung über den neuen »Anschlag« noch vor der Sprengung. Dann versuchten FSB-Agenten in Rjasan', unter einem Haus Sprengstoff anzubringen, wurden dabei jedoch von einem Bewohner beobachtet. Dieser informierte die Miliz, und diese konnte die Täter ermitteln. Daraufhin erklärte FSB-Chef Paruschew, das Haus sollte nicht gesprengt werden, sondern es habe sich um eine »prophylaktische Maßnahme« gehandelt. Insgesamt kamen bei den drei Sprengungen etwa 300 Menschen ums Leben. Etwa tausend wurden verletzt.

Man sollte auch nicht vergessen, dass die Anwendung von Giftgas bei der Erstürmung des im Oktober 2002 von Tschetschenen besetzten Moskauer »Teatr na Dubrovke« auf Anordnung Putins erfolgte.

Vadim Belocerkovskij – Jg. 1928, geboren in Moskau, Schriftsteller und Publizist, Studium der Chemie an der Moskauer Universität, Teilnehmer an der Bürgerrechtsbewegung um Sacharov, seit 1972 politischer Emigrant. 1973-1993 Mitarbeiter bei Radio Liberty in New-York und München. Heute offizieller Vertreter der gesamt-russländischen Bewegung für Menschenrechte in Deutschland, wohnt in München. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Gesellschaft der Selbstverwaltung – der Weg zur Rettung und zum Aufblühen Rußlands, Heft 50 (Dezember 1994).

FSB – Federal'naja slushba besopasnosti –
Föderaler Sicherheitsdienst

Dabei kamen 130 Geiseln um und über 700 trugen schwere gesundheitliche Schäden davon. Alle 50 Geiselnnehmer, darunter 18 Frauen, wurden von den FSB-Leuten an Ort und Stelle erschossen, obwohl sie bewußtlos, also wehrlos waren. Dieses Massaker diente dem Regime offenkundig auch dazu, die Tschetschenen unter den FSB-Agenten zu liquidieren. Der Kreml befürchtete offenbar, es könnte bekannt werden, dass die Geiselnahme unter der Kontrolle des Geheimdienstes erfolgt war. Sie verfolgte vermutlich den Zweck, die abnehmende Popularität des Tschetschenienkrieges, und damit Putins, wieder aufzupolieren.

Erwähnt werden müssen auch die Verbrechen russischer Truppen in der nordossetischen Ortschaft Beslan im Herbst 2003. Bei der Erstürmung der von tschetschenischen Geiselnnehmern besetzten Schule wurden Flammenwerfer und Panzerkanonen eingesetzt. Dabei kamen 331 Geiseln ums Leben. Zwei Drittel von ihnen waren Kinder. In Beslan, wie schon ein Jahr zuvor in Moskau, forderten die Geiselnnehmer die Beendigung des Krieges und den Abzug der russischen Truppen aus Tschetschenien. Dort starben bisher insgesamt um die 40 000 Kinder.

Der kriminelle, terroristische Charakter des Putin-Regimes zeigte sich auch klar bei der Festnahme zweier hervorragender russischer Journalisten, der Sacharow-Preisträger Anna Politkovskaja (»Novaja gazeta«) und Andrej Babickij (»Radio Swoboda«), als sie auf dem Weg nach Beslan waren. Beide sind mutige Regimekritiker und Gegner des Tschetschenienkrieges. Babickij provozierten die Agenten zu einer Auseinandersetzung und verhafteten ihn dann als »Straßenrowdy«. Frau Politkovskaja wurde im Zug, wo sie nur Tee trank, »einfach« vergiftet. In Rostow wurde sie im Koma aus dem Zug geholt. Gerettet wurde sie von einem Arzt des örtlichen Lazaretts, der ein starkes Gegengift anwandte, das eigentlich für »Sonderdienste« bestimmt war. Er hatte offensichtlich keine Ahnung, wer die Frau vergiftet hatte.

Am 26. Oktober 2005 versammelten sich in Moskau am Jahrestag des »Gasangriffs« auf das »Teatr na Dubrovke«, wo damals das Musical »Nord-Ost« aufgeführt worden war, die Verwandten der durch die genannten Terroranschläge Getöteten und Geschädigten und wandten sich mit einer Erklärung an Putin, die mit den Sätzen endete: »Wir fordern, dass die Strafsachen zu »Nord-Ost«, Beslan und allen anderen Terroranschlägen vor Gericht kommen. Wir fordern von Ihnen, dem Präsidenten des Landes, dass Sie Ihre persönliche Schuld am Tode unserer Kinder und Verwandten eingestehen und die volle Wahrheit über diese Verbrechen öffentlich machen. Wir sind es leid, in Lüge zu leben. Wir erklären: Uns wird auf der Suche nach der Wahrheit nichts aufhalten.«

Es sei wiederholt: Ich möchte den deutschen Politikern keine Ratschläge erteilen, wie sie sich Putin gegenüber verhalten sollen. Es wäre jedoch sehr nützlich, wenn deutsche Politiker begreifen würden, mit wem sie es zu tun haben. Ich schäme mich für Deutschland und die Deutschen, dass ihre Staatsführer bis heute als Putins größte Freunde in Europa gelten. Es sei nur daran erinnert, dass Gerhard Schröder Putins Russland die Präsidentschaft bei den »Großen Acht« für das Jahr 2006 abgetreten hat. Sollen damit die Chancen Putins

Novaja gazeta –
Neue Zeitung;

Radio Svoboda –
Radio Freiheit.

und seiner Mitstreiter aus dem KGB bei der nächsten Duma- und Präsidentschaftswahl aufgebessert werden?

Und nun einiges darüber, mit was für einem Land es die deutschen und andere westliche Politiker zu tun haben.

Russlands Tragödie

Russland ist der erste Fall in der Geschichte, dass die Restauration des Kapitalismus in einem Land erfolgte, das über eine riesige Industrie verfügte, mit der Leben und Arbeit von ca. 75 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt verbunden waren. Das geschah bekanntlich zu Beginn der 90er Jahre innerhalb von zwei bis drei Jahren, und in dieser Zeit wurden mehr als 70 Prozent der verarbeitenden, für den Markt produzierenden Industrie zerstört. Zur Zeit beträgt der Anteil dieser Produktion am Bruttoinlandprodukt weniger als 15 Prozent und nimmt immer noch ab. Das Ergebnis: Der größte Teil der Bevölkerung befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Entweder verloren die Menschen die Arbeit ganz, oder sie waren gezwungen, eine Arbeit unter ihrem Qualifikationsniveau anzunehmen. Sie wurden zu »überflüssigen Menschen«, verdammt zu armseliger Existenz, zu Hunger und frühem Tod. Mit der Zerstörung der Industrie wurde auch das Gesundheitswesen ruiniert. Für den größten Teil der Bevölkerung gibt es keine medizinische Versorgung mehr. Die Folge all dessen ist: Russland, das sich zur Sowjetzeit hinsichtlich der Lebenserwartung der Bevölkerung unter den ersten 30 Ländern befand, nimmt in dieser Beziehung nunmehr den 117. Rang in der Welt ein. Die Lebenserwartung der Männer beträgt weniger als 57 Jahre, so dass viele nicht einmal das Rentenalter erreichen. Nicht weniger als 13 Millionen Menschen im Lande hungern. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation nimmt Russland heute den ersten Platz bei der Anzahl der Selbstmorde ein; den dritten Platz bei der Anzahl der Morde. Innerhalb eines Jahres verringert sich die Bevölkerung um ca. eine Million Menschen. Bald wird die Gesamtzahl der »Ausgestorbenen« der Opfer des stalinschen Terrors gleichkommen.

In den fünfzehn Jahren seit der Restauration des Kapitalismus wurde in Russland kein einziger Industriebetrieb neu errichtet, und der Wiederaufbau der verarbeitenden Industrie wird offensichtlich nicht mehr erfolgen, wenn damit bisher nicht begonnen wurde. Hinderlich wirken hier sowohl die erdrückende Konkurrenz des Westens als auch die ungeheuerliche Korruption im Lande selbst. Nach Angaben der Indem-Stiftung betrug der Umfang der »Korruptionsdienstleistungen« 2001 ein Drittel des Staatshaushalts, im Jahre 2005 übertraf er diesen um das 2,5-fache. Sogar die Ölförderung schrumpft in Russland. Nach Angaben des Föderalen Dienstes für staatliche Statistik betrug sie 1990 516 Millionen Tonnen, 2004 nur 443 Millionen. In einem beklagenswerten und zunehmend schlechteren Zustand befinden sich Umweltschutz und Landwirtschaft.

Die Verelendung des größten Teils der Bevölkerung veranlasste Machthaber und Reiche, die Demokratie im Lande – genauer gesagt deren Keime – zu unterdrücken, um das Volk daran zu hindern, die Demokratie gegen die Herrschenden zu richten. Aus Furcht vor dem Volk wurde Putin zum Kremlherrscher gemacht, und dieser vollen-

»Der Genosse Chruschtschow irrte. 50 Jahre nach seiner Rede vor den Delegierten des XX. Parteitags am 25. Februar 1956, hat die Mehrheit der russischen Bevölkerung die Frage, ob die Errungenschaften der Herrschaftszeit Stalins die notorischen Verbrechen derselben rechtfertigten zu Gunsten Stalins entschieden. 47 Prozent sehen Stalins Rolle in der Geschichte des Landes eher positiv (vor drei Jahren waren es noch 36 Prozent). 43 Prozent bewerten das Wirken Stalins negativ.«
Katja Tichomirowa: Stalin lebt, in: Berliner Zeitung vom 25./26. Februar 2006, S. 9.

»Das Wirken Chruschtschows zu beurteilen blieb dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, vorbehalten. Er hält seinen einstigen Parteigenossen für einen Verräter. Er habe die Grundlagen des sowjetischen Staates unterhöhlt. Ein Werk, das zwei seiner Nachfolger, Michail Gorbatschow und Boris Jelzin zur Vollendung brachten. Nun stehen wir vor einem Trümmerhaufen«, so Sjuganow. Chruschtschows Rede über die Folgen des Personenkults ist für Sjuganow ein Fall magelnder Parteidisziplin. Der Auftritt sei »eine persönliche Abrechnung mit Stalin« gewesen.....«
Ebenda.

dete die von Jelzin 1993 begonnene Beseitigung der Demokratie. Die Furcht vor dem Volk war es auch, die die herrschende Elite veranlasste, imperialistische und chauvinistische Stimmungen sowie den Haß gegen den Westen im Lande zu reanimieren. Damit soll der Haß des Volkes gegen das Regime neutralisiert werden.

Betrachtet man die Tatsachen unvoreingenommen, so wird klar, dass Russland und der dort »eingeführte« Kapitalismus unvereinbar sind. Der Kapitalismus wurde unter den russischen Bedingungen zu einem Zerrbild dieses Systems und hat seinerseits Russland und seine Gesellschaft verunstaltet.

Retten könnte das Land aus meiner Sicht die Wiederherstellung der Industrie – und mit ihr der Demokratie, des Gesundheitswesens, der Wissenschaft – auf kooperativer Grundlage. Aber diese Variante ist kaum realisierbar aufgrund der intellektuellen und politischen Passivität der russischen Intelligenz.

Sonst wird Russland sterben

Dass es so ist, wird unabhängig denkenden Menschen immer stärker bewußt. In der Zeitung »Iswestija« veröffentlichte das bekannte Akademiemitglied Robert Nigmatulin am 14. Februar 2005 (also noch bevor das Blatt der Kontrolle des Kreml unterstellt wurde) einen Beitrag unter der Überschrift: »Russland stirbt...«.

Doch ein Land mit aussterbender Bevölkerung lässt sich mit einem Gefäß vergleichen, aus dem die Luft abgepumpt wird. Besonders schnell wird die Bevölkerung aus Sibirien »abgepumpt«, wo ein großer Teil der Naturschätze Russlands konzentriert ist. Und wenn dieser Prozeß nicht aufgehalten wird, wird der Druck von außen das Gefäß zerdrücken, was zu einem geopolitischen Erdbeben führen könnte. Denn das »Gefäß« ist von gewaltigem Ausmaß – ein Achtel des Festlands der Erde!

Eine andere Variante: Die Machthaber und Reichen könnten, um sich zu retten, versuchen, den offenen Faschismus an die Macht zu bringen. Bestrebungen in dieser Richtung sind schon im Gange. Es wachsen faschistoide Organisationen. Einige von ihnen bewaffnen sich. Es wächst die Zahl der Morde an »Schwarzen« – Menschen aus den südlichen Regionen.

Am 4. November 2005, dem neuen Feiertag der »Nationalen Einheit«, veranstalteten faschistoide Organisationen mit Erlaubnis der Behörden (und eher noch auf deren Initiative) im Zentrum Moskaus einen Massenaufmarsch, an dem 3 000 bis 5 000 Menschen teilnahmen. Der Auflauf stand unter Losungen wie »Russland den Russen!«, »Es lebe das Imperium!«, »Russe, steh' auf!«, »Die Macht den Weißen!«, »Her mit der weißen Revolution!«, »Die Russen kommen!«, »Tod den Okkupanten!«. Flugblätter erläuterten: Okkupanten – das sind die jüdischen Oligarchen und Menschen aus dem Kaukasus und aus Mittelasien. Aus den Lautsprechern tönte es: »Schlagt die Juden, rettet Russland!« oder: »Nieder mit dem Amerikanismus, vereinen wir uns mit allen seinen Gegnern!«, »Weg mit dem orangenen Dreck aus der Ukraine! Wie lange sollen in der Ukraine Polacken und Letten geduldet werden!« Der Marsch war begleitet von Trommelwirbel und »Sieg-Heil«-Gebrüll. Viele der Demonstranten trugen Hakenkreuzabzeichen auf der Brust und zeig-

ten den Hitlergruß, über ihnen wehten Fahnen mit stilisiertem Hakenkreuz. Die Demonstration war von dichten Milizketten umrahmt.

Niemals in der Geschichte Russlands gab es eine solche Demonstration!

Nach der Zusammenrottung der Faschisten am 4. November 2005 bereiteten Antifaschisten und Bürgerrechtler für den 27. November eine antifaschistische Demonstration und eine Kundgebung vor. Diese Veranstaltung wurde jedoch von den Behörden verboten (angeblich wegen der zeitlichen Nähe zu den am 4. Dezember in Moskau stattfindenden Wahlen zur Stadtduma). Daraufhin beschlossen die Antifaschisten, am 27. November am Gebäude der Stadtduma eine Mahnwache des Protestes zu organisieren. Laut Gesetz kann eine Mahnwache jederzeit an jedem Ort ohne behördliche Erlaubnis stattfinden. Doch die Mahnwache, an der ca. 250 Menschen teilnahmen, wurde am 27. November sofort gewaltsam aufgelöst, wobei die Miliz Schlagstöcke gebrauchte. Viele der Teilnehmer wurden festgenommen und zu Geldstrafen verurteilt.

An demselben Tag veranstalteten Rechtsradikale 37 Mahnwachen auf Moskauer Märkten unter Losungen wie: »Moskau gehört uns!«, »Russen, bewaffnet euch!« Es wurden an die 10 000 Flugblätter rassistischen Inhalts verteilt mit Instruktionen, wie man legal zu Jagdflinten kommen kann. Keine einzige dieser Mahnwachen wurde aufgelöst, kein Teilnehmer festgenommen und zur Verantwortung gezogen...

Die offiziöse Propaganda bereitet auch schon Ziele für die Aggression nach außen vor, ohne die der Faschismus nicht auskommt. Das sind Polen, Lettland, Georgien, die Ukraine. Diese Länder werden als »Feinde Russlands« gebrandmarkt. Eine solche Aggression würde den Westen vor eine beängstigende Wahl stellen, ähnlich der vom September 1939, nur mit dem Unterschied, dass es damals noch keine Atomwaffen gab.

Alles in allem: Die Politiker des Westens sollten die Situation in Russland mit offenen Augen beobachten...

Übersetzung aus dem Russischen:

ULLA PLENER und RONALD LÖTZSCH

»Der letzte sowjetische Generalsekretär kommentiert dies gelassen. Selbstverständlich sehe er »deutliche Parallelen« zwischen der Tauwetterperiode und seinen eigenen Reformen, erklärte Gorbatschow. »Es gibt eine Verbindung zwischen dem XX. Parteitag und der Perestroika, auch darin, dass einige die Perestroika für Verrat halten.« ... Das Herrschaftsgebaren seines Nachfolgers Putin umschreibt Gorbatschow ... wie folgt: »Unsere Zeit erinnert mich eher an die Breschnew-Epoche, also einen Stalinismus ohne Repressionen, aber mit absoluter Kontrolle von allem und jedem.« Die Rückkehr zum Personenkult ist da nur noch eine Frage der Zeit.«
Ebenda.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

In Berlin, Hauptstadt der BRD, wird im Herbst gewählt. Zeit also für die örtlichen Parteigliederungen, sich, wie es heutzutage heißt, »aufzustellen«. »Sichaufstellen« scheint mir inzwischen eine Lieblingsfloskel von Parteifunktionären zu sein. Das hört sich so modern an. Denken sie. Zu diesem Sichaufstellen gehört auch das Aufstellen, nämlich der Kandidaten. Die Berliner CDU, die in die höchst komfortable Lage gekommen war, den kommunalen Sauhaufen, den sie gemeinsam mit der SPD hinterlassen hatte, nicht selber beseitigen zu müssen, mußte mangels Masse einen Spitzenkandidaten importieren. Der heißt Pflüger und muß offensichtlich auch das einstige Westberlin für »Osten« halten; jedenfalls lassen sein Habitus und seine Auftritte darauf schließen, als meine er, einer von der »Treuhand« zu sein, »aus Westen« gekommen, um Ordnung zu schaffen. Und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß er der nächste Regierende Bürgermeister von Berlin wird. Nicht, weil ich ihn oder seine Konzepte so überzeugend finde, aber was soll ich von der Urteilsfähigkeit einer Bevölkerung halten, wenn – lt. Umfragen – zum Beispiel die Perle der Uckermark von ca. 60 (sechzig) Prozent der Wähler positiv benotet wird? Nun könnte ich mich damit trösten, daß die deutschen Politikwissenschaftler und Wahlforscher vor den letzten Bundestagswahlen aber auch so was von danebenlagen, daß ich die 60 Prozent nicht für bare Münze nehmen muß. Aber ich fürchte fast, diesmal stimmt die Zahl. Und wer is' schuld dran? Schröder, Gerhard, Berater-Gerhard, holmirmal'n Bier ... Denn: Es könnte doch sein, daß die Leute einfach der großmäuligen Bastatouren des vorigen Kanzlers überdrüssig waren und vor allem aus diesem Grunde momentan zu Angela Merkel tendieren. Zumal es ihnen auch ziemlich egal sein kann, wie derjenige oder diejenige heißt, der

keine Mittel gegen die Arbeitslosigkeit findet, Rentner-Nullrunden dekretiert oder Krankenhäuser dazu verdonnert, in Kranken nicht zuvörderst Patienten sondern Kunden zu sehen ... Und so weiter.

Allerdings ist es nicht sicher, ob nun im Herbst auch Dr. Friedbert Pflüger, der (eine Zeitung versuchte mühsam Intelligenz und Kalauer miteinander zu verbinden) »ein guter Pflüger« sein soll – in Berlin vom Merkel-Bonus wird profitieren können. Denn ihn und Schröder vereint (oder trennt ... !) nicht nur, daß sie beide aus Hannover kommen, sondern Pflüger steht Schröder in nichts nach, wenn es darum geht, eine große Lippe zu riskieren. In Berlin-Neukölln, schrieb die Lokalpresse, hielten neulich bei einer Veranstaltung Besucher ein Transparent in den Saal: »Pflüger abschieben!« Es war eine Reaktion auf forsche ausländerpolitische Parolen des CDU-Spitzenkandidaten.

Und, was sonst, auch die hauptstädtische PDS »stellt sich auf«. Auf einer Funktionärstagung, genannt Parteitag, ließ sie Wirtschaftssenator Harald Wolf zum Spitzenkandidaten wählen. Die Genossen werden sich schon etwas dabei gedacht haben. Und das Hauptorgan wußte von dem Berliner PDS-Nominierungstreffen zu vermelden, Petra Pau, M.d.B. und gerade frisch ins Amt gelangte Bundestagsvizepräsidentin, habe dem Spitzenkandidaten geraten, Lächeln zu üben. Sie wisse, behauptete sie, der könne nämlich auch anders. Womit wir, so wir den Gazetten glauben wollen, nun doch wieder beim derzeitigen »Thema Nr. 2 in Deutschland« wären: beim Fußball. Dabei weiß ich noch nicht einmal, ob Wolf etwas für diese Sparte der Unterhaltungsindustrie übrig hat. Aber die Gemeinsamkeit zwischen ihm und dem nun aussortierten Torwart Oliver Kahn ist nicht zu übersehen: Beide blicken in die Gegend, als seien ihnen sämtliche Bürden dieser Welt aufgeladen. Da ist keine Zeit mit Herumlächeln zu verplempern. Ja, natürlich, auch die zwischen beiden bestehenden Unterschiede sind nicht unbeträchtlich: Den einen kennt die Welt, den anderen Berlin; der eine wird gelegentlich (zum Beispiel neulich von TV-Schmalzbacke Beckmann in der Reportage des Spiels *Bayern München* gegen *Werder Bremen*) »Titan« genannt, Wolf nicht; dem einen hat sich sein Ehrgeiz so in die Physiognomie gefurcht, daß er uns zuweilen wie das Ebenbild eines erzgebirgischen Nußknackers dünkt, dem anderen ist dergleichen nicht anzusehen. Und wenn der nun noch Lächeln lernt – dann könnte er eines Tages vielleicht sogar noch Parteivorsitzender werden.

Auch aus England kamen im Berichtszeitraum beträchtliche Nachrichten: 1. Prinz Harry – eine Schlagzeile: »Dirty Harry« – wurde in einem Striptease-Lokal gesehen; als die *BBC* darüber berichtete, soll sie – behauptete der *stern* – diesem Vorgang »ebenso viel Raum wie der Vogelgrippe und den jüngsten Bombenanschlägen im Irak mit Dutzenden von Toten« gegeben haben. 2. In einem Dorf in der Nähe von ... suchten sie – es war noch vor Ostern – nach einem Riesenkaninchen, das – ernteverzehrend und -vernichtend – durch die Gemüsebeete tobt, ein »Monsterkaninchen«, sozusagen.

Von beidem können wir in Deutschland nur träumen: keine Royals, also keine Prinzen (nur »Prinzen«-Rollen); keine Monster, also keine Monsterkaninchen. Wohin soll das führen?

Manfred Behrend:
Eine Geschichte der PDS.
Von der zerbröckelnden Staats-
partei zur Linkspartei, ISP Verlag
Köln 2006, 218 S. (16,80 €)

Beiträge zur Geschichte der PDS sind noch immer nicht gerade dicht gesät. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie liegen zum einen in einem Mangel an Bewusstsein über ihre eigene Geschichte in der PDS selbst. Wie sonst hätten am Jahreswechsel 2004/2005 die 15. Jahrestage des Außerordentlichen Parteitages vom Dezember 1989 und des 1. Parteitages der PDS vom Februar 1990 parteiseitig ungewürdigt vorübergehen können, und wie sonst ließe sich erklären, dass die in der Partei entstandene gedruckte Chronik der PDS nur bis zum Jahre 1997 reicht. Sie liegen zum anderen in der Jahr für Jahr von den vielen Gegnern der Partei immer aufs Neue kolportierten Auffassung, lange werde es mit ihr ohnehin nicht mehr gehen. Und sie liegen schließlich auch darin, dass die Dinge – wie das turbulente Jahr 2005 mit seinen vorgezogenen Bundestagswahlen und der Einleitung eines Fusionskurses von PDS und WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) besonders deutlich zeigt – nach wie vor auf eine nicht selten überraschende Weise im Flusse sind.

Vor solchem Hintergrund nimmt man die Einladung eines ausgewiesenen Historikers wie Manfred Behrend (1930-2006), der sich ausdrücklich als Linker versteht und auch die »UTOPIEKreativ« mit seinen streitbaren Beiträgen und Rezensionen bereichert hat, zu einem kompakten Blick auf die Geschichte der PDS dankend an. Und ein Blick in die Gliederung des Buches verstärkt die Erwartungen. Im Kapitel 1 geht es um »Vorgeschichte, Gründung und Konsolidierung«, Kapitel 2 hat den »Kampf ums Überleben 1990-1994« zum Thema, Kapitel 3 verspricht eine Reflexion der »Debatten über Strategie und Regierungsbeteiligungen 1994-1997«, Kapitel 4 trägt die Überschrift »Vom größten Bundestagswahlsieg der PDS bis zum Ausscheiden Biskys und Gysis aus der Führung 1998-2000«. Das sieht bis dahin sehr nüchtern aus. Dann ändert sich aber die Tonlage. Ein Abschnitt des 4. Kapitels ist mit »Die Gysi-Gruppe im Streit für rechte Korrekturen« überschrieben.

Kapitel 5 ist die Überschrift »Marsch ins Bundestagswahldebakel 2001-2002« vorangestellt, Abschnittsthemen lauten »Neue programmatisch-politische Vorstöße von rechts« und »Dem Neoliberalismus dienstbereit: die Kapitulation in Berlin«. Kapitel 6 heißt »Rechter Triumph zum Schaden der Partei 2002-2003«. Abschnittsthemen sind nun »Vom Putsch zum Tempodrom-Parteitag« und »Das neue, nichtsozialistische Programm und die demoralisierte Linke«. Kapitel 7 trägt dann wieder eine nüchterne Überschrift: »Die PDS in den Jahren 2003-2004«, und aus dem Titel des 8., des Schlusskapitels, leuchtet so etwas wie Hoffnung: »Vorwärts zur und mit der Linkspartei 2004-2005«.

Beim gründlichen Lesen erweist sich dann, dass nicht die nüchternen Überschriften den Inhalt des Buches adäquat widerspiegeln, sondern jene, in denen das Wort »rechts« oder »Rechte« vorkommt. Denn das ist die Grundlinie des Behrend'schen Werkes: den Nachweis zu führen, dass sich in der PDS quasi von Beginn an eine »Parteirechte« und eine »Parteilinke« gegenüberstanden haben und auch weiterhin gegenüberstehen. Damit ist das Buch in der Tat ein aufstörender Diskussionsbeitrag: macht es doch nachdrücklich deutlich, wie fragwürdig diese Methode der Links-Rechts-Einteilung der Linken ist.

Das liegt keineswegs im überaus kritischen Grundgestus des Buches an sich. Viel zu deutlich liegen die Probleme und Widersprüche auf der Hand, als dass man an ihnen vorbei gehen könnte. Das Spannungsfeld zwischen Regierungsbeteiligung und Oppositionspolitik, wie es in der Linkspartei.PDS seit langem besteht, braucht ganz gewiss eine viel gründlichere Debatte, als sie gemeinhin auf Parteitag auf Bundes- und Landesebene zu erleben ist. Das mutige Ausschreiten von parlamentarischen Spielräumen; die Courage, selbstbewusst und streitfähig den Partnern in den Regierungskoalitionen auch einmal in die Parade zu fahren; die Fähigkeit, sich geduldig und lernbereit der Kritik der Parteibasis zu stellen – all das sind Dinge, die viel kräftiger und dauerhafter zum Alltag der Partei gehören müssten. Auch ist die Auseinandersetzung mit den Fehlern des Bundestagswahlkampfes 2002 bei weitem nicht gründlich genug geführt worden. Und zweifellos gehören Themen wie »der korrumpierende Einfluss des bürgerlichen Parlamentarismus mit seinen Privilegien

und Vertraulichkeiten« (S. 47) zu denjenigen, die in einer systemkritischen Partei immer wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, damit Strategien entwickelt werden können, mit denen diesem Einfluss begegnet werden kann und der Blick geweitet wird für all das, was »im wirklichen Leben« von Bedeutung ist. Aber warum, um alles in der Welt, brauchen solche Diskussionen Stigmatisierungen wie die, dass da einer im Ministeramt »ein Mann der Parteirechten« sei (S. 78), ein anderer ein »Sozialist« nur in Anführungsstrichen (S. 125) und ein Dritter »durchweg stramm rechts« agiere (S. 113)? Wenn man einen solchen Kurs fährt – und der Verfasser tut es konsequent –, dann sieht man natürlich auch allüberall einen »weitestgehenden Vorstoß rechter Führungskräfte« (S. 100) und eine »vom rechten Flügel und Teilen der Führung vorangetriebene Wandlung« der Partei (S. 118), man meint in »etlichen WASG-Funktionären« und »diversen PDS-Größen« nichts anderes als »Gegner der Linken« zu erkennen (S. 157), und selbstverständlich gibt es in solcher Lesart dann auch Leute, die »zur Rechten konvertiert« sind (S. 131).

Zu solcher Rechts-Links-Kategorisierung in der Linken gehört immer ein Richter. Wer aber hat den bestellt – und wo in diesem System ist er selbst angesiedelt? Man mag nicht glauben, dass der Verfasser, über dessen engagiertes, kämpferisches Leben Ehefrau und Historiker-Kollegin Hanna Behrend in einem knappen Geleitwort Bericht gibt, vergessen haben sollte, welche verheerende Rolle sie in der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung gespielt haben – diese Richter über rechts und links. Und solch eine Methode soll für heutige Entwicklungen tauglich sein?

Dass sie es nicht ist, zeigt sich im Buch auch darin, dass eine »Geschichte der Linienkämpfe« geradezu zwangsläufig zu einer Geschichte fast ausschließlich der Führungsvorgänge wird: der Parteitage, der Vorstandssitzungen und ausgewählter Dokumente. Die Entwicklungen in den Kommunen und auf Landesebene bleiben – wenn es nicht gerade um die Kritik an Regierungsbeteiligungen oder die Abkanzlung von Bürgermeistern (S. 67) geht – nahezu vollständig ausgespart. Eine Analyse des Wirkens der Partei in der parlamentarischen Opposition in Land- und Kreistagen, Stadträten und Stadtbezirksversammlungen bleibt aus, Erfolge und

Misserfolge werden weder benannt noch analysiert. Auch die vielfältigen außerparlamentarischen Aktivitäten, wie etwa die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Verbänden, Vereinen oder die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften als Bindeglieder zwischen Partei und Gesellschaft, werden nicht beschrieben. Wenn das alles aber nicht untersucht und bewertet wird – wo liegt dann die Erklärung für die beeindruckenden und gegen vielerlei Erwartungen immer noch besser werdenden Wahlergebnisse? Wo kommt sie dann her – die Rolle einer Volkspartei, die die Linkspartei.PDS im Osten Deutschlands mit Wähleranteilen von 20 bis fast 30 Prozent tatsächlich spielt?

Oberflächlich bleibt bedauerlicherweise auch die Untersuchung der Beziehungen zwischen der Partei und anderen in der Gesellschaft als links verorteten gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen. Wer – zum Beispiel – waren »die starken außerparlamentarischen Kräfte«, mit denen die PDS nach den Wahlen in Berlin im Oktober 2001 »die Chance zu erfolgreicher Oppositionspolitik« hätte wahrnehmen sollen (S. 115), tatsächlich? Wodurch hatten sie auf sich aufmerksam gemacht, welche Bündnisangebote hatten sie unterbreitet und welche Kooperationswünsche geäußert? Und welche von diesen Angeboten und Wünschen sind wann, wie und warum von der PDS ausgeschlagen worden? Das Buch gibt keine Antwort. Und was wären im Jahre 2003 tatsächlich »nachhaltige Aktionen im Interesse der Arbeitenden, Arbeitslosen und Armen« gewesen (S. 125), die die PDS in der Sicht des Verfassers unterlassen hat? Auch da findet eine Analyse der möglichen Bündnispartner und ihrer Haltung zur PDS nicht statt. Von den Gewerkschaften zum Beispiel weiß man, dass sie erst jetzt, nach dem Wahlerfolg vom Herbst 2005, bereit sind, normale Beziehungen zur Linkspartei.PDS zu entwickeln.

In der Nutzung von Quellen bleibt der Verfasser überraschend eng. Es dominieren neben den Parteiperiodika »Pressedienst« und »disput« die Zeitungen »Neues Deutschland«, »junge Welt« und »Arbeiterstimme«. Vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen in Artikel- und Buchform bleiben ebenso fast völlig ausgespart wie das umfangreiche Angebot an Erinnerungs- und Reflexionsliteratur führender Politikerinnen und Politiker der Partei.

Im Vorwort zu seinem Buch, an dem er bis kurz vor seinem Tode gearbeitet hat, schreibt Manfred Behrend, dass er sich wünsche, »die nun vorliegende (...) Schrift möge zum politischen Streit und dadurch zur Aufklärung beitragen« (S. 16). Das tut sie. Die Debatte geht weiter.

WOLFRAM ADOLPHI

Hans-Günter Funke:
Reise nach Utopia. Studien zur literarischen Utopie vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert: LIT-Verlag Münster 2005, 352 S. (34,90 €)

Jörn Tietgen:
Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit. Analysen von Schrift und Film: Tectum-Verlag Marburg 2005, 358 S. (29,90 €)

Gruppe Gegenbilder (Hrsg.):
Autonomie und Kooperation: Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen, 196 S. (14 €)

Der Romanist Hans-Günter Funke gehört unbestreitbar zu den bekanntesten Utopieforschern seiner Disziplin. Mit dem Sammelband »Reise nach Utopia« liegt nun die Bilanz seiner bisherigen Studien zur Utopieliteratur gedruckt vor, wobei vor allem die Epoche der französischen Aufklärung im Fokus seines Interesses stand und steht. Editiert wurden insgesamt fünfzehn Aufsätze, die Funke zwischen 1982 und 2004 verfasste. Der hohe universitäre Stellenwert dieser Arbeiten resultiert sicherlich ein Stück weit daraus, dass er immer auch die Auseinandersetzung mit den theoretischen und methodischen Problemen der Utopieforschung suchte: Seine gattungsgeschichtlichen Überlegungen stehen, von den Studien des Historikers Lucian Hölscher abgesehen, immer noch solitär in der Wissenschaftslandschaft. Das reflexive Niveau, das sich auch in verschiedenen Aufsätzen zu einzel-

nen Utopisten (z. B. Diderot, La Fontaine, Fontenelle) niederschlug, kann daher durchaus paradigmatischen Charakter innerhalb der literarisch orientierten Disziplinen der Universitäten beanspruchen. Funke hat, das ist ein wesentlicher Bestandteil seiner Forschungstätigkeit, die Literaturwissenschaften gegenüber anderen Fächern geöffnet, so aber gleichzeitig ihr eigenständiges Profil geschärft. Für eine breitere Öffentlichkeit ist das Buch interessant, da es ihm gelingt, den Leser in einer klaren und nachvollziehbaren Sprache durch die verästelten Pfade der Utopie-Thematik zu leiten.

Über die als »klassisch« eingestuften politischen und/oder literarischen Utopien des 18. Jahrhunderts hinausgehend, hat Funke der Forschung zahlreiche weitere Quellen und Texte zur Analyse zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für den Politikwissenschaftler Jörn Tietgen, der im Herbst 2005 seine Dissertation »Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit« publizierte. Zwar ist seiner Arbeit kritisch anzulasten, dass gerade auf der methodischen und theoretischen Ebene einschlägige Bücher nicht berücksichtigt wurden. Andererseits hat Tietgen den Sozialwissenschaften jedoch einen neuen und kaum zu überschätzenden Quellenkorpus erschlossen: Spielfilme und Fernsehserien. Er vertritt die These, dass sich das utopische Denken der europäischen Neuzeit, das mit der »Utopia« von Thomas Morus 1516 schulemachend einsetzte, auch in den neuen Medien artikuliert. Darüber hinaus sei die Bedeutung filmischer Quellen darin zu sehen, dass sie den jeweiligen Zeitgeist sowie den Publikumsgeschmack in aller Deutlichkeit aufzeigen. (S. 37 f.) Die notwendige Vorbedingung eines solchen Verfahrens ist, wie Tietgen selbst explizit ausführt (S. 32), dass die Merkmale der inhaltlichen Bestimmung des Utopie-Diskurses in den Vordergrund rücken müssen. Damit bricht er an dieser Stelle mit dem von Funke vertretenen Konzept der Bestimmung der Utopie als literarischem Zeugnis bzw. zumindest als Teil der Sphäre der Ästhetik.

Sowohl bei Funke als auch bei Tietgen findet sich die These, dass der utopische Diskurs in zwei Linien zerfalle: Erstens die archaische und holistische Linie der geschlossenen Systementwürfe, auf die auch immer die konservative Utopie-Kritik zielte, zweitens die im weitesten Sinne anarchistischen Entwürfe. Die so be-

stimmten herrschaftsfreien Szenarien sind es, die nach Tietgen die Zukunft verbürgen. (S. 307 f.) Von diesem Punkt geht auch der von der »Gruppe Gegenbilder« herausgegebene Band »Autonomie und Kooperation« aus. Er setzt einerseits auf das Individuum und damit auf die egoistische Struktur des Menschen, die andererseits aber in kooperative bzw. genossenschaftliche Strukturen zu überführen sei. (S. 41 ff.) Dies vorausgesetzt, könne der Abbau übergeordneter und von »oben« kommender Institutionen ebenso in Angriff genommen werden wie eine radikale Reform des gegenwärtigen Gesetzes- und Strafapparates, der ja spätestens seit Foucault als kritikwürdig anerkannt ist. Und auch Emanzipation und Ökologie könnten nur von hier gedacht werden. (S. 150 ff.) Gerade wenn die hier kurz vorgestellten Bücher zusammen gelesen und einander ergänzend konfrontiert werden, ergibt sich ein ideen- und literaturgeschichtliches Bild, das deutlich aufzeigt, welch hoher Stellenwert dem utopischen Diskurs auch in unserer sich als modern bezeichnenden Gesellschaft zukommt. Der Liberalismus bedarf der utopischen Idee und Methode, um seine fehlende Selbstreflexivität zu ersetzen und die eigenen Prämissen zu überdenken. Erst das utopische Denken öffnet den Blick auf die mögliche Zukunft, stellt jene Visionen bereit, die in der Gegenwart als normative Ideen die tägliche Politik anzuleiten vermögen. Diese These ist es, die alle drei Bücher vereint.

ANDREAS HEYER

Stefan Meinung:
Kommunistische Judenpolitik.
Die DDR, die Juden und Israel.
 Mit einem Vorwort von
 Michael Wolffsohn, LIT Verlag
 Hamburg 2002, 576 S. (40,90 €)

Das vorliegende Buch ist die im Jahr 2000 zugelassene Dissertation von Stefan Meinung. Wie schon verschiedene andere Bücher zuvor, verfolgt es das Ziel der Darstellung und Analyse des Verhältnisses der DDR zu den Juden – denen im eigenen Land, denen in Israel und denen im Rest der Welt, insbesondere in den USA. Es steht so-

mit in verspäteter Konkurrenz zu den Arbeiten von Angelika Timm, Lothar Mertens, Michael Wolffsohn, Wolfgang Kießling, Mario Keßler und anderen.

Meining stellt sein Buch – u. a. in Abgrenzung zu Timm, Keßler und Kießling – bewusst in eine Reihe mit der »Deutschland-Akte« seines Lehrers Michael Wolffsohn. Dieses Buch war zu Recht kritisiert worden, weil es mit vielen Andeutungen, unbewiesenen Behauptungen und verschwörungstheoretisch-vieldeutigen rhetorischen Fragen (z. B. der, ob die Welle ausländerfeindlicher Pogrome Anfang der 90er Jahre nicht möglicherweise auf Stasi-Machenschaften zurückginge) keinen ernsthaften Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte lieferte, sondern nur »Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul« (Kurt Pätzold, *konkret* 2/1996). Obwohl auch bei Meinung recht klar ist, dass die eigene Kritik an der so ideologischen DDR auch Ausdruck eigener Ideologie, somit eines politischen (in dem Fall zutiefst antikommunistischen) Standpunktes ist – zu diesem Eindruck trägt auch die zitierte Literatur bei, wo sich Neurechte wie Stephane Courtois (Schwarzbuch des Kommunismus) oder auch Klaus Hornung finden (Letzterer schreibt in der *Jungen Freiheit* regelmäßig gegen den »linken Gesinnungsterror«) –, ist das Buch doch anders zu bewerten als die erste umfänglichere Publikation aus dem Projekt zur Deutsch-Jüdischen Geschichte an der Bundeswehruniversität. Die *Vermutungen* beispielsweise nehmen bei Meinung tatsächlich recht wenig (nicht keinen!) Raum ein (S. 145, 151, 274, 533).

Sechs empirische Hauptkapitel widmen sich Einzelaspekten. Das erste (und längste) behandelt den Fall Merker. Der wesentliche Entdeckerstolz des Autors liegt auf seiner Deutung, dass Paul Merker, das prominenteste Opfer der antisemitisch gefärbten Säuberungswelle des Spätstalinismus Anfang der 50er Jahre, seiner Meinung nach anders als bisher dargestellt werden müsse – nicht nur als das unschuldige, wohlmeinende, humanistische und den vom Nationalsozialismus verfolgten Juden gegenüber wohlmeinende Opfer, sondern eben auch als halbwegs linientreuer Stalinist, als Nichtdissident. Meinings Verdienst mag es sein, dies explizit ausgesprochen zu haben. Trotzdem entbehrt es nicht einer gewissen Komik, wenn nun bei einem der höchsten Kader der KPD der

20er bis frühen 50er Jahre »entdeckt« wird, dass er im Prinzip linientreu war – wenn auch mit Zweifeln und Abweichungen, die ihm auch Meinung zugestehen muss. Entsprechend deutet Meinung Merkers Bemühen um Wiedergutmachung an den Juden noch während des Krieges nicht als hehre Gesinnung, sondern als taktischen Schachzug im Sinne von Moskaus Bündnisbestrebungen im Zweiten Weltkrieg.

Das zweite Kapitel behandelt das Verhältnis der DDR zur jüdischen Gemeinde – und zwar, da dieses schon ausführlich anderswo beschrieben wurde, anhand der »Fälle« Galinski und Eschwege.

Interessanter sind da schon die nächsten, auf die Außenpolitik des SED-Staates gerichteten Kapitel. Meinung beschreibt die extreme Israelfeindschaft der DDR (bei gleichzeitiger stetiger Anerkennung des israelischen Existenzrechts), die Freundschaft zur PLO, die ostdeutsche Unterstützung für arabische Militante und die erst Ende der 80er Jahre langsam aufbrechende Eiszeit zwischen dem jüdischen Staat und der SED.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Analyse der Versuche in den 80er Jahren, diese Beziehung ebenso zu verbessern wie die zu jüdischen Organisationen in den USA – im Kontext der DDR-Bestrebungen, die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA zu erhalten. Hier ist Meinung weit ausführlicher als Angelika Timm (Hammer, Zirkel, Davidstern, Bonn 1997). Seine Deutung dieser Beziehung entspricht jedoch der Wolffsohns, ist nur seriöser dargestellt: Die DDR-Führung sei in gewisser Weise einem antisemitischen Stereotyp aufgesessen, habe zu Unrecht geglaubt, durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu jüdischen Organisationen den General-Schlüssel zur US-Regierung zu bekommen. Dies schlug aber fehl.

Mit einem wiederum recht kurzen Kapitel über die schnellen Entwicklungen in der Wendezeit, in denen sich das Klima zwischen DDR-Führung und Israel sowie den Juden in Ostdeutschland deutlich änderte, endet das Buch.

Es stellt sich nun die Frage nach der Notwendigkeit, da nicht viele wirklich neue Einsichten aufkommen. Es ist denn auch eher als eine sehr ausführliche Darstellung des schwierigen Verhältnisses der DDR zu den Juden zu sehen – in *Ergänzung* der vorhandenen Untersuchungen. Den antikommunistischen Unterton des Buches

kann man sich wegdenken, doch die grundsätzlich beschriebene Problematik bleibt: Das »bessere Deutschland« hatte aus der Shoah zu wenig gelernt, behandelte anfangs die Juden als Opfer zweiter Klasse und pflegte einen radikalen, weltbildhaften Antizionismus, bei dem die ideologische und physische Grenze zum Antisemitismus gelegentlich massiv überschritten wurde.

Sehr schade ist, dass eine Systematik im Buch, sofern vorhanden, vom Leser selbst rekonstruiert werden muss. Einleitende und zusammenfassend-systematisierende Abschnitte müsste es nicht nur am Anfang und Ende des Buches geben, sondern auch in den einzelnen Kapiteln. Etwas borniert wirken die eigenwilligen und anscheinend sehr individuellen, eindeutschenden Schreibweisen, die der Autor verwendet (Jad Washem, Schewardnadze, Fatach). Und das Fazit-Kapitel offenbart auch noch mal die politische Mission. Dort wird zwar noch einmal die DDR und ihre Geschichtspolitik hart kritisiert, doch teilweise anhand recht allgemeiner Fragen, die nicht auf das Verhältnis zu den Juden ein- und an entscheidenden Stellen über andere vorliegende Arbeiten hinausgehen. Auch hier wieder nur eine Zuspitzung des Bekannten und eine Unterstreichung der Kritik am insgesamt instrumentellen Verhältnis der DDR zu Juden und dem Staat Israel.

PETER ULLRICH

Jeffrey Sachs:
Das Ende der Armut.
Ein ökonomisches Programm
für eine gerechtere Welt,
Siedler Verlag München 2005, 480
S. (24,90 €)

Der Autor, ein treuer Jünger seines Herrn John Maynard Keynes, prophezeit wie einst sein großer Lehrherr, dass mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Armut auf der ganzen Welt verschwinden könne, wenn »wir von unserem Reichtum einen klugen Gebrauch machen und einen geteilten Planeten heilen, das Leiden all derer beenden, die noch immer in tiefer Armut gefangen sind«. Jeffrey Sachs, ein Ökonom, den die »Washington Post« mit dem Prädikat »bedeutendster Wirtschaftsreformer

der Welt« auszeichnete und der offensichtlich von allen namhaften Staatsführern dieser Welt, die sich dem glorreichen Siegeszug der modernen kapitalistischen Länder anpassen wollten, als Berater angefordert wurde, fordert eine »klinische Ökonomie«, die er mit der Differentialdiagnose der Mediziner vergleicht.

Die »klinische Ökonomie« registriert die Besonderheiten eines Landes: Meeranbindung, Bodenschätze, Gebirge etc. Sachs setzt ein Gleichheitszeichen zwischen Organismus der Natur und Ökonomie, womit er der Ökonomie eine Naturgesetzmäßigkeit zuschreibt, die sie nicht hat, stützt sie sich doch allein auf menschliche Teleologie und Kausalität. Der Autor demonstriert an Ländern Lateinamerikas, Asiens und Osteuropas, mit welch großem Erfolg er die »klinische Ökonomie« anzuwenden versteht. So zeigt er an Bangladesch, wie die Arbeit der Menschen in »Ausbeuterbetrieben« die »größte Chance« sei, um das Land vom Hunger zu befreien. In diesen »Ausbeuterbetrieben« arbeiten junge Frauen an den Fließbändern nobler Markenfirmen wie Polo, Yves Saint Laurent, für Hungerlöhne zwölf Stunden am Tag. »Häufig arbeiten sie ohne Unterlass, vielleicht mit einer kurzen Mittagspause, und haben kaum eine Möglichkeit auf die Toilette zu gehen.« Dennoch, für den Verfasser ist dies ein großer Fortschritt, der die Armut zu bekämpfen versteht. Erste Erfolge zeigt er auf. So sei die Lebenserwartung in Bangladesch von 44 auf 62 Jahre gestiegen, und das Pro-Kopf-Einkommen habe sich fast verdoppelt. Einige der armen Länder müssten eben durch die »Hilfe« westlicher Firmen aus ihrer Armut befreit werden. Nicht alle hätten halt das Glück wie Amerika, das »einen riesigen Kontinent mit reichen Ressourcen geerbt« habe. Der Autor scheint vergessen zu haben, dass der amerikanische Kapitalismus nicht ein Erbstück der Natur war, sondern die Ausrottung der Indianer zur Voraussetzung hatte. Nicht viel anders als den Indianern erging es den Bengalen. 1650 landeten die ersten Briten und bauten Handelsposten und Manufakturen für die East India Company auf. Etwa hundert Jahre später erhielt die Company nach dem Sieg über den Nawab von Bengalen in der Schlacht von Plassey die Steuerhoheit über die Provinz des Mogulreichs, womit die Armut und Vernichtung die Bengalen dezimierte.

Besondere Ruhmestaten schreibt sich der Autor in Polen zu, wo er höchstpersönlich mit Lech Walesa einen tollen Plan ersann, um den Kapitalismus möglichst schnell reifen zu lassen. »Ich möchte wissen«, habe Walesa ihn ständig gefragt, »wie wir ausländische Banken hierher bekommen.« Den Beweis, dass die Beraterfunktion des Autors stets von Erfolg gekrönt war, soll das Bruttoinlandsprodukt der Länder dokumentieren, das sich stets durch technische Innovationen erhöht habe. Ob Bolivien, Spanien, Polen, Russland Bangladesh oder China: Überall, wo der international geschätzte Autor sein Konzept annähernd realisieren oder bestätigt sehen konnte, kletterte das Bruttoinlandsprodukt gewaltig in die Höhe. Das reicht ihm, um festzustellen, dass die Armut zu besiegen sei. Dass Polen heute 19 Prozent Arbeitslose zählt, tangiert ihn nicht. Ihm reicht das Wachsen des Bruttoinlandsprodukts. Dabei sagt das Bruttoinlandsprodukt eines Landes nichts aus über die Lage der Menschen in diesen Ländern. Die Zahl der armen Menschen in den USA wächst bekanntlich stündlich, die der Reichen auch!

Deutschland ist ein Beweis dafür, wie irrational es ist, wenn sich Ökonomen auf das Bruttoinlandsprodukt eines Landes beziehen, um dessen Armut oder Reichtum festzustellen. Deutschland hatte 1932 fünf Millionen Arbeitslose. 1933 verfügte das Land über ein Bruttoinlandsprodukt von 58,7 Milliarden Reichsmark. Hitlers »Reformen« führten zum massiven Abbau der Sozialleistungen und Arbeitsrechte. 1939 war das Bruttoinlandsprodukt auf 100,2 Milliarden Reichsmark, also um das Doppelte, gewachsen und die Arbeitslosigkeit war abgeschafft, weil immer mehr Menschen, häufig in der Rüstungsindustrie, unter ähnlichen Bedingungen arbeiten mussten, wie dies heute in Bangladesh der Fall ist. Übrigens hat sich das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland seit 1980 mehr als verdoppelt! Ist das nun ein Zeichen von Reichtum? Warum wird dann hierzulande Sozialabbau betrieben? Sachs ist sicher ein qualifizierter Ökonom des expandierenden Kapitalismus. Das Ende menschlicher Ausbeutung, Sklaverei und Unterdrückung steht allerdings nicht in seinem Konzept.

JÜRGEN MEIER

JÖRG ROESLER
»DDR« and DBR
Politics of Language in the Cold War

During the Cold War, the two German States tried hard to avoid calling each other by the correct name. They invented other names and insisted on using them in official language and the media. Two examples: The Federal Republic of Germany only used the correct term DDR in quotation marks: »DDR«; and the German Democratic Republic invented for the other state the abbreviation DBR (German Federal Republic). The author offers many other examples and reflects upon their political backgrounds.

UWE SONNENBERG
Lev Kopelev. West-East Reflections

The author presents what he calls a political portrait of the Soviet-Ukrainian writer, Lev Kopelev (1912-1997) who first came to Germany as a Red Army officer in 1945, was later sent to the Gulag, struggled for human rights in the Soviet Union, emigrated to the Federal Republic of Germany, made tremendous literary accomplishments in both the Russian and German languages and became a political and moral institution in East-West affairs.

RICHARD HEIGL
Wolfgang Abendroth's Party Theory

Examining the discussions surrounding the formation of a new Left Party in Germany, the author recalls the (inconclusive) project of the foundation of a left-socialist party in 1968 in West Germany and reflects on the contributions to the party theory made by Wolfgang Abendroth (1906-1985), one of the leading intellectual personalities of the left-socialist, New Left.

LUTZ BRANGSCH
Basic Income: A Forgotten PDS Concept

As a participant in the debate, for the past couple of months, »UTOPIE kreativ« has been supporting the idea of a (conditional or unconditional) basic income. The author characterizes the Government-initiated »Agenda 2010« process as a fundamental conversion of the entire complex of social relations. He then examines the basic income concept that the PDS presented to the Bundestag (Federal Parliament) already in 1993.

JUDITH DELLHEIM
Basic Income or Basic Security

This also, is a contribution to the basic income debate. The author pleads for a more substantial approach to Marx and Engels. It is not enough, she contends, to refer to one or the other sentence of the writings of classical communist theory. What is really needed, instead, is a better understanding of the functioning of social reproduction, as well as, the conditions of its transformation. She discusses particularly the key words »special link in the chain« and »social division of labor«.

MORUS MARKARD

Who Needs Education?

The author discusses the approach to education presented by Armin Bernhard in »UTOPIE kreativ« (Nr. 183) and develops his own critique of the »setting limits« tendency predominant in education. He says, as long as the bourgeois society is incapable of fulfilling the promise of equality of opportunity, the »setting limits« concept will be an attempt to impose the acceptance of these critical social relations on individuals.

TORSTEN FELTES

National Educational Standards – A Neoliberal Project

Some people, the author maintains, regard educational standards as »neutral instruments« needed for bettering the functioning of schools. But the very concept of such standards, negates the ideal of creating the responsible critical adults and favors the ideal of creating personalities of well-integrated »functional« members of the society. Following this line, the author criticizes as well, current programmatic positions of the Linkspartei.PDS.

HEIKO LANGNER

Capitalist Modern Age – Or Modern Capitalism?

The author discusses the social scope covered by proposals of the Linkspartei.PDS in its concepts for social change and concludes that this problem will be at the core of the debates for the fusion of the Linkspartei.PDS and the WASG in the coming months. He demands especially that the weight of the debates be centered around how the current social system is to be characterized: as a capitalist modern age or as a modern capitalism?

GESINE LÖTZSCH

Ash Wednesday 2006

German parliamentary tradition has it that on Ash Wednesday, political leaders publicly present their harsh and somewhat carnivalistic views of their political adversaries. The author, a member of the Bundestag since 2002 and deputy chair of the parliamentary group, DIE LINKE, presented her views, February 28th, 2006, in Ingolstadt, Bavaria.

VADIM BELOCERKOVSKIJ

The Politics of the Federal Republic of Germany and Russia

The author presents a critical view of the policies of Russia's president Vladimir Putin and the general economic, social and political development of Russia since 1990. He fears that German politicians, seeking good relations with Russia, could underestimate the dimensions of the crisis.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von druckreifen Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder zeitnah erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze dürfen einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel

auf Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollen 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Wir empfehlen, in Zweifelsfällen bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN (V.i.S.d.P.),
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 16 27)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €